

# impuls

Die MANEO-Fachzeitschrift  
zu Homophobie und Hate-Crime

Ausgabe 02/Dezember 2008  
[www.maneo-toleranzkampagne.de](http://www.maneo-toleranzkampagne.de)  
Schutzgebühr € 10,00

## Dossiers

- Erforderlichkeit europaweiter Gewaltstudien
- Kriterienkatalog zur Erfassung homphober Gewalt
- Berücksichtigung der Täter-motivation im Strafverfahren
- Korrelationen zwischen Hass- und Häuslicher Gewalt

## Studie

- Erste Erkenntnisse der Wiederholungsstudie 2007/2008

## Sternstunden 2008

- Aktionen zum Internationalen Tag gegen Homophobie

 MANEO

schwul  
lesbisch  
queer

## Editorial

# Berlin mit einem Klick!



siegessaule.de



Bastian Finke,  
Dipl. Soziologe, MANEO-Projektleiter

Mit der vom Bundesrat am 4. Juli 2008 beschlossenen Änderung eines Gesetzes im Strafrecht fordern die Bundesländer entschlossenes und konsequentes Handeln der Justiz gegen „Gewalttaten gegen Ausländer, Juden, Spätaussiedler, Behinderte, Obdachlose, Homosexuelle und Zugehörige anderer Bevölkerungsgruppen“. Der Bundesrat folgt damit einem Vorschlag des EU-Rates „Justiz und Inneres“, wonach „rassistische und fremdenfeindliche Beweggründe als erschwerender Umstand gelten oder dass solche Beweggründe anderenfalls bei der Festlegung des Strafmaßes durch die Gerichte berücksichtigt werden können.“ Deshalb sollen in Deutschland die Strafparagrafen § 46 Abs. 2, § 47 Abs. 1 und § 56 Abs. 3 abgeändert werden.

Während einerseits neue juristische Rahmen geschaffen werden, die Tätermotivation bei der Festlegung des Strafmaßes zukünftig mehr als bisher zu berücksichtigen, fehlen dem Bundeskriminalamt und den Länderpolizeien bundesweit einheitliche und nachvollziehbare Kriterien, anhand derer vorurteilsmotivierter Hass gegen die sexuelle Orientierung erfasst werden kann. Dabei ist das BKA seit 2001 aufgrund einer Neuordnung des kriminalpolizeilichen Meldedienstes/politisch motivierte Kriminalität (KPM/PMK) beauftragt, auch Straftaten gegen die sexuelle Orientierung zu erfassen. MANEO folgt seit Anfang der 1990er Jahre dem US-amerikanischen Vorbild, das heißt den Bewertungskriterien der „New York Gay and Lesbian Task Force“, und hat diese für Deutschland weiterentwickelt. Damit liegt ein konkreter Vorschlag auf dem Tisch. Um darüber hinaus das tatsächliche Ausmaß von Gewalt und Viktimisierung unter Homosexuellen zu erfassen, wären zusätzliche, regelmäßige Umfragen in Deutschland und Europa erforderlich.

Ursachen homophober Hassgewalt müssen mehr denn je bekämpft werden. Ursächlich erscheinen tradierte Vorurteile. Hier muss die Aufklärungsarbeit in Schul- und Bildungseinrichtungen verbessert werden. Ursächlich erscheinen auch Gewaltkreisläufe, die durch gewalttätige innerfamiliäre Strukturen mitbegünstigt werden, in denen Kinder Gewalt erfahren, erlernen und als legitimes Mittel betrachten, sich Anerkennung zu verschaffen. Diese Gewaltspirale muss durch schnelle und konsequente Intervention unterbrochen werden.

Außerdem verdienen Opfer homophober Gewalt mehr Anerkennung und Solidarität, damit auch die speziellen Opferhilfen. Wie es tatsächlich um die Anerkennung der Opfer und der Opferhilfen aussieht, zeigt die derzeitige Förderpraxis der Bundesländer: Sie findet kaum statt; auch in Berlin mehr halbherzig. Die Politik ist aufgerufen, endlich mehr zu tun, damit sich dies ändert.

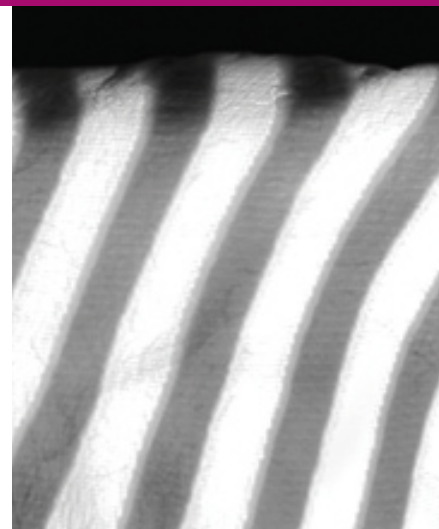
Seit 1990 besteht das Berliner Anti-Gewalt-Projekt MANEO als eigenständiges Projekt von Mann-O-Meter e.V., Berlins schwulem Informations- und Beratungszentrum. MANEO ist das erfahrenste und bekannteste schwule Anti-Gewalt-Projekt in Deutschland. Die Mitarbeiter beraten jährlich über 300 Betroffene von Gewalt (Projektbereich **Opferhilfe**), erfassen gegen Schwule gerichtete Gewalttaten (Projektbereich **Meldestelle**), leisten gewaltpräventive Öffentlichkeitsarbeit (Projektbereich **Prävention**) und mobilisieren bürgerschaftliches Engagement (Projektbereich **Engagement**). MANEO, dessen Kompetenz und Schlagkraft nicht zuletzt auf die Synergien dieser vier Kernbereiche zurückzuführen ist, hat seit seiner Gründung zahlreiche bundesweit einzigartige Initiativen und Projekte ins Leben gerufen, wofür das Projekt bereits mehrfach ausgezeichnet wurde.

 **MANEO**  
DAS SCHWULE ANTI-GEWALT-PROJEKT IN BERLIN  
EIN PROJEKT VON MANN-O-METER E.V.

[www.maneo.de](http://www.maneo.de) · [www.maneo-toleranzkampagne.de](http://www.maneo-toleranzkampagne.de) · [www.tag-gegen-homophobie.de](http://www.tag-gegen-homophobie.de)



DOSSIERS



**Netzwerk & Forschung** ..... 10

**Union gegen Homophobie**

Erforderlichkeit einer europäischen Agenda gegen Homophobie ..... 10

**„Gleiche Rechte sind keine Geste, sondern Rechtsanspruch“**

Interview mit Dagmar Roth-Behrendt, MdEP, über Homophobie in Europa ..... 13

**MANEO-Studie 2007/2008**

Erste Erkenntnisse der Wiederholungsstudie zu Gewalterfahrungen von Schwulen ..... 15

**Strafverfahren & Tätermotivation** ..... 22

**Das heillose Opferdurcheinander**

Justiziabilität von Hassverbrechen wegen der sexuellen Orientierung ..... 22

**„Offizialsdeliktstatus statt Strafverschärfung“**

MANEO beim Anti-Homophobie-Kongress der Grünen-Bundestagsfraktion ..... 24

**„Die Opfer von Hassverbrechen leiden stärker“**

Interview mit Marc Coester, Pädagoge, über das Konzept der Hate Crimes ..... 26

**„Homophobe Hassgewalt – Kein Dunkle-Seitenstraßen-Phänomen“**

Aktuelle Fallbeispiele ..... 28

**Bewertung & Erfassung** ..... 32

**Wieso, weshalb, warum – wer nicht fragt ...**

Notwendigkeit verbindlicher Kriterien zur Bewertung homophober Gewalttaten ..... 33

**MANEO-Kriterienkatalog**

Kriterien zur Bewertung und Erfassung homophober Gewalttaten ..... 36

**„Prozesse brauchen ihre Zeit“**

Interview mit der Berliner Polizei über Status Quo und Perspektiven ..... 37

**Familie & Intervention** ..... 38

**Endstation Hass**

Korrelationen zwischen vorurteilsmotivierter und häuslicher Gewalt ..... 39

**„Eine Bilderbuchspirale“**

Interview mit Stadträtin Dr. Elisabeth Ziemer über Intensivtäter und Interventionsmöglichkeiten ..... 41

**„Autorität ins Spiel bringen“**

Interview mit Jugendrichterin Kirsten Heisig über unbequeme Wahrheiten und Strategien im Kampf gegen Jugendkriminalität ..... 42

**„Augen offen halten“**

Interview mit der GEW-Gruppe Schwule Lehrer über die alltäglichen Herausforderungen an deutschen Schulen ..... 44

ÜBERBLICK

Editorial ..... 3  
 Das Projekt MANEO ..... 3  
 Danksagungen ..... 30  
 Impressum ..... 58  
 Back Issue ..... 58

INFORMATION

**Toleranz – Investition in die Zukunft**  
 Vom Toleranzedikt zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ..... 6  
**MANEO-Werkstatt**  
 Die deutsch-französisch-polnische MANEO-Werkstatt als Netzwerkforum ..... 8

*spezial*

**MANEO-Studie 2007/2008**  
**Zwei Schritte vor, ein Schritt zurück**  
 Hassgewalt gegenüber bisexuellen und schwulen Jugendlichen im Coming-out ..... 16

STERNSTUNDEN 2008

**Sternstunden 2008**  
 Aktionen rund um den Internationalen Tag gegen Homophobie 17. Mai ..... 46  
**Benefiz Engagiert**  
 Prominente beehren Charity-Dinner zugunsten von MANEO ..... 48

**Wettbewerb Mitgemacht**  
 Jugendliche setzen sich beim Kreativwettbewerb „Hands of Courage“ mit Homophobie auseinander ..... 50  
**Würdigung Ausgezeichnet**  
 Engagierte Fußballgrößen mit dem Tolerantia-Preis geehrt ..... 52

**Vor-Ort-Aktion Wachgeküsst**  
 Berlin küsst für mehr Toleranz beim Kuss-Marathon ..... 54  
**Ausstellung Nachgedacht**  
 Wanderausstellung „Zeugnisse schwulenfeindlicher Gewalt“ sorgt für Diskussionen ..... 56

# Toleranz – Investition in die Zukunft

Von Johannes Arens

Im Oktober 2008 wurde in Potsdam eine symbolische Erneuerung des Toleranzedikts von 1685 vorgestellt. Grundlage der Initiative ist die Förderung und öffentliche Diskussion von Konzepten für Toleranz und Demokratie, gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Das Kooperationsprojekt der Stadt mit einem privaten Verein liegt damit gut im Trend, denn kaum ein politischer Begriff ist so positiv besetzt wie der der Toleranz. Keine Jugendworkshop, kein Pfarrfest, keine Demo ohne Toleranz auf allen Plakaten. Ein Blick auf die Etymologie des Wortes verweist jedoch auf einen sehr viel nüchterneren Ursprung, abseits vom Tag der Offenen Moschee in Berlin oder Spaßprotesten gegen rechtsextreme Stadtparteien in Köln. Das lateinische Verb *tolerare* umfasst unterschiedliche Nuancen, zum einen kann es mit „aushalten“ oder „erdulden“ übersetzt werden, zum anderen bedeutet es aber auch „zulassen“ oder „erlauben“.

1685 etwa erlaubte der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg den in Frankreich aus politisch-religiösen Gründen verfolgten Hugenotten die freie und sichere Niederlassung – unter der Bedingung der Anerkennung seiner Autorität. Etwa 20.000 Flüchtlinge nahmen das Edikt in Anspruch und trugen, wie bereits 1671 die aus Österreich vertriebenen Juden, nicht unwesentlich zum Wiedererstarken der durch den Dreißigjährigen Krieg erhebliche geschwächten brandenburgischen Wirtschaft bei.

Knapp 320 Jahre nach Friedrich Wilhelm entwickelte der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Richard Florida\* in „The Rise of the Creative Class“ ein Ranking-System, das anhand dreier Indikatorengruppen – Technologie, Talente, Toleranz („3T“) – Aussagen über die Zukunftsfähigkeit einer Stadt ermöglicht. Bemerkenswert ist hier vor allem die Gewichtung des „weichen“ Faktors Toleranz, den Florida unter anderem über Indizes wie Melting-Pot-Index, Bohemien-Index und Gay-Index quantifiziert: Demnach steht das ökonomische Potential urbaner Regionen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Anwesenheit von im Ausland Geborenen, Kreativen und Künstlern, sowie Homosexuel-

## TOLERANZEDIKT

Als Toleranzedikt bezeichnet man einen staatlichen Erlass, der einer (zumeist religiösen) Minderheit Duldung zugesteht. Bekannteste Beispiele sind das Toleranzedikt aus dem Jahr 311, in dem der römische Kaiser Galerius das Christentum zu einer geduldeten Sekte erklärte, die so genannte Maryland-Toleranz-Akte von 1649, in der dem Vorläufer der USA ein pluralistisches Nebeneinander verschiedener christlicher Konfessionen verordnet wurde und das Edikt von Potsdam, dass 1685 die Aufnahme der reformierten Hugenotten in das lutherische Preußen regelte – jeweils unter der Bedingung der Anerkennung der Autorität der Staatsobrigkeit. (aren)

len. Kurzum: Toleranz ist nicht zuletzt eine Investition in die eigene Zukunft.

Die gegenwärtigen Toleranzedikte heißen daher Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz und *Diversity Management*. In einer Pressemeldung vom September 2008 schreibt der nordrhein-westfälische Minister für Generationen, Frauen, Familien und Integration Armin Laschet (CDU), *Diversity Management* könne helfen, die gewachsenen Anforderungen an ein Personalmanagement zu bewältigen. „Es ist ein Konzept, das die Vorteile einer vielfältig zusammengesetzten Belegschaft in den Vordergrund stellt, in der Männer und Frauen, Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Nationalität und kultureller Prägung, in der die verschiedenen Religionen und Weltanschauungen sowie Menschen mit Behinderungen und unterschiedlichen sexuellen Orientierungen ihren Platz haben.“

Diese auf den ersten Blick für einen CDU-Minister überraschende letzte Aufzählung, macht auf den zweiten Blick sehr deutlich, wie es um die staatlich verordnete Toleranz in Deutschland bestellt ist – sie ist vielfach ökonomischen Gesichtspunkten zu- und untergeordnet. Denn *Diversity Management* bedeutet nicht, dass eine Belegschaft aus Menschen mit divergierenden Lebensentwürfen besteht, die selbstverständlich und gleichberechtigt nebeneinander stehen. *Diversity Management* bedeutet eine Markierung devianter Subjekte unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Schwule beispielsweise gelten – so vielleicht nicht mehr als weiblich-intuitiv-emphatisch – durch ihre lebenslange Auseinandersetzung mit einer homophoben Umwelt als belast-

bar, kritikfähig und hartnäckig. Sie haben in der Regel keine Kinder und sind daher flexibler einsetzbar. Ein homosexueller Mann wird somit innerhalb des Konzeptes *Diversity Management* durch die von ihm erfahrene Diskriminierung definiert. Die anhaltende psychische und mitunter physische Sanktionierung seines Begehrens wird zu einer beruflichen Qualifizierung umetikettiert, die konsequente Verweigerung des Adoptionsrechts begünstigt eine Beibehaltung seines Status. Toleranz bedeutet dies nicht, wohl aber eine Bewältigung der gewachsenen Anforderungen im Personalwesen auf Kosten einer Minderheit.

In der staatlichen und ökonomischen Verordnung von Toleranz geht es immer auch um eine mitunter perfide Debatte von Sichtbarkeit. Der französische Philosoph Jacques Derrida beschreibt den Toleranzdiskurs als zumeist religiös verwurzelt, auf der Seite der Macht stehend und mit herablassenden Konzessionen verbunden. Die Minderheit bekommt einen öffentlichen Status gestattet, im Gegenzug erkennt sie durch die Anerkennung der Mehrheitsobrigkeit in Form von König, Papst oder Regierung ihren Status als Minderheit an. Auch die gegenwärtige Gesetzeslage der Bundesrepublik Deutschland ist eine solche Markierung einer Minder-

\*Richard Florida, geb. 1957: Der Politikologe und Wirtschaftswissenschaftler unterrichtet seit 2005 an der University of Toronto. Seine Theorien über eine creative class („The Rise of the Creative Class“, 2002 und „The Flight of the Creative Class“, 2005) stießen international auf große Resonanz.

heit. Das Grundgesetz regelt den besonderen Schutz der Ehe zwischen Mann und Frau und beschreibt in einer zusätzlichen Antidiskriminierungsregelung unter anderem auch Schwule und Lesben als schutzbedürftig. Die Tolerierung wird von der Gesetzgebung verordnet, aber sie selbst hat kein ungespaltenes Verhältnis zu ihr. Homosexuelle Menschen dürfen im Arbeitsleben nicht diskriminiert werden, aber die vollen Bürgerrechte, wie steuerliche Vorteile, Adoptionsrecht oder Erbschaftssteuerrecht bleiben ihnen weiterhin vorenthalten.

Eine weitere Nuance des Begriffes Toleranz findet sich im technischen Jargon. Dort bezeichnet Toleranz das „Ausmaß der Abweichung einer Größe von der Norm, dass die Funktion eines Systems noch nicht gefährdet.“ In einer heteronormativ dominierten Gesellschaft sind und bleiben Schwule und Lesben eine Abweichung von der Norm und

sind darauf angewiesen, von der Mehrheit nicht als Gefährdung des Systems angesehen zu werden. Solange sie also eine wirtschaftliche und politische Größe bleiben, ist dies nicht zu befürchten. Ein Ausbruch aus der konstanten Markierung als „anders“ jedoch rückt durch die Beibehaltung des gegenwärtigen Status Quo außer Reichweite.

Bei dem neuen Toleranzedikt von Potsdam handelt es sich, im Unterschied zum historischen Vorbild von 1685, nicht um einen staatlichen Erlass, sondern um die Anregung einer öffentlichen Debatte. Toleranz könnte hier im Idealfall zu Akzeptanz werden. Wenn die ethisch-moralischen Verpflichtungen der Aufklärung losgelöst von politischen, ökonomischen oder religiösen Interessen verinnerlicht werden, dann nämlich spiegeln sie das Selbstverständnis einer Gesellschaft und bieten einen selbststrebenden Handlungsrahmen. ■

## Über den Autor:

Johannes J. Arens studierte Modedesign in Maastricht und Kulturanthropologie in Bonn. Der MÄNNER-Redakteur lebt in Berlin und Köln. In seiner Promotion an der Universität Frankfurt am Main zum Thema „Transgressionen von Geschlechtergrenzen im öffentlichen Raum Kölns“ beschäftigt er sich mit Funktion und Mechanismen von Travestie.



**Arminius Apotheke**  
Turmstr. 38  
10551 Berlin-Tiergarten  
Tel. 0800-395 16 23 (freecall)

**Apotheke am Nollendorfplatz**  
Maaßenstr. 3  
10777 Berlin-Schöneberg  
Tel. 030-216 34 53

**Driesener Apotheke**  
Driesener Str. 19  
10439 Berlin-Prenzlauer Berg  
Tel. 0800-444 10 83 (freecall)

**Markus Apotheke**  
Motzstr. 20  
10777 Berlin-Schöneberg  
Tel. 030 - 214 793 90

**Prisma Apotheke**  
Seestr. 64  
13347 Berlin-Wedding  
Tel. 030-45 02 65 25

**Witzleben Apotheke**  
Kaiserdamm 24  
14057 Berlin-Charlottenburg  
Tel. 0800-3011970 (freecall)

**Zieten Apotheke**  
Großbeerenstr. 11  
10963 Berlin-Kreuzberg  
Tel. 030-547 16 90



**HIV-PARTNER-APOTHEKEN  
BERLIN**

**WIR KÜMMERN UNS!**



# Impulse aus und für Europa

Mit seiner deutsch-französisch-polnischen Fachkonferenz zu Homophobie und Hassgewalt konnte MANEO ein interdisziplinäres Forum etablieren, das von zahlreichen europäischen und bundesdeutschen Vertretern aus Politik, Polizei und Organisationen zum Erfahrungsaustausch und zur Netzwerkstärkung nachgefragt wurde. Die dritte und vorläufig letzte MANEO-Werkstatt im Mai 2008 verabschiedete einen wegweisenden Impulskatalog. Mangels finanzieller Ausstattung von MANEO ist eine Fortsetzung der intensiven Netzwerkarbeit derzeit jedoch ungewiss.

Seit 2006 lud MANEO anlässlich des Internationalen Tages gegen Homophobie (17. Mai) einmal jährlich im Rahmen seiner Aktionstage zur MANEO-Werkstatt nach Berlin ein. Ziel der drei europäischen Fachkonferenzen war es, den Kampf gegen Homophobie und Hassgewalt auf eine gemeinsame Agenda zu setzen sowie den interdisziplinären Dialog und die Stärkung der Netzwerke zu befördern, gilt es doch, in Zeiten der Globalisierung und des fortschreitenden europäischen Einigungsprozesses Herausforderungen grenzüberschreitend anzugehen.

Mit der Initiativgruppe „Schwules Weimarer Dreieck“, aus der die Idee für eine gemeinsame Konferenz hervorging, legten die einflussreichsten nationalen homosexuellen Anti-Gewalt-Organisationen – MANEO (Deutschland), SOS Homophobie (Frankreich) sowie Lambda-Warschau und KPH Kampania Przeciw Homofobie (Polen) – den Grundstein für eine Intensivierung der Zusammenarbeit. Mit der MANEO-Werkstatt, finanziert für drei Jahre im Rahmen der MANEO-Toleranzkampagne durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin, konnte MANEO dem wechselseitigen Erfahrungsaustausch ein angemessenes Forum bieten und den konstruktiven Dialog mit relevanten Vertretern aus Politik, Polizei, Projekten und Regierungsbehörden nachhaltig befördern.

Unter jeweils akzentuierter Fragestellung diskutierten die Teilnehmer zum Thema „Homophobie und schwulenfeindliche Gewalt im öffentlichen Raum“ bestehende Konzepte sowie Perspektiven und mögliche

Strategien. Neben namhaften Referentinnen und Referenten war es vor allem die interdisziplinäre Teilnehmerstruktur, die den Diskurs in den verschiedenen Workshops und Podiumsdiskussionen lebhaft und produktiv gestaltete. Gemäß dem Vorhaben der Initiatoren, die Ergebnisse öffentlich zu machen, wurden von MANEO umfangreiche Dokumentationen erstellt (siehe Seite 9).



**Dr. Ehrhart Körting**, Innensenator von Berlin, stattete der dritten MANEO-Werkstatt einen spontanen Überraschungsbesuch ab. Es sei ihm ein „persönliches Anliegen“, dass der interdisziplinäre Dialog zu Homophobie und Hassgewalt weiter befördert würde. Strategien müsse man gemeinsam entwickeln, so Körting; MANEO habe sich hierbei als Partner bewährt.

Nach drei Jahren MANEO-Werkstatt zieht MANEO eine positive Bilanz; im Ergebnis der vorläufig letzten Konferenz konnte ein wegweisender Impulskatalog verabschiedet werden. Die vorliegende **impuls**-Ausgabe widmet sich jenen Themen, die als gegenwärtig besonders dringlich aufgeführt wurden, und vertieft die formulierten Forderungen und Handlungsansätze (Dossiers: „Netzwerk & Forschung“ ab Seite 10, „Strafverfahren & Tätermotivation“ ab Seite 22, „Bewertung &

Erfassung“ ab Seite 32, „Familie & Intervention“ ab Seite 38).

Die positive Bilanz berücksichtigt auch den im Laufe der drei Jahre stetig gewachsenen Kreis der auf der MANEO-Werkstatt vertretenen Länder: So konnten zuletzt nicht nur zahlreiche Vertreter aus Deutschland, Frankreich und Polen begrüßt werden, sondern auch offiziell entsandte Vertreter von Polizei, Regierungsbehörden und Organisationen aus Spanien, den Niederlanden, Belgien, Irland und Israel; Vertreter der Botschaft der Republik Irland und die Königliche Niederländische Botschaft versicherten ihre Unterstützung. MANEO und seine Partnerorganisationen aus Frankreich und Polen beschlossenen daher, neben der Initiativgruppe „Schwules Weimarer Dreieck“, sich künftig mit den schwulesbischen Organisationen TRIANGULO und COGAM aus Spanien gemeinsam im neuen „Berliner Bündnis gegen Homophobie und Hassgewalt“ zu vernetzen. 2009 wird der Tolerantia-Preis (siehe Seite 52), der dann bereits zum vierten Mal vergeben wird, in Berlin gemeinsam mit den spanischen Organisationen erstmalig auch an einen spanischen Preisträger verliehen.

Allerdings: Mit dem Ende der durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie finanzierten MANEO-Toleranzkampagne im Frühjahr 2009 fehlen MANEO die erforderlichen Mittel, um die in den zurückliegenden Jahren erfolgreich begründete Netzwerkarbeit in der bisherigen Form weiterzuführen – aus den MANEO von der Berliner Senatsverwaltung zuerkannten Mitteln lassen sich die Herausforderungen nicht bestreiten. Ein Antrag auf Aufstockung der Zuwendungen wurde von der Berliner Senatsverwaltung wiederholt abgelehnt; finanziell befindet sich MANEO weiterhin in etwa auf dem Stand von 1996. „Die erreichten Erfolge stehen damit auf dem Spiel“, so MANEO-Projektleiter Bastian Finke. „Uns ist sehr daran gelegen, gemeinsam mit unseren Partnern aus Frankreich, Polen, Spanien, Nordirland, Israel und den Niederlanden die begonnene Kooperation fortzusetzen. Eine entsprechende Förderpolitik, beispielsweise durch die Europäische Union, lässt derzeit leider noch auf sich warten.“ (red)



**MANEO-Werkstatt 1**  
Berlin, 7. Mai 2006: **Homophobie und schwulenfeindliche Gewalt im öffentlichen Raum – Eine Herausforderung für die demokratische Entwicklung in Europa?**  
*Sprachen: Deutsch, Französisch, Polnisch*

**MANEO-Werkstatt 2**  
Berlin, 11.-12. Mai 2007: **Homophobie und schwulenfeindliche Gewalt im öffentlichen Raum – Wie kommt Licht ins Dunkelfeld?**  
*Sprachen: Deutsch, Englisch*



**MANEO-Werkstatt 3**  
Berlin, 16.-17. Mai 2008: **Homophobie und schwulenfeindliche Gewalt im öffentlichen Raum – Können Schwule vor Übergriffen besser geschützt werden?**  
*Sprachen: Deutsch, Englisch*

Die Dokumentationen sind in Schriftform bei MANEO auf Anfrage erhältlich.

## STIMMEN ZUR MANEO-WERKSTATT

**Brigitte Zypries, MdB, Bundesministerin der Justiz:** „(...) Gewalt, die durch Hass und Vorurteile motiviert wird, ist besonders verabscheuungswürdig. Wir müssen deshalb alles tun, um solche Straftaten zu verfolgen, um sie aufzuklären und um die Täter zu bestrafen. Dies kann nur gelingen, wenn wir mehr ‚Licht in das Dunkelfeld‘ bringen und deshalb ist das Thema dieser MANEO-Werkstatt gut gewählt. Eine größere Anzeigebereitschaft bei den Opfern, mehr Sensibilität bei Polizei und Justiz sowie schuldangemessene Strafen für die Täter – alles dies brauchen wir, um Schwule vor Gewalt noch besser zu schützen. Dies werden wir allerdings nur dann erreichen, wenn alle Beteiligten im ständigen Dialog bleiben, wenn sie Erfahrungen und Erkenntnisse austauschen und wenn wir vor allem mehr Verständnis für die Betroffenen wecken. (...)“

**Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin:** „(...) Ich begrüße die internationalen Gäste, die zur dritten MANEO-Werkstatt nach Berlin gekommen sind, um hier Diskussionen über gewaltpräventive Strategien fortzusetzen. Solange der Anblick zweier sich küssender Männer bzw. zweier sich küssender Frauen noch Anlass zu homophoben Verhaltensweisen und nicht in allen Teilen der Gesellschaft als selbstverständlich akzeptiert ist, sind die Ursachen von Diskriminierung und Gewalt gegenüber Homosexuellen immer noch nicht beseitigt. (...)“

**Dr. Ehrhart Körting, Senator für Inneres und Sport (Berlin):** „(...) Die Polizei ist nur eine von vielen staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen, denen es darum geht, die schutzwürdigen Interessen gleichgeschlechtlicher Lebensweisen zu gewährleisten. Ein breiter Informationsaustausch und eine Zusammenarbeit zwischen den Institutionen durch handlungsfähige Netzwerke ist dafür Voraussetzung. (...)“

**Dieter Glietsch, Polizeipräsident in Berlin:** „(...) Die Berliner Polizei unterstützt die MANEO-Toleranzkampagne seit ihrem Beginn. Daher begrüße ich es auch, dass Sie im Rahmen dieser Kampagne die MANEO-Werkstatt mit dem Ziel der Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen der Polizei und Anti-Gewalt-Projekten durchführen. (...)“

**Dr. Lale Akgün, MdB, Islambeauftragte der SPD Bundestagsfraktion und Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union:** „(...) Die Zahl der Gewalttaten gegen Schwule verschlägt einem die Sprache und verdeutlicht, dass Sonntagsreden über die ‚Wertegrundsätze im vereinigten Europa‘ in manchen Bereichen noch meilenweit von der Realität entfernt sind. Wir nehmen in Europa und Deutschland die Grundsätze von Gleichberechtigung und Antidiskriminierung ernst, und wir haben sie auch in Verfassungsform gegossen. Doch die Frage ist, wie man ‚de jure‘-Grundsätze in ‚de facto‘-Realitäten umsetzt. (...) Sie können sicher sein, dass ich Sie in Ihrem Engagement voll und ganz unterstütze! (...)“

**Dr. Ursula von der Leyen, MdB, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:** „(...) Es ist nicht hinnehmbar, dass Lesben und Schwule wegen ihrer Homosexualität Opfer von Gewalt werden. Die Toleranzkampagne von MANEO ist ein guter Weg, um dem vorzubeugen, aber auch für Opfer notwendig. Denn nur durch öffentliche Aufmerksamkeit erfahren sie von Hilfsangeboten und können sich die Unterstützung holen, die sie brauchen. Wer Opfer von Gewalt wird, darf durch Wegschauen und mangelnden Beistand nicht ein zweites Mal zum Opfer gemacht werden. Im Gegenteil: Wer Gewalt erlitten hat, braucht Stärkung, Zuwendung und Begleitung. Diese wichtigen Aufgaben leistet MANEO seit vielen Jahren für Schwule, meist in ehrenamtlicher Tätigkeit. Bitte lassen Sie in Ihrem Engagement nicht nach, bitte machen Sie sich weiter für den Abbau von Vorurteilen stark! (...)“

Weitere Statements online unter [www.maneo-toleranzkampagne.de](http://www.maneo-toleranzkampagne.de) sowie in den Dokumentationen.



# Union gegen Homophobie

Von Frank Störbrauck

**Schwulenfeindlichkeit ist kein nationales Problem – antischwule Gewalt gibt es in Warschau ebenso wie in Berlin, Paris oder Madrid. Und doch stehen die nationalen Anti-Gewalt-Organisationen oft allein da im Kampf gegen Homophobie und Hassgewalt. Die Europäische Union ist gefordert, vorhandene Kompetenzen grenzüberschreitend nutzbar zu machen. Ein erster Schritt könnte eine europaweite Homophobie-Studie sein.**

Es geschah im Juli dieses Jahres, mitten in der Budapester Innenstadt: Unbekannte warfen vier Molotow-Cocktails gegen den Eingangsbereich der Schwulen-Sauna „Magnum“. Zwei der gefährlichen Brandsätze entflammten, ein Angestellter wurde leicht verletzt, mehrere Einrichtungsgegenstände fielen dem Feuer zum Opfer. Es war nicht der erste antischwule Anschlag in der ungarischen Hauptstadt: Wenige Tage zuvor warfen ebenfalls Unbekannte einen Molotow-Cocktail gegen die in einer abgeschiedenen Seitenstraße gelegenen „Action-Bar“. Diese seit Jahrzehnten beliebte Lokalität dürfte ganz bewusst gewählt worden sein, dient die Bar doch auch der Budapester Schwulenszene als Sitz der Vereinigung „Szivárvány“ (Regenbogen). Beobachter hegten wenig Zweifel: Lesben und Schwulen in Budapest sollten die Anschläge Warnung sein für den CSD-Umzug, der Tage später unter Tumulten stattfand. Wenige Wochen zuvor spielten sich in der tschechischen Stadt Brünn und der bulgarischen Hauptstadt Sofia die gleichen Szenen während des CSDs ab: ein aufgebracht Mob, überwiegend rechtsextreme Skinheads, bläst zur Attacke auf Lesben, Schwule und Transgender.

## Schweigen der heterosexuellen Mainstream-Medien

Den heterosexuellen Mainstream-Medien in vielen westeuropäischen Ländern waren die Meldungen nur eine Randnotiz wert; wie so oft wurde die antischwule Hetze unter den Teppich gekehrt. Den engagierten Lesben und Schwulen in den osteuropäischen Ländern geht es hier kaum anders als ihren westeuropäischen Verbündeten. Zwar muss in Frankreich, Spanien, Österreich, Deutschland, Großbritannien, Belgien und in den skandinavischen Ländern heute niemand mehr ernsthaft um Leib und Leben bangen, wenn er oder sie an einer bunten CSD-Parade teilnimmt, im Gegenteil: Immer mehr Heterosexuelle wohnen dem farbenfrohen Spektakel mit Kind und Kegel bei. Doch auch in Westeuropa brodelt es unter der liberalen Oberfläche; am Rande der vermeintlich heilen CSD-Welt kommt es immer wieder zu homophoben Übergriffen (**impuls** Nr.1/2008).

## Westeuropas Gay-Community hat keinen Grund sich zurückzulehnen

Inzwischen haben viele Schwule in westeuropäischen Metropolen – von der Provinz ganz zu schweigen – wieder begonnen sich umzuschauen, ehe sie einander in der Öffentlichkeit küssen. Die Angst, Opfer einer antischwulen Gewalttat zu werden, hat zugenommen. Nicht zu Unrecht: Die bundesweiten Umfragen von MANEO hatten ans Licht gebracht, dass mehr als jeder dritte Schwule in Deutschland bereits beschimpft, bedroht oder geschlagen worden ist (mehr zur Studie ab Seite 15). „Schwarz auf weiß zu lesen, dass 35 Prozent der Befragten Gewalterfahrungen gemacht haben, zeigt, dass

Deutschland nicht die Speerspitze der Bewegung für gleiche Rechte von Homosexuellen ist“, so Dagmar Roth-Behrendt, sozialdemokratische Abgeordnete im Europa-Parlament, gegenüber **impuls** (Interview auf Seite 13); „ich wünsche mir, dass die Ergebnisse der Umfrage auch in Deutschland zu einem Bewusstseinswandel führen.“ Studien von SOS-Homophobie in Frankreich und der Kampania Przewic Homofobie aus Polen weisen ähnliche Ergebnisse auf, haben aber vor allem eines gemeinsam: Die antischwule Hassgewalt ist weit stärker verbreitet als gemeinhin angenommen.

## Europa muss energischer handeln

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights First (HRF) kritisierte jüngst die Untätigkeit wichtiger europäischer Institutionen im Kampf gegen die wachsende Hassgewalt. Elisa Massimino, Geschäftsführerin der HRF: „Die EU, der Europarat und die OSZE müssen dringend handeln und sich dem Problem stellen. Wir fordern weltweite Standards und die Unterstützung der Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen durch die Regierungen.“

Viele schwule Anti-Gewalt-Organisationen fühlen sich dabei von der Politik aber immer noch im Stich gelassen – vor allem in Osteuropa. Zwar gab es auf europäischer Ebene in den letzten Jahren erste Hinweise, dass das Problem erkannt und angegangen wird – wenn auch längst nicht in der gebotenen Konsequenz. So mahnte die EU-Agentur für Grundrechte (FRA) jüngst mehr Befugnisse und energischere Maßnahmen gegen Homophobie an. Gleichberechtigter Schutz durch die Antidiskriminierungs-Gesetzgebung der EU bleibe für Lesben, Schwule, Bi-

>>



## HINTERGRUND

Zahlreiche internationale Studien, die bisher zum Thema Homophobie veröffentlicht wurden, lieferten Besorgnis erregende Ergebnisse. Vorurteilsmotivierte Gewalt gegenüber Schwulen ist demnach erschreckend weit verbreitet. In der aktuellen **MANEO-Studie für Deutschland** (siehe Seite 15) berichteten 40,6 Prozent der Befragten von einem homophoben Vorfall innerhalb der zurückliegenden zwölf Monate – ein Jahr zuvor waren es 35,5 Prozent. Damit nicht genug: Nur etwa 10 Prozent der Fälle wurden bei der Polizei angezeigt. Das Vertrauen in die Polizei ist mehr als erschreckend gering; 60,8 Prozent aller Befragten gaben an, sie hätten kein Vertrauen in die Polizei, dass diese die Sicherheitsbelange von Schwulen berücksichtigt. Immerhin 37,5 Prozent derer, die einen konkreten Vorfall zu berichten hatten, fühlten sich denn auch nicht ernst genommen in ihrem Anliegen.

Die **spanische Schwulen- und Lesbenorganisation COGAM** konnten sich bei ihrer erstmals zwischen dem 15. April und 7. Juni dieses Jahres in Spanien durchgeführten Umfrage zu homophober Gewalt gegen Schwule und Lesben auf die Zusammenarbeit mit MANEO stützen. Der von MANEO entwickelte Fragebogen war von COGAM für das lesbische Publikum erweitert worden. An der ersten Umfrage, die nur drei Wochen dauerte, hatten 566 Personen teilgenommen, davon 67 Prozent Schwule und männliche Bisexuelle, 32 Prozent Lesben und weibliche bisexuelle und 1 Prozent Transsexuelle. 73 Prozent der Befragten berichteten von homophoben Angriffen in den letzten Jahren. 41 Prozent der Fälle ereigneten sich im Jahr 2007 und immerhin 18 Prozent in den ersten vier Monaten des Jahres 2008. Nur 11 Prozent der Fälle wurden angezeigt. 54 Prozent der Personen, die eine Anzeige bei der Polizei erstatteten, gaben an, dass sie nicht den Eindruck hatten, von der Polizei in ihrem Anliegen ernst genommen zu werden. Weitere Umfragen fanden in **Frankreich und Polen** statt.

Die **Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA)** hat im Juni dieses Jahres einen neuen Bericht zum Thema „Homophobie und Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung“ veröffentlicht. Der Bericht verdeutlicht den Mangel an offiziellen sowie inoffiziellen Statistiken in den EU-Mitgliedsländern zu Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung. Die EU-Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transsexuellen den Zugang zu Beschwerdemöglichkeiten sowie zu Rechtshilfe zu erleichtern. Homophobe Hassparolen und Hassverbrechen behindern die Betroffenen in ihrer Möglichkeit, ihr Recht auf Freizügigkeit und andere Rechte ohne Diskriminierung wahrzunehmen, heißt es in dem Bericht. Dagegen könne durch EU-weite Strafgesetzgebung vorgegangen werden.

Der Bericht dokumentiert außerdem Fälle, in denen LGBT-Demonstrationen (CSD- oder Pride-Paraden) verboten wurden, und zeigt Beispiele bewährter Verfahren zur Bewältigung von Defiziten bei der Meldung von LGBT-Diskriminierung, zur Förderung der Eingliederung und zum Schutz Transsexueller auf.

Der FRA-Bericht „Homophobia and Discrimination on Grounds of Sexual Orientation in the EU Member States Part I – Legal Analysis“ [Homophobie und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Ausrichtung in den EU Mitgliedstaaten, Teil I – Rechtliche Analyse] ist unter <http://fra.europa.eu> verfügbar. Eine deutsche Übersetzung ist in Vorbereitung. (stör)

sexuelle und Transsexuelle (LGBT) in vielen Teilen der EU „mehr Ideal als Wirklichkeit“, teilte die Organisation in einem Bericht mit. Dabei setzen viele Lesben und Schwule besonders in Osteuropa große Hoffnungen auf die EU, die die Rechte von Minderheiten in allen Mitgliedsländern einfordert. Und dass die Intervention der EU durchaus Erfolge zeigt, lässt sich nicht leugnen. So konnten in Riga und in Warschau in diesem und dem vergangenen Jahr – erstmals relativ ungestört – Lesben und Schwule in der Öffentlichkeit demonstrieren.

### Ausmaß antischwuler Gewalt in Europa analysieren

Um das Problem anzugehen und zu sachgerechten Lösungen zu finden, bedarf es allerdings zunächst einer grundlegenden Analyse. Eine europaweite Studie der EU in enger Kooperation mit den schwulen Anti-Gewalt-Organisationen wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Schließlich dürfte auch die EU ein großes Interesse daran haben, zu erfahren, in welchen Ländern besonderer Handlungsbedarf herrscht – und was konkret dagegen zu tun ist. Morten Kjaerum, Direktor der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) kennt den Mangel an belastbaren Statistiken und befürwortet eine europaweite Umfrage zum Thema Homophobie: „Je besser man ein Problem kennt, desto besser und zielgerichteter kann man es bekämpfen.“ Die FRA arbeite derzeit selbst an einer umfassenden Studie zu Homophobie, so Kjaerum. Die Vorteile einer EU-weiten Studie liegen für Ewald Widi, Obmann des Vereins „GayCopsAustria“ (Schwule und Lesben in der Polizei, Österreich) klar auf der Hand: „Man sollte die Tatsache, dass wir in der Europäischen Union leben als NGO auch für uns nutzen und nach Vernetzung mit anderen gleichgesinnten NGOs europaweit trachten. Nur wer sichtbar ist, wird auch gehört!“ Derzeit setzt die Wiener Beratungsstelle Courage eine Studie in Österreich um. Als Vorlage für die Untersuchung dienten die MANEO-Umfragen aus Deutschland. Mögliche Schlussfolgerung einer europaweit vergleichbaren Umfrage, so Widi, könnte eine europaweite Kampagne zum Thema Homophobie sein.

### Konsequenzen aus Studienergebnissen ziehen

In einem Folgeschritt könnte es eine EU-Stelle geben, die Daten sammelt und auswertet, Trends erfasst und Tipps und Warnungen an die Interessensvertretungen der

Schwulen und Lesben weitergibt. Dabei soll es aber nicht bleiben, so Kjaerum: „Die Agentur für Grundrechte setzt sich vehement für ein neues EU-Gesetz (EU-Richtlinie zum Schutz vor Diskriminierung) ein, um eine Gleichbehandlung in allen Lebensbereichen zu erreichen. Darüber hinaus behindern homophobe Hassparolen und Gewalt die Betroffenen in ihrer Möglichkeit, ihr EU-Recht auf Freizügigkeit und andere Rechte ohne Diskriminierung wahrzunehmen. Um effektiv hiergegen vorzugehen, sind wir auch für eine EU-weite Strafgesetzgebung.“ Bodo Lipp, Sozialwissenschaftler an der Universität Berlin, unterstützt das Vorhaben aus empirischer Sicht: „Man weiß ja einiges über die Politik der jeweiligen Länder gegenüber Lesben und Schwulen. Wenn nun konkrete Ergebnisse über die Einstellung der Bevölkerung zu antischwuler Gewalt vorliegen beziehungsweise wenn sich Betroffenen europaweit in einer vergleichenden Studie dazu äußern, kann man daraus wichtige wissenschaftliche Rückschlüsse für den Kampf gegen Homophobie ziehen.“

### Schwulen-Projekte haben schon mit der Arbeit begonnen

Doch auch innerhalb der internationalen Schwulenbewegung tut sich etwas – ohne die EU. Seit 2006 haben sich die Vertreter der national einflussreichsten homosexuellen Anti-Gewalt-Organisationen aus Deutschland (MANEO), Frankreich (SOS-Homophobie) und Polen (Lambda-Warszawa und Kampania Przeciw Homofobie) auf den drei europäischen Fachkonferenzen „MANEO-Werkstatt“ getroffen (siehe Seite 8) und eine engere Zusammenarbeit beschlossen. Ziel: die Anstrengungen bei der Überwindung und Bekämpfung von Homosexuellenfeindlichkeit und Hassgewalt in ihren jeweiligen Ländern zu intensivieren, sich darüber stärker auszutauschen und ihre Zusammenarbeit zu verstärken und öffentlich zu machen. „Homophobie und Hassgewalt kann in einem zusammenwachsenden Europa nicht mehr länger als ein nationales Problem angesehen und bekämpft werden. Gerade die gemeinsamen Bemühungen der Organisationen aus Deutschland, Frankreich und

Polen – der Initiativegruppe ‚Schwules Weimarer Dreieck‘ – können dabei eine treibende Kraft sein, die bislang eher regional nebeneinander herlaufenden Bemühungen im Kampf gegen Homophobie und Hassgewalt in ganz Europa zu verbessern“, so Bastian Finke von MANEO. Die bisher erreichten Erfolge sind nun allerdings gefährdet, da den Projekten – allen voran MANEO, das mit einem nur befristeten Sonderetat von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin für die Finanzierung der MANEO-Werkstatt verantwortlich zeichnete – die Mittel fehlen, um die Netzwerkarbeit auf hohem Niveau fortzusetzen. Hier, so Finke, sei auch die EU gefordert, bewährten Projekten Fördergelder zur Verfügung zu stellen. ■

### Über den Autor:

Frank Störbrauck ist freier Journalist und lebt in Köln.

## „Gleiche Rechte sind keine Geste, sondern Rechtsanspruch“

Interview: Frank Störbrauck

**Dagmar Roth-Behrendt (SPD), Mitglied im Europäischen Parlament, dort von 2004 bis 2007 Vizepräsidentin, über Homophobie in Europa, die Notwendigkeit einer europäischen Studie zum Thema homophobe Gewalt und die Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme der Europäischen Union.**

**impuls:** Frau Roth-Behrendt, Sie haben 2006 öffentlich die Diskriminierungen von Lesben und Schwulen in Polen gerügt. Seinerzeit wurden die CSD-Paraden in Warschau und Posen von den Behörden im Vorfeld verboten. Hat sich die Situation aus Ihrer Sicht gebessert?

**Roth-Behrendt:** Nein, so weit wie ich es beurteilen kann, hat sich die Situation von Lesben und Schwulen in Polen nicht sonderlich verbessert. Auch wenn es keine weiteren Verbote von CSD-Paraden ge-



geben hat. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Polen hierzu sehr deutliche Worte ins Stammbuch geschrieben. Verbote von CSD-Paraden verstoßen gegen das Versammlungsrecht und das Diskriminierungsverbot der Menschenrechtskonvention. Meine Kritik an Mitgliedsländern, die nichts gegen Gewalt gegen Lesben und Schwule unternehmen, bleibt unverändert bestehen. Die sexuelle Orientierung ist eine der Grundfreiheiten der Europäischen Union. Es ist für mich weiterhin inakzeptabel, dass es Mitgliedsländer in der Europäischen Union gibt, die diese Grundfreiheit nicht bedingungslos gewährleisten.

**Auch das Europäische Parlament hat sich seinerzeit ungewöhnlich scharf gegen Homophobie in der Europäischen Union aus-**

gesprochen – und erntete damit heftigen Widerspruch von Kirchenvertretern und Konservativen. Die Notwendigkeit zum Handeln scheint längst kein parteiübergreifender Konsens zu sein ...

Die „Intergroup Gay and Lesbian Rights“ im Europäischen Parlament versucht im Vorfeld von Abstimmungen im Europäischen Parlament immer auf parteiübergreifenden Konsens hinzuwirken. Aber Sie haben Recht, nicht alle Mitglieder des Europäischen Parlaments sehen das so wie die Sozialdemokratische Fraktion. Für mich ist es daher besonders wichtig, dass in der Intergroup alle Fraktionen, mit Ausnahme der Neofaschisten natürlich, vertreten sind. Klar ist: Das Europäische Parlament wird sich auch weiterhin sehr deutlich gegen Homophobie aussprechen.

**Trotz der EU-Resolution aus dem Jahre 2006 gab es im vergangenen und in diesem Jahr abermals Ausschreitungen gegen Lesben und Schwule in Riga und in Budapest. Verfügt die Europäische Union überhaupt über ausreichend Druckmittel gegenüber Ländern, in denen Lesben und Schwule diskriminiert werden?**

Alle Mitgliedstaaten haben den Vertrag von Nizza ratifiziert – somit auch den Antidiskriminierungsartikel. Dieser Artikel Nr. 13 ist das größte Druckmittel gegenüber Ländern der Europäischen Union, die Lesben und Schwule diskriminieren. Jedes Mitgliedsland weiß, welche Rechte die Bürgerinnen und Bürger durch den Beitritt in die Europäische Union haben. Ein „Das ist bei uns nicht durchsetzbar!“ ist schlicht inakzeptabel und verstößt gegen geltendes Recht. Ich erinnere auch an Deutschland, das 2005 von der Europäischen Kommission beim Europäischen Gerichtshof verklagt wurde, die Antidiskriminierungsrichtlinien umzusetzen. Seit 2006 hat Deutschland nun endlich ein eigenes Antidiskriminierungsgesetz.

**In den Medien spielt das Thema antischwule Gewalt kaum ein Rolle. Als MANEO 2007 und 2008 die Ergebnisse seiner Anti-Gewalt-Studien veröffentlichte, war das Medienecho in Deutschland allerdings groß – zumindest in den schwullesbischen Medien. Müssten nicht auch in anderen EU-Ländern entsprechende Befragungen stattfinden, um das gesamte Ausmaß des Problems argumentativ zu untermauern sowie ein stärkeres öffentliches Bewusstsein zu schaffen? Es stimmt leider: Das Medienecho zu den Ergebnissen der MANEO-Studie, aber auch die Presseberichterstattung zur aktuellen MANEO-Ausstellung „Zeugnisse schwulenfeindlicher Gewalt“ sowie zu den jüngs-**

ten Gewaltübergriffen auf Homosexuelle in Berlin, sind eher die Ausnahme. Eine Befragung zum Thema antihomosexuelle Gewalt in allen EU-Ländern halte ich für sinnvoll und sehr angebracht – ich glaube ganz fest daran, dass durch eine Befragung ein stärkeres öffentliches Bewusstsein für das Thema zu schaffen ist. Dass die Ergebnisse in Polen, Lettland oder in Ungarn so ein Medienecho finden wie jüngst in Deutschland, glaube ich allerdings nicht.

**Könnte eine von der EU geförderte Umfrage in den Mitgliedsstaaten zum Thema homophobe Gewalt den Weg in die richtige Richtung weisen?**

Als eine Konsequenz aus den Übergriffen gegen Schwule und Lesben in der Europäischen Union der letzten Jahre hat das Europäische Parlament die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) beauftragt, einen Bericht über Homophobie in den Mitgliedstaaten vorzulegen. Seit Juni 2008 gibt es erste Ergebnisse. Diese besagen, dass in der EU nicht gegen alle Diskriminierungsgründe ein einheitlich hoher Rechtsschutz besteht. Deshalb denke ich, dass eine ergänzende europaweite Umfrage zum Thema anti-homosexuelle Gewalt sehr wichtig ist. Zum einen kann darüber eine Sensibilisierung der Bevölkerung in der Europäischen Union stattfinden und zum anderen können Regelungslücken aufgezeigt werden. Diese Lücken müssen wir dann schnellstmöglich schließen.

**Welche Konsequenzen würden damit einhergehen?**

Gleiche Rechte für Schwule und Lesben sind keine Geste, sondern sind Rechtsanspruch. Es kann nicht sein, dass alle 27 Staaten der Europäischen Union unterschiedliche Standards in der Gesetzgebung haben. Hier müssen wir ansetzen. Ich werde meine Kolleginnen und Kollegen der Gay and Lesbian Rights Intergroup im Europäischen Parlament bitten, mir ihre Vorschläge zum FRA-Bericht mitzuteilen. Diesen werde ich dann gerne an MANEO weiterleiten. Als eine der Konsequenzen des Berichtes der Expertenkommission muss sichergestellt werden, dass es in jedem Land der Europäischen Union bald eine Anlaufstelle für Diskriminierungsopfer geben muss.

**Frau Roth-Behrendt, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.** ■



## Erste Erkenntnisse

*Noch liegt kein vollständiger schriftlicher Auswertungsbericht der zweiten großen MANEO-Umfrage zu Gewalterfahrungen von Schwulen vor. Die Auswertung kann nur Dank des großen ehrenamtlichen Einsatzes unseres Wissenschaftsteam voranschreiten. Für die wissenschaftliche Begleitung hatte MANEO einen Arbeitskreis aus erfahrenen Soziologen zusammengestellt: Dr. Michal Bochow, derzeit tätig am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Dr. Bodo Lippel, zurzeit Verwaltung der Professur „Methoden der empirischen Sozialforschung“ an der Leibniz Universität Hannover, und Prof. Dr. Martina Stallmann, derzeit tätig an der Evangelischen Fachhochschule Berlin. Wir gehen davon aus, dass ein schriftlicher Bericht im Frühjahr 2009 vorliegen wird.*

*Genau nach einem Jahr fand zwischen dem 1. Dezember 2007 und dem 31. Januar 2008 die von uns deutschlandweit durchgeführte Wiederholungsumfrage statt – Dank der finanziellen Förderung durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB).*

*In unserem Pressegespräch am 24. Juni 2008 hatten wir bereits darauf hingewiesen, dass die Ergebnisse sich von der ersten Umfrage nicht auffällig unterscheiden, vielmehr die Ergebnisse und Einschätzungen der ersten Umfrage bestätigen.*

*An der zweiten MANEO-Umfrage haben sich rund 17.500 schwule und bisexuelle Jugendliche und erwachsene Männer in Deutschland beteiligt. Die erneute hohe Teilnehmerzahl (an der ersten Umfrage beteiligten sich etwa 24.500 Personen) kann als Beleg für den großen Stellenwert von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen unter homosexuellen Männern in unserer Gesellschaft angesehen werden. In der zweiten Umfrage berichteten 40,6 Prozent der Befragten von einem Vorfall innerhalb der zurückliegenden zwölf Monate. Ein Jahr zuvor waren es 35,5 Prozent der Befragten. Auch wenn wir betonen müssen, dass unsere Umfrage nicht repräsentativ ist – weshalb hier auch nicht von einem Anstieg homosexuellenfeindlicher Gewalt gesprochen werden kann –, so sprechen doch allein die Zahlen für sich: dass nämlich vorurteilsmotivierte Gewalt gegenüber Schwulen in unserer Gesellschaft erschreckend weit verbreitet ist.*

*In 58 Prozent der Fälle, in denen die Teilnehmer von einem schwulenfeindlichen, vorurteilsmotivierten Vorfall berichteten, gaben diese mindestens ein Kriterium an, anhand dessen sie einen schwulenfeindlichen Hintergrund feststellen konnten; in weiteren 42 Prozent der Fälle wurden mehrere Kriterien angegeben; in nur 9 Fällen wurde keines der angeführten Kriterien genannt (siehe Seite 19, Tab. 2). Die Kriterien beziehen sich auf Merkmale, die erstmals von der „New York Lesbian and Gay Task Force“ als Merkmale zur Identifizierung von homosexuellenfeindlicher Gewalt aufgestellt und von uns Anfang der 1990er-Jahre eingesetzt und weiterentwickelt wurden (siehe Seite 36).*

*In nur 11,7 Prozent der Fälle, in denen die Teilnehmer von einem Gewaltvorfall berichteten, wurde auch die Polizei verständigt. In 88,2 Prozent der Fälle war dies nicht der Fall. Das Vertrauen in die Polizei ist mehr als dürftig; 60,8 Prozent aller Befragten gaben an, sie hätten kein Vertrauen in die Polizei, dass diese die Sicherheitsbelange von Schwulen berücksichtigt. Immerhin 37,5 Prozent derer, die einen konkreten Vorfall zu berichten hatten, fühlten sich denn auch nicht ernst genommen in ihrem Anliegen.*

*So, wie sich die Ergebnisse bezüglich des Anzeigeverhaltens zwischen erster und zweiter Umfrage kaum unterschieden, so steht auch in der zweiten Umfrage der Tatort „öffentliches Straßenland“ mit 40 Prozent (ein Jahr zuvor waren es 44 Prozent) wieder an erster Stelle. Ein Großteil der vermeldeten Fälle vorurteilsmotivierter Gewalt trug sich in aller Öffentlichkeit zu.*

*Gewaltschutz durch Gewaltprävention ist der Schlüssel – langfristige Investitionen in Bildung sind wichtig; ebenso deutlich müssen klare und unmissverständliche Signale auf die Tat folgen: Als Schwuler auf der Straße beleidigt, angespuckt oder getreten zu werden, ist keine Folklore. Es widerspricht den Gesetzen dieses Landes. Hassgewalt gegen homosexuelle Menschen stellt eine fundamentale Menschenrechtsverletzung dar, die die Grundwerte unserer Gesellschaft erschüttert. Vor allem muss die Unterstützung für und die Solidarität mit Betroffenen deutlich werden. Gerade diese starken Signale aus Politik und Verwaltung fehlen nach wie vor in unserer Gesellschaft.*

*Bastian Finke,  
Dipl. Soziologe, Mitglied im MANEO-Wissenschaftsteam*



# Zwei Schritte vor, ein Schritt zurück

Hassgewalt gegenüber bisexuellen und schwulen Jugendlichen im Coming-out

von Dr. Bodo Lippl

Bereits aus der ersten MANEO-Umfrage konnte als bedrückendes Ergebnis festgehalten werden, dass besonders die schwulen, bi- und transsexuellen Jugendlichen weitestgehend stärker von schwulenfeindlicher Hasskriminalität betroffen sind als die Älteren (vgl. Lippl 2007). In der zweiten Umfrage von Dezember 2007 bis Januar 2008 wurden deshalb an Schüler zusätzliche Fragen gestellt, die in diesem Beitrag genauer analysiert werden.<sup>1</sup>

Gerade jüngere Schwule und Bisexuelle befinden sich in einer Lebensphase, die stark vom eigenen Coming-out geprägt ist. Damit wird der schwierige Prozess der Auseinandersetzung mit dem eigenen sexuellen Begehren und den damit verbundenen Identitätsentwicklungen bezeichnet. Da diese Entwicklung nur gesellschaftlich in Interaktionen zwischen den Betroffenen und der sozialen Umwelt vorantreiben kann, spielt das gesellschaftliche Einstellungsklima zur Homosexualität eine erhebliche Rolle. Die Ablehnung in der Gesellschaft und im Interaktionsumfeld wird von jungen Männern bereits vor, besonders aber während der sexuellen Orientierungsphase gespürt. Während ablehnende Einstellungen für sexuell entgegen der heterosexuellen Norm Orientierte als Bedrohung der eigenen Existenz empfunden werden können,

finden potenzielle Täter darin die Legitimationsgrundlage des eigenen gewalttätigen Verhaltens gegenüber sexuell anders Orientierten. Die meist moralisch begründete Ablehnung von Homosexualität kann sich in Situationen, in denen sich ein Schwuler oder Bisexueller offen zu den eigenen Neigungen und den damit verbundenen Lebensweisen bekennt, in gewalttätiger Form gegenüber den sich Outenden entladen. Gerade in dieser Lebensphase, in der positive Prozesse der Selbstfindung und des Outings stattfinden, sind junge Schwule und Bisexuelle daher besonders gefährdet und erheblich verletzbar. Kommen also Gewalterfahrungen zu den ohnehin schwierigen Coming-out Prozessen hinzu, sind neben den gegebenenfalls körperlichen Verwundungen vor allem tiefgehende psychische Verletzungen und Brüche in der eigenen (Identitäts-) Entwicklung absehbar. Positive Schritte in der Entwicklung einer schwulen Identität können behindert werden, wenn Hassgewalt erfahren wird.

Der Schutz junger Schwuler und Bisexueller vor Gewalt und gesellschaftlicher Ablehnung muss daher ein besonderes Anliegen der gesamten Gesellschaft sein. Hassmotivierte Gewalttaten aufgrund der sexuellen Orientierung verursachen Kosten für die Gesellschaft, die sich mit der gesundheitli-

chen Versorgung von Gewaltopfern an Leib und Seele allein nicht vollständig bemessen lassen. Letztlich kostet es ein Stück dessen, was Demokratie auszeichnet, nämlich den Schutz ihrer Minderheiten. Dass homophober Hassgewalt entschieden entgegengetreten werden muss, ist daher eine moralische Verpflichtung aller demokratischen Kräfte.

## Ausmaß und Formen vorurteilsmotivierter Gewalt

Zunächst wird untersucht, wie junge Bisexuelle und Schwule von Gewalterfahrungen belastet sind, die offenbar schon so weit in Ihrem Coming-out fortgeschritten sind, dass sie bereits Kontakt zur szenenahen beworbenen Umfrage gefunden haben. Dazu werden zunächst verschiedene Gruppen betrachtet. Da aufgrund bisheriger Befunde angenommen werden kann, dass Jugendliche an den Schulen besonders der Gewaltgefahr ausgesetzt sind, müssen die Schüler an allgemeinbildenden Schulen und beruflichen Schulen getrennt von Jugendlichen betrachtet werden, die nicht mehr im Kontext einer Schule leben. Abb. 1 ermöglicht einen ersten Einblick in den Verbreitungsgrad und die Verteilung vorurteilsmotivierter Hassgewalt in Gruppen unterschiedlicher Lebensphasen. Dargestellt ist für diese Gruppen jeweils, ob ein

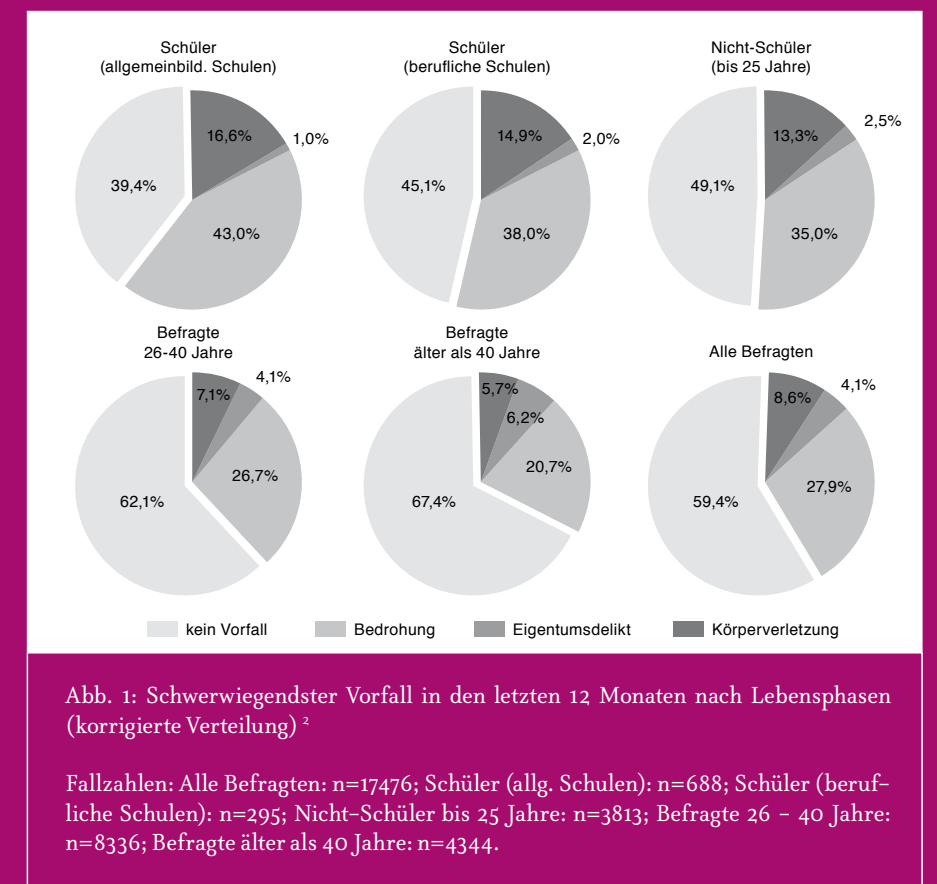
Gewaltvorfall, der die Befragten in den letzten 12 Monaten am stärksten betroffen hat, stattgefunden hat oder nicht. Ist ein solcher Gewaltvorfall passiert, kann zudem die grobe Verteilung auf Vorfallformen betrachtet werden.

Im letzten der abgebildeten Kreisdiagramme wird die Verteilung über alle Befragten dargestellt. 40,6 Prozent aller Befragten haben in den letzten 12 Monaten Gewalt erlebt. 59,4 Prozent haben keinen Vorfall angegeben. Ein Großteil von 27,9 Prozent aller Befragten geben eine Bedrohung an, 8,6 Prozent eine Körperverletzung und 4,1 Prozent ein Eigentumsdelikt.

In den übrigen Kreisdiagrammen wird die Gewaltbelastung in unterschiedlichen Lebensphasen verdeutlicht. Generell ist zu erkennen, dass die Betroffenheit von Gewalt bei den Jüngeren deutlich stärker ausgeprägt ist als bei den Älteren. Die Gruppe mit dem höchsten Anteil an Gewalterfahrungen sind die Schüler an allgemeinbildenden Schulen (60,6 Prozent), gefolgt von Schülern an beruflichen Schulen (54,9 Prozent). Der Anteil in der Gruppe der bis 25 Jahre alten Jugendlichen, die nicht mehr Schüler sind, ist mit 50,9 Prozent deutlich geringer als bei den Schülern. Der Befund legt es nahe, dass es insbesondere die Schulen, und hier vor al-

## Über den Autor:

Dr. Bodo Lippl, geb. 1970; Studium der Kath. Theologie und Soziologie in München, Wissenschaftl. Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, zurzeit Verwaltung der Professur „Methoden der empirischen Sozialforschung“ an der Leibniz Universität Hannover, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von MANEO.



>>

<sup>1</sup> Die Beteiligung an der zweiten Umfrage war mit 17.477 Fällen wieder außerordentlich hoch. Aufgrund der Selbstidentifizierung der Befragungsteilnehmer hinsichtlich der eigenen sexuellen Orientierung und wegen der Selbstselektion beziehungsweise Eigenmotivation der Befragten zur Umfrageteilnahme kann jedoch nicht von Repräsentativität (in Bezug auf alle Schwulen und Bisexuellen) gesprochen werden. Dies kann übrigens keine Umfrage unter Homosexuellen mit den bisherigen methodischen Instrumentarien leisten, da repräsentative Stichproben nur bei bekannter Grundgesamtheit gezogen werden können. Dennoch bezeugt die starke Teilnahme an der Umfrage eindrucksvoll das erhebliche Interesse unter Schwulen und Bisexuellen an diesem Thema.

<sup>2</sup> Dargestellt ist eine korrigierte Verteilung auf Vorfallarten. Zum einen wurden all jene Vorfälle außerhalb des 12-monatigen Bezugszeitraums nicht als Vorfall gewertet. Zum anderen wurden falsch zugeordnete Vorfallarten korrigiert. Bedrohungen und Eigentumsdelikte, die tatsächlich mit einer Körperverletzung einhergegangen sind, was in einer Zusatzfrage erhoben wurde, wurden als Körperverletzung gewertet. Diese falschen Zuordnungen durch die Befragten können vermutlich mit Bagatellisierungstendenzen erklärt werden (Blaues Auge, aber 'nur' bedroht worden). 9,2 Prozent aller als Bedrohung angegebenen Vorfälle sind mit einer körperlichen Verletzung einhergegangen und wurden folglich als Körperverletzung umkodiert. Die Kombination Eigentumsdelikt und Körperverletzung gilt als besonders schwerwiegende Raubgewalt. 9,3 Prozent aller Eigentumsdelikte sind mit einer Körperverletzung einhergegangen und wurden daher der Körperverletzung zugerechnet.

lem die allgemeinbildenden Schulen sind, in denen homophobe Gewalt das stärkste Ausmaß annimmt. Fast zwei Drittel der befragten Schüler an allgemeinbildenden Schulen gibt einen Gewaltvorfall an. Eigentumsdelikte spielen dabei eine nur marginale Rolle (1,0 Prozent), Bedrohungen werden dagegen von 43,0 Prozent und Körperverletzungen von 16,6 Prozent der befragten Schüler berichtet. Während Eigentumsdelikte mit zunehmendem Alter zunehmen, sind Bedrohungen und Körperverletzungen in jungen Lebensjahren und insbesondere in den Schulen am stärksten ausgeprägt.

**Gewalterfahrungen von Schülern an allgemeinbildenden Schulen**

Abb. 2 gibt einen Überblick über die Gewalterfahrungen unter Schülern an allgemeinbildenden Schulen nach dem Lebensalter. An allgemeinbildenden Schulen sind die Jugendlichen mit 16 Jahren am stärksten durch Gewalterfahrungen belastet. Mehr als die Hälfte der 16-Jährigen wurde im letzten Jahr bedroht, ein Fünftel hat körperliche Gewalt erfahren. Mit zunehmendem Alter sinkt der Anteil derer, die Gewalt erfahren hat. Die meiste Gewalt findet also unmittelbar in Zusammenhang mit der ersten Auseinandersetzung bezüglich der eigenen sexuellen Orientierung statt.

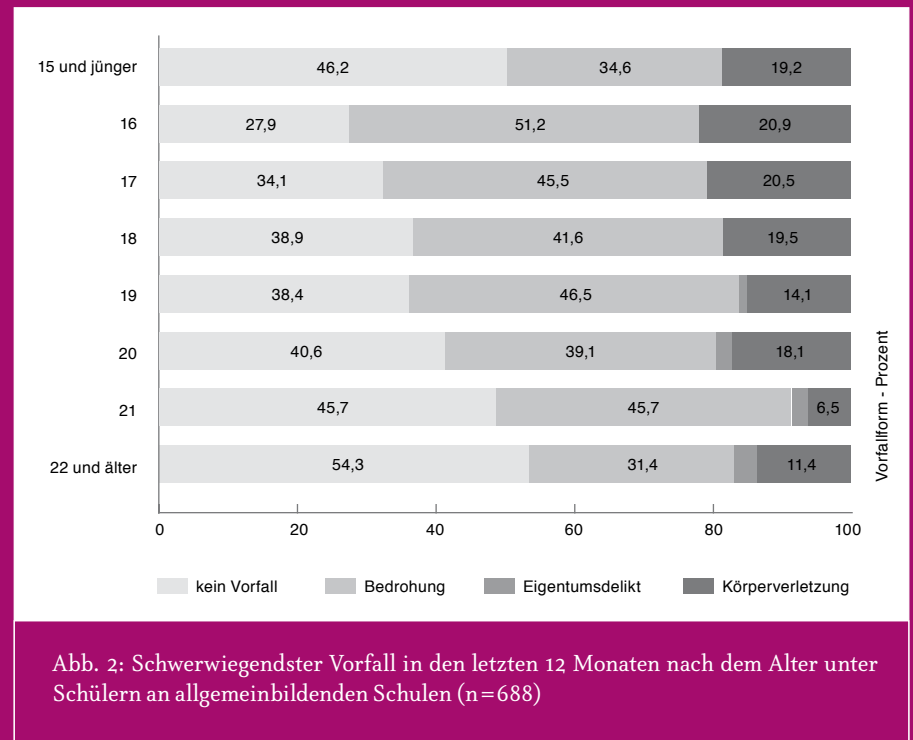
Weitere Analysen zeigen ferner, dass die Betroffenheit von Gewalt und auch die Verteilung auf Gewaltformen zwar signifikant vom Alter der Opfer, nicht jedoch von der Klassenstufe abhängen. Signifikante Unterschiede in der Gewaltbelastung gibt es jedoch bezüglich des Schultyps (vgl. Tab. 1). Während in Haupt- und Realschulen eher körperliche Gewalttaten statt Bedrohungen zugefügt werden, spielen in Gesamtschulen und Gymnasien überwiegend Bedrohungen eine stärkere Rolle als körperliche Gewalt. Zudem ist die Betroffenheit von Gewalt an Hauptschulen am höchsten (nur 31,6 Prozent haben keinen Vorfall) und im Gymnasium am niedrigsten (40,5 Prozent haben keinen Vorfall), wobei Realschule und Gesamtschule dazwischen liegen. Von daher kann angenommen werden, dass Ausmaß und Form homophober Gewalt vom Bildungsort abhängig sind. An Orten mit höherer Bildung ist der Nährboden für homophobe Hassgewalt insgesamt etwas geringer. Zudem drückt er sich stärker über Bedrohungen als durch Körpergewalt aus.

Die Täter bei Gewaltvorfällen unter Schülern an allgemeinbildenden Schulen sind tendenziell stärker männlich (88,5 Pro-

zent) und weniger weiblich im Vergleich zu den Tätern bei Vorfällen unter allen Befragten (86,3 Prozent). Das Alter der Täter ist dem der Opfer vergleichbar. Hinsichtlich der Anzahl der Täter unterschieden sich die Gewaltvorfälle bei Schülern nicht von jenen unter allen Befragten (53,5 Prozent mit einem, und 46,5 Prozent mit mehr als einem Täter). Die Täter sind den Schülern im Gegensatz zur Gesamtheit der Befragten überwiegend bekannt (58,5 Prozent). Bei allen Befragten liegt der Anteil derer, die die Täter kennen, deutlich niedriger (25,4 Prozent). In 66,8 Prozent der Vorfälle, bei denen die Täter bekannt waren, waren es Mitschüler, in 8,6 Prozent gute Freunde und in 12,7 Prozent andere Bekannte. 33,1 Prozent der Vorfälle gegen schwule und bisexuelle Schüler fanden den Angaben zufolge in der Schule selbst statt, 29,0 Prozent auf der Straße.

sind. Handelt es sich also tatsächlich um antischwule Gewalt, oder sind die berichteten Vorfälle nur „normale“ Gewalttaten, wie sie eben an einer Schule vorfallen? In der Umfrage wurde deshalb eine Reihe von Kriterien abgefragt, mit denen der homophobe Hintergrund der berichteten Vorfälle „objektiv“ besser eingeschätzt werden kann. Diese Kriterien der Schwulenfeindlichkeit von Gewalttaten wurden von MANEO aus dem amerikanischen Kontext für Deutschland übertragen (sog. „FBI-Kriterien“; vgl. Finke 2002: 30f.; siehe auch Seite 36).

Legt man diese Kriterien an die berichteten Gewaltvorfälle an, zeigt sich, dass in nur 2,9 Prozent aller Vorfälle keine Anhaltspunkte für einen antischwulen Motivgrund gefunden werden können und in 6,3 Prozent nur vermutlich ein homophobes Tat-



Im Vergleich zur Gesamtheit der Befragten werden die Täter von den Schülern stärker dem rechtsradikalen Hintergrund zugeordnet (21,6 Prozent im Vergleich zu 16,9 Prozent unter allen Befragten) und stärker Personen mit deutschem Hintergrund (66,8 Prozent im Vergleich zu 53,9 Prozent unter allen Befragten).

**Tatsächlich schwulenfeindliche Gewalt?**

Immer wieder wird infrage gestellt, ob die in der Umfrage erhobenen Gewaltvorfälle tatsächlich aus homophoben Motiven passiert

motiv zugrunde lag (vgl. Tab. 2). Für 90,8 Prozent der Vorfälle kann jedenfalls sicher von einem schwulenfeindlichen Tatmotiv ausgegangen werden. Ein deutlich höherer Prozentsatz fälschlich als homophob klassifizierter Gewalttaten wird in der amerikanischen Untersuchung von Herek u.a. (2002: S. 330) berichtet. In ihrer Studie über Gewalterfahrungen unter Studierenden konnten sie mit Hilfe einer intensiven mündlichen Nachbefragung im Anschluss an eine schriftliche Befragung („Selbstaussfüller“) herausfinden, dass ein Anteil von 14 Prozent der ermittelten Gewalttaten tatsächlich

keinen eindeutig homophoben Hintergrund aufwies. In der vorliegenden Untersuchung fällt dieser Anteil sogar deutlich geringer aus, wengleich der amerikanischen Studie vergleichbare Überprüfungsmöglichkeiten nicht realisiert werden können. Betrachtet man die Gewalttaten unter Schülern an allgemeinbildenden Schulen, ist der Anteil der nicht eindeutig als homophob klassifizierbaren Gewalttaten sogar noch geringer als der unter allen Befragten.

**Gefühl der Akzeptanz und Einschätzungen zur Situation an der Schule**

Abschließend stellt sich die Frage, wie stark sich junge Schwule und Bisexuelle an allgemeinbildenden Schulen im Vergleich zu ihren Mitschülern akzeptiert fühlen und wie sie den Umgang an der Schule mit dem Thema Homosexualität einschätzen. Die Bewertung der Situation an den Schulen wurde über den Grad der Zustimmung zu vorgelegten Aussagen gemessen (vgl. Abb. 3, Seite 20).

Nur 28,0 Prozent der Schüler geben an, dass an ihrer Schule darauf geachtet wird, dass sich niemand über Schwule/Bi-/Transsexuelle lustig macht. Nur etwas weniger als die Hälfte der Schüler kann bei homophoben Gewaltvorfällen der eigenen Einschätzung nach mit der Unterstützung durch andere an der Schule rechnen. 46,3 Prozent finden, dass Schwule/Bi-/Transsexuelle von Mitschülern verteidigt werden und 46,9 Prozent äußern, dass Lehrer an ihrer Schule eingreifen, wenn schlecht über Schwule geredet wird. Offenbar gelingt es in allgemeinbildenden Schulen nicht, ein angstfreieres Klima für Schwule und Bisexuelle zu garantieren. Mehr als die Hälfte aller Schüler gibt an, dass es an der eigenen Schule besser sei, sich nicht zu outen, sondern stattdessen die eigene Homosexualität zu verheimlichen (56,4 Prozent). Anstatt Schüler in ihrer sexuellen Orientierungsphase zu unterstützen

Schultyp	kein Vorfall	Bedrohung	Eigentumsdelikt	Körperverletzung	Prozent (gesamt)	Fallzahl (gesamt)
Hauptschule	31,6	26,3	0,0	42,1	100,0	19
Realschule	33,3	38,9	0,0	27,8	100,0	72
Gesamtschule	35,6	44,4	2,2	17,8	100,0	45
Gymnasium	40,5	44,2	1,1	14,2	100,0	550
Prozent (gesamt)	39,2	43,2	1,0	16,6	100,0	
Fallzahl (gesamt)	269	296	7	114		686

Tab. 1: Schwerwiegendster Vorfall in den letzten 12 Monaten unter Schülern an allgemeinbildenden Schulen nach Schultyp

oder zumindest sie nicht zu beeinträchtigen, werden Schulen für mehr als die Hälfte der schwulen und bisexuellen Schüler als Orte wahrgenommen, an denen es ihnen nicht möglich ist, sich offen und ehrlich zur eigenen sexuellen Orientierung zu bekennen. Phasen der Entwicklung zu einer selbstbewussten schwulen Identität werden in Frage gestellt oder unterbrochen durch erlebte Hassgewalt. Die Analysen zeigen auch, dass die derart gemessene Behinderung im Coming-out für Haupt- und Realschulen stärker gilt als für Gesamtschulen und Gymnasien.

Entgegen dieser insgesamt eher negativen Beurteilung der Situation an allgemeinbildenden Schulen, überrascht die mehrheitlich geteilte Einschätzung der Schüler, dass sie sich überwiegend oder voll im Vergleich zu anderen Mitschülern akzeptiert fühlen (62,4 Prozent). Als Erklärungen für diesen eher widersprüchlichen Befund können sowohl Dramatisierungen der allgemeinen Situation für alle als auch Bagatellisierungen in der Einschätzung der eigenen Lage angeführt werden, wengleich dies mit den erhobenen Daten nicht eindeutig beantwortet werden kann.

Es kann jedoch anhand der Daten festgestellt werden, dass die empfundene Akzep-

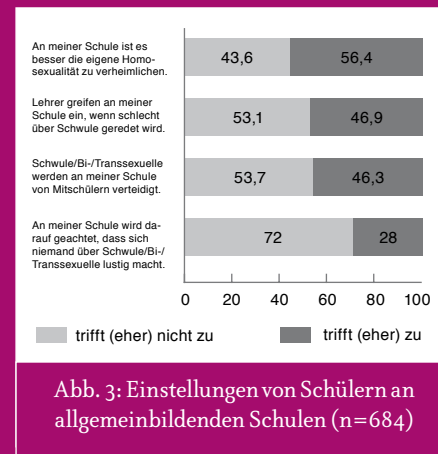
tanz in der Schule nach dem Lebensalter und nach dem Schultyp variiert (vgl. Tab. 3, Seite 20). Erst mit zunehmendem Alter entwickelt sich das Gefühl einer vergleichweisen Akzeptanz. In den entscheidenden jüngeren Lebensjahren fühlen sich Schüler dagegen deutlich weniger akzeptiert. Neben dem Alter spielt auch der Schultyp bei der Wahrnehmung der Akzeptanz eine signifikante Rolle. Das Gefühl, wie die anderen akzeptiert zu sein, wird von Hauptschülern und Realschülern deutlich weniger geäußert als von Schülern an Gesamtschulen und Gymnasien. Schulen, die zu niedrigeren Bildungsabschlüssen führen, vermögen es offenbar deutlich schlechter, ein Gefühl der Akzeptanz bei sexuell anders Orientierten zu erzeugen. Das Gefühl der Deprivation ist für jene schwulen und bisexuellen Schüler noch zusätzlich erhöht, die nicht Deutsch innerhalb der Familie sprechen. Nur 42,9 Prozent der nicht Deutsch zu Hause sprechenden fühlen sich vergleichsweise ebenso akzeptiert, während es bei den zu Hause Deutsch sprechenden 63,4 sind. Diese Gruppe an Schülern ist also doppelt belastet, sowohl durch die nicht-deutsche Herkunft (beziehungsweise Sprachsozialisati-on) als auch durch das Stigma einer anderen sexuellen Orientierung.

>>

Grad an Homophobie	Schüler (allg. Schulen)	Schüler (berufl. Schulen)	Nicht-Schüler bis 25 Jahre	Befragte 26 - 40 Jahre	Befragte älter als 40 Jahre	Alle Befragten	Fallzahl
nicht antischwul	1,7	3,2	2,3	3,5	3,0	2,9	206
vermutlich antischwul	3,6	4,5	4,4	5,7	11,1	6,3	437
sicher antischwul	17,7	26,9	26,4	25,1	27,8	25,6	1781
sehr sicher antischwul	76,9	65,4	66,9	65,7	58,1	65,2	4540
Prozent (gesamt)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
Fallzahl (gesamt)	412	156	1913	3101	1382		6964

Tab. 2: Homophobe Ausrichtung des schwerwiegendsten Vorfalls in den letzten 12 Monaten nach Lebensphasen





Altersgruppen	gar nicht/ eher nicht akzeptiert	eher/ voll und ganz akzeptiert	Prozent (gesamt)	Fallzahl (gesamt)
bis 15	42,3	57,7	100,0	26
16	45,2	54,8	100,0	42
17	47,7	52,3	100,0	88
18	43,8	56,3	100,0	112
19	33,9	66,2	100,0	195
20	34,1	65,9	100,0	135
21	37,8	62,2	100,0	45
22 - 25	14,3	85,7	100,0	35
<b>Schultyp</b>				
Hauptschule	63,2	36,8	100,0	19
Realschule	54,9	45,1	100,0	71
Gesamtschule	24,4	75,6	100,0	543
Gymnasium	35,4	64,6	100,0	45
<b>Sprache mit der Familie</b>				
Deutsch	36,6	63,4	100,0	643
Nicht-Deutsch	57,1	42,9	100,0	35
Prozent (gesamt)	37,6	62,4	100,0	
Fallzahl (gesamt)	255	423		678

Tab. 3: Gefühl von Schülern an allgemeinbildenden Schulen, wie die anderen akzeptiert zu sein, nach Lebensalter und Schultyp (in Prozent)

## Fazit

Insgesamt kann festgehalten werden, dass gerade die sehr jungen Schwulen und Bisexuellen erheblich stärker von Gewalt betroffen sind als ältere. Besonders stark ist diese Gewaltbetroffenheit an den Schulen und hier insbesondere an allgemeinbildenden stärker als an beruflichen Schulen. Gerade in der Phase der ersten Auseinandersetzung mit der eigenen sexuellen Orientierung sind junge Schwule und Bisexuelle stärker homophoben Gewalttaten gegenüber sich selbst ausgesetzt. Diese Konfrontation mit erhöhter Gewalt in einer ohnehin nicht von Selbstsicherheit geprägten Lebensphase macht junge Schwule und

Bisexuelle besonders angreifbar und verletzbar. Daher muss die Schlussfolgerung gezogen werden, dass das Thema Homosexualität noch stärker und umfassender zum Thema im Unterricht gemacht werden sollte. Anregungen für die Ausgestaltung können aus anderen Ländern gewonnen werden, die wie beispielsweise in den USA seit längerer Zeit Schulprogramme gegen Homophobie einsetzen (Henning-Stout, James & Macintosh 2000). Dabei darf das Thema nicht nur auf biologische Sexualaufklärung reduziert werden, sondern muss vor allem auch gesellschaftspolitisch unter dem Thema Toleranz gegenüber den unterschied-

lichen Lebensweisen von Minderheiten behandelt werden. In diesen Zusammenhang sollte das Thema sexuelle Orientierung eingebettet werden. Insbesondere Politik, Bildungsverwaltung, die Verantwortlichen an den Schulen und die Lehrer sind aufgefordert, eindeutige und klare Aussagen zum toleranten beziehungsweise akzeptierenden Umgang mit Homosexuellen an die Heranwachsenden zu vermitteln. Für eine deutlichere Verankerung des Themas in den staatlichen Lehrplänen und vor allem der praktischen Umsetzung ist entsprechend Sorge zu tragen. ■

## Literatur

- Finke, Bastian (2002): SÜB-Bericht 2001. Schwules Überfalltelefon Berlin (SÜB) – 216 33 36 – Hilfe für schwule Opfer und Zeugen von Gewalt und Diskriminierung. Dokumentation antischwuler Gewalt, Berlin. [<http://www.maneo.de/pdf/Maneo-Report2001.pdf>; Zugriff am 01.12.2008] Die aktualisierte Fassung der „MANEO-Kriterien“ steht auf der Startseite von [www.maneo-fallmeldungen.de](http://www.maneo-fallmeldungen.de).
- Henning-Stout, Mary/James, Steve/Macintosh, Samantha (2000): Reducing Harassment of Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, and Questioning Youth in Schools, in: *School Psychology Review* 29, 180–191.
- Herek, Gregory M./Cogan, Jeanine C./Gillis, J. Roy (2002): Victim Experiences in Hate Crimes Based on Sexual Orientation, in: *Journal of Social Issues* 58, 319–339.
- Lippl, Bodo (2007): Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland. Ergebnisse der MANEO-Umfrage 2006/2007, Berlin: MANEO. [<http://www.maneo-toleranzkampagne.de/umfrage-bericht1.pdf>; Zugriff am 01.12.2008]
- Lippl, Bodo (2008): Hasskriminalität gegenüber bi- und homosexuellen Männern in Deutschland, in: *impuls. Die MANEO-Fachzeitschrift zu Homophobie und Hate-Crime* 01/April 2008, 57–59.

# 23. TEDDY AWARD

## Der queere Filmpreis der Berlinale



Freitag, 13. Februar 2009, 21.00 Uhr  
im Haus der Kulturen der Welt

mit **Joe Dallesandro** und **Joey Arias** u.v.m.

midnight special & **Teddy-Party** ab 23.00 Uhr

Tickets im HdKdW, im Prinz Eisenherz Buchladen  
und über [www.eventim.de](http://www.eventim.de)







## Das heillose Opferdurcheinander

Von Martin Reichert

**Hassverbrechen sind in Deutschland (noch?) nicht justizabel; die Tätermotivation spielt im Strafverfahren kaum eine Rolle. Dabei ist das Stellvertretermoment vorurteilsmotivierter Gewalttaten symptomatisch, werden die Opfer doch willkürlich allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe ausgewählt – ein Umstand, dem die US-Justiz mit ihrem Konzept der „Hate Crimes“ Rechnung trägt. In Deutschland legt man darob noch die Hände in den Schoß.**

Da kann ja jeder kommen: Am Ende behauptet jemand nach einer Schlägerei in der Nachbarschaft, dass er nur verprügelt worden sei, weil er Nichtraucher ist oder bekennender Heino-Fan. So oder ähnlich denkt

und redet man, hinter mehr oder weniger vorgehaltener Hand, in den Kreisen der zuständigen Behörden, von Justiz bis Polizei, wenn es um das Thema „Hassverbrechen“ geht. „Hate Crimes“ gelten als Neues und daher auch lästiges, dass es – wie bei vielen Dingen – in den USA schon lange gibt und nun „droht“ über den Umweg Europa auch in Deutschland für zusätzlichen Arbeitsaufwand zu sorgen.

### Gruppenbezogene Vorurteils kriminalität

Als Hate Crime, „Hassverbrechen“, werden in den USA Straftaten bezeichnet, bei denen das Opfer des Delikts vom Täter ausschließlich oder überwiegend nach dem Kriterium der Zugehörigkeit zu einer gesellschaftli-

chen Gruppe gewählt wird – und sich das Verbrechen in erster Linie gegen die gewählte Gruppe als Ganzes richtet. So können beispielsweise antisemitisch oder ausländerfeindlich motivierte Straftaten unter den Begriff fallen, ebenso Straftaten gegen Obdachlose oder Behinderte. Und Homosexuelle.

Im Einzelfall kann es in der Tat ziemlich schwierig sein, eine Straftat eindeutig als „Hate Crime“ einzustufen. Die Vergewaltigung einer Frau kann beispielsweise sexualtriebhaft motiviert sein, richtet sich also nicht gegen „die Frauen“, obwohl das Opfer überwiegend nach dem Kriterium der Weiblichkeit ausgewählt wurde. Die Vergewaltigung einer Frau kann aber durchaus Züge

eines Hassdelikts aufweisen, wenn dem Verbrechen eine entsprechende Motivation zugrunde liegt, zum Beispiel eine dezidiert sexistische. Dennoch gilt diese Herangehensweise in den USA mittlerweile als Selbstverständlichkeit – nachdem sie von den entsprechenden bürgerrechtlichen Gruppierungen, auch den schwulesbischen, erkämpft worden war.

### Stiefmütterlicher Umgang mit homophober Hassgewalt

Auch in Deutschland haben engagierte BürgerInnen in dieser Hinsicht Druck auf die Institutionen ausgeübt, wenn auch nicht in Bezug auf homophobe Gewalt. Was die Hassgewalt angeht, hatte bislang einzig

der breite bürgerliche Konsens gegen den Rechtsradikalismus genügend Schubkraft, um gesetzliche Änderungen zu befördern: Aufgrund einer langen defizitären Praxis bei der Erfassung des Ausmaßes und der Opfer rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Gewalttaten (vor allem Ausländer und Obdachlose) in der Bundesrepublik wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2001 vereinbart, rechtsextremistisch orientierte Straftaten als „politisch motivierte Kriminalität“ zu erfassen. In diesem Rahmen wurde die Erfassungsmöglichkeit unter dem Oberbegriff „Hasskriminalität“ geschaffen, die als spezielle Untergruppe „fremdenfeindliche“ und „antisemitische“ Straftaten erfasst. Hierdurch wollte man gewährleisten, dass die Taten klarer und einheitlicher erfasst

und von den zuständigen Polizeidienststellen zentral gemeldet werden. Homophobe Gewalttaten fallen auch innerhalb dieser Regelung bislang eher unter ferner liefen, beziehungsweise ist bisher niemand seitens Polizei oder Justiz auf die Idee gekommen, dass es besonderer Maßnahmen bedürfe, die der Gewalt gegen Homosexuelle Rechnung tragen.

### Heilloso Opferdurcheinander

Professor Dr. Joachim Kersten, Leiter des Lehrgebietes Allgemeine Polizeiwissenschaft an der „Deutschen Hochschule der Polizei“ in Münster bestätigt dies: „Man befürchtet ein heilloso Opferdurcheinander. Und wie man ja im Falle häuslicher Gewalt



### „HOMOPHOBE HASSGEWALT ALS OFFIZIALSDELIKT BEHANDELN!“

Im November dieses Jahres lud die Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen unter dem Titel „Dem Hass keine Chance – Homophobie entschieden entgegenzutreten“ rund 200 Fachteilnehmer aus ganz Deutschland zum Anti-Homophobie-Kongress in den Deutschen Bundestag ein. Zu den zur Anhörung und Diskussion geladenen Experten gehörte auch MANEO-Projektleiter Bastian Finke, der neben Wolfgang Wieland MdB (Sprecher für innere Sicherheit der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen) und Alke Glet (Max-Planck-Institut Freiburg) im Workshop „Strategien gegen Hassgewalt“ zum Thema referierte.

Diskutiert wurde im Workshop auch die jüngst von Brandenburg und Sachsen-Anhalt angeregte Reform des § 46 StGB, wonach Hassgewalt künftig härter bestraft werden solle. Strafverschärfung jedoch, so Finke, sei nicht der Königsweg; Ziel hingegen müsse sein, Hassgewalt auch gegen die sexuelle Orientierung nicht länger als Antragsdelikt zu behandeln, sondern vielmehr als Offizialsdelikt, das heißt die Polizei müsse die Strafverfolgung auch ohne vorangehende Strafantragstellung des Opfers übernehmen.

In diesem Zusammenhang forderte Finke, hinsichtlich Definition von und Umgang mit Hassgewalt sich nicht erneut in der Debatte um einen deutschen Sonderweg zu erschöpfen, sondern die Umsetzung des vorbildlichen Hate-Crime-Konzeptes in den USA und Großbritannien zu betrachten, um von den dort bereits bestehenden Hate-Crime-Laws zu lernen. (red)



Anti-Homophobie-Kongress der Grünen-Bundestagsfraktion im November 2008: Referenten **Wolfgang Wieland** MdB (r.), Sprecher für innere Sicherheit der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und **Bastian Finke** (M.), Projektleiter MANEO, sowie **Volker Beck** MdB (l.), Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, beim Workshop „Strategien gegen Hassgewalt“ im Paul-Löbe-Haus.

>> gesehen hat, reicht es meist, wenn das bestehende Recht einfach konsequenter angewendet wird.“ Kersten weiß zwar um die Bedrägnisse der Schwulen – insbesondere um die Konflikte gerade zwischen Schwulen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund – fragt aber auch als Anwalt der polizeilichen Praxis: „Was sollen wir denn machen: Vor jede Klappe einen Polizisten stellen, nachts Streifen durch den Park schicken? Machen wir ja im Zweifelsfall schon.“ Kersten kennt sogar aus dem eigenen Umfeld heterosexuelle Männer, die zusammengeschlagen wurden, weil man sie für schwul gehalten hatte. Und analysiert trotzdem mit kühlem Blick: „Vorurteile bekommt man in erster Linie nicht über Diskussionen und Gesprächsrunden weg. Und wenn Homo-Organisationen beklagen, dass nachts im Park Schwule zusammengeschlagen werden, sagt Volkes Stimme ganz einfach: Was machen die denn nachts im Park? Ich bin doch auch nicht nachts im Park.“ Doch eine andere Lösung hat er nicht wirklich: „Man muss an die aufgeklärten, bürgerlichen Kreise und Verbände der Migranten herantreten, mit Sozialarbeitern reden und Netzwerke schaffen.“ Nicht ohne wiederum nüchtern einzuschränken: „Klar, palästinensische Kriegsflüchtlinge haben in der Debatte einen Masteropferstatus, da ist es schwierig, mit einem solchen Interesse durchzudringen.“ Das heillose Opferdurcheinander eben. Also doch Selbstverteidigungskurse? Kesten sagt: „Wenn Ihnen jemand mit einem Messer gegenübersteht, nützt herkömmliche Selbstverteidigung gar nichts. Der schlitzt sie auf und Sie verbluten.“

#### Zwei Seiten einer Medaille

Wenn also die Selbstbewaffnung auch nicht wirklich eine Lösung sein soll, bleibt am Ende nur die Hoffnung auf das Recht und den Willen der ausführenden „Organe“, dieses auch durchzusetzen. Die Berliner Politologin Dr. Britta Grell war zuletzt an einer Studie zu Hate Crimes in Polen beteiligt. Sie differenziert das Problem auf eine gesellschaftliche und eine juristische Dimension – ohne jedoch, im Gegensatz zu den deutschen Behörden – beide zu trennen: „Man schiebt hierzulande gerne vor, dass eine Berücksichtigung gruppenspezifischer Hassgewalt eine unzulässige Politisierung der Justiz darstelle – und meint eigentlich, dass man keine Lust hat, sich mit solch komplizierten Fragen zu beschäftigen. Man will sich übrigens auch nicht in die Karten schauen lassen, schon gar nicht von Bürgerrechtsbewegungen.“ Auf juristischer Ebene werde auch gerne behauptet, dass sich die

amerikanische Rechtsprechung eben nicht in die deutsche Rechtsauffassung integrieren lasse: „Es ist richtig, dass wir in Deutschland kein Täterstrafrecht haben sondern ein Täterstrafrecht; es geht also in erster Linie um die Tat und nicht um die Gesinnung des Täters. Andererseits gelten auch hierzulande die Kriterien des ‚niederen Beweggrundes‘ oder die Kategorie einer ‚besonderen Schwere der Schuld‘.“ Kriterien und Kategorien, die von den RichterInnen angewendet werden können – aber eben nicht zwingend.

#### Klare Linie erforderlich

Die Forderungen der Opfergruppen gehen nun eben in die Richtung einer zwingenden rechtlichen Institution: Eine „Hate Crime“-Gesetzgebung würde Jusitz und Polizei abverlangen, sich mit den spezifischen Motivationen der Täter zu beschäftigen und diese gegebenenfalls bei der Verhängung der Strafe zu berücksichtigen. Was wiederum insbesondere in den jeweiligen Bürgerrechtskreisen umstritten ist, bedeutete dies doch einen Um nach „Law & Order“, der dort nicht geheuer ist. Eine widersprüchliche Situation: Man fordert ein dezidiertes Eingreifen des Staates, dem man eigentlich misstraut.

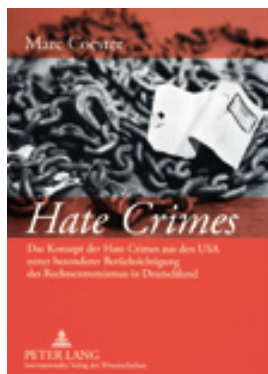
Dr. Britta Grell ist der Ansicht, dass die Debatte in Deutschland, im Vergleich zu den USA, viel zu ideologisch und auf die Strafrechtsverschärfung reduziert geführt werde – und zwar unter Ausblendung der wichtigsten Errungenschaft der amerikanischen Regelung: „In den USA werden die Probleme der diversen Minderheiten mittlerweile in großer Selbstverständlichkeit ernst genommen“. Wohl auch, weil man die USA schon sehr viel länger und mit größerer Selbstverständlichkeit ein Land der Vielfalt sind – Diversifizität gehört dort zum Selbstverständnis. Deutschland hat diesbezüglich scheinbar noch einen langen Weg vor sich. ■

#### Über den Autor:

*Martin Reichert, Jahrgang 1973, ist Redakteur bei der ‚taz – die tageszeitung‘ und Buchautor. Er lebt zusammen mit seinem Lebensgefährten in Berlin und im brandenburgischen Kremmen.*

# „Die Opfer von Hassverbrechen leiden stärker“

Interview: Martin Reichert



*Das Konzept der Hate Crimes aus den USA unter besonderer Berücksichtigung des Rechtsextremismus in Deutschland*  
von Marc Coester  
Peter Lang Verlag 2008  
515 Seiten, 78 Euro

**Der Pädagoge Marc Coester hat unlängst ein Buch über das Konzept der Hate Crimes in den USA veröffentlicht – und erklärt, warum sich Deutschland diesbezüglich im Rückstand befindet.**

**impuls: Herr Coester, was genau sind eigentlich Hate Crimes?**

**Marc Coester:** Der Begriff der Hate Crimes wurde in den 1980er Jahren in den USA eingeführt und beschreibt Handlungen, in Zuge derer eine Person Opfer von Einschüchterung, Bedrohung, physischer oder psychischer Gewalt wird. Der Täter ist dabei geleitet durch Vorurteile gegenüber bestimmten Merkmalen – wie Rasse, Abstammung, Nationalität, Religion, sexuelle Orientierung, Alter, Geschlecht, körperlicher und/oder geistiger Behinderung – welche die gesamte soziale Gruppe des Opfers betreffen – man spricht daher auch von Vorurteilskriminalität.

**Wo liegt denn genau der Unterschied zwischen einem Hassverbrechen und einem gewöhnlichen Verbrechen?**

Die Schädigung zielt nicht nur auf das direkte Opfer ab, sondern besitzt eine einschüchternde Botschaft, welche die Identität der Opfergruppe und damit die Grundfesten einer demokratischen Gesellschaft adressiert.

**Warum trägt man dieser Form der Kriminalität in Deutschland keine Rechnung?**

Das Konzept der Hate Crimes ist erst seit einigen Jahren in der deutschen Diskussion. Dass dem heute aber gar keine Rechnung in Deutschland getragen wird, stimmt nicht.

**Es gibt also doch ein Umdenken?**

Wurde in den 1990er Jahren noch traditionell über rechtsextreme Gewalttaten bezie-

hungsweise so genannte Staatsschutzdelikte gesprochen, findet sich auf polizeilicher Ebene seit 2001 das neue Definitionssystem der politisch motivierten Kriminalität. Politisch motivierter Kriminalität von rechts werden jetzt Straftaten zugeordnet, welche sich direkt gegen Personen richten – und zwar aufgrund deren Nationalität, Volkzugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft, äußeren Erscheinungsbildes, Behinderung, sexueller Orientierung oder gesellschaftlichen Status. Ein abstraktes, Staats-überwindendes Element müssen diese Taten – wie früher – nicht mehr beinhalten. Die Polizei bei uns kann also sehr wohl einschlägige Anzeigen entsprechend aufnehmen und verarbeiten ...

**... die dann auch von der Justiz entsprechend behandelt werden?**

Unlängst wurde in der Bundesrat Drucksache 458/08 vom 04. Juli 2008 der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches abgedruckt in welchem unter anderem bei der Strafzumessung in § 46 StGB explizit menschenverachtende, rassistische oder fremdenfeindliche Ziele des Täters aufgenommen werden sollen – verbunden mit der Begründung diesbezüglich Defizite im strafrechtlichen Rechtsgüterschutz zu beseitigen. Ähnliche Entwürfe kamen in der Vergangenheit auch schon aus einigen Bundesländern. Es zeigen sich also durchaus neue Ansätze. Was bisher aber fehlt ist eine gesamtgesellschaftliche Diskussion sowie Standards in der Aus- und Fortbildung zum Beispiel auf polizeilicher oder justizieller Ebene. Hier ist man in den USA deutlich weiter.

**Woran liegt das?**

Die Bürgerrechtsbewegung hat eine lange und hart erkämpfte Tradition in den USA.

Schon im 19. Jahrhundert wurden erste Bürgerrechtsgesetze durchgesetzt. Nicht zuletzt die Kraft der Bewegung um Martin Luther King Jr. in den 1960er-Jahren bestärkte verschiedene soziale Gruppen, ebenfalls für Gleichberechtigung und soziale Unversehrtheit zu protestieren. Die strafrechtliche Variante dieses Prozesses war die Entwicklung des Konzeptes der Hate Crimes und deren Einzug in heute fast alle Gesetzessammlungen der einzelnen Bundesstaaten.

**Wie hat sich die dortige Gesetzesanwendung bislang gesellschaftlich ausgewirkt?**

Die Hate Crime Gesetze bringen eine weitgehende Diskussion in den USA mit sich. Zum einen steht dabei die Strafverschärfung im Fokus: Hierbei wird hinterfragt, wie und ob sich ein höherer Strafrahmen auf potentiell Täter-Verhalten auswirkt. Zum anderen wird der Schutz der Meinungsfreiheit – in den USA durch den ersten Verfassungszusatz garantiert – als durch die Gesetze gefährdet beschrieben: Wenn ein Täter lediglich aufgrund seiner – freien – Meinung gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Gruppen eine höhere Strafe erhält, sehen einige darin ein Verstoß gegen die garantierte Meinungsfreiheit. Hierzu muss angemerkt werden, dass das Oberste Gericht der USA in zwei wichtigen Entscheidungen, 1992 und 1993, die freie Meinungsäußerung bei verbalen und symbolischen Taten (sogenannte Hate Speech) geschützt hat, jedoch bei gewalttätigen Hassverbrechen eine Möglichkeit der Strafverschärfung – und damit eine besondere Berücksichtigung der zugrunde liegenden Meinung des Täters – grundsätzlich einräumte. Von einzelner Kritik abgesehen werden die Gesetze aber im Großen und Ganzen von der Bevölkerung als sinnvoll erachtet.

**Sind die Gewaltzahlen in den USA rückläufig?**

Kriminologisch betrachtet ist es als schwierig einzuschätzen ein realistisches Bild über Kriminalität durch offizielle Polizei-Statistiken zu erlangen. Zu groß ist das Dunkelfeld. In den USA wird seit 1991 eine offizielle Hate Crime Statistik geführt. Wurden im ersten Jahr 4589 Delikte registriert waren es 7624 im Jahre 2007. Diese Steigerung reflektiert sicherlich eine höhere Anzeigebereitschaft durch das Bekannterwerden des Konzeptes der Hate Crimes und damit eine Verlagerung des Dunkelfelds ins Hellfeld. Noch wichtiger als die bloße Einführung solcher Statistiken erscheint allerdings das Signal, welches durch das Konzept in den letzten Jahren in den USA gesetzt wurde. Dies führte unter anderem zu einer breiten Schulungsoffensive für Polizei und Justiz bei der Aufnahme und Verarbeitung solcher Fälle.

**Wie wird dieses Signal von den Opfergruppen wahrgenommen?**

Sowohl die Straftaten als auch die betroffenen Opfergruppen werden ernst genommen – auf staatlicher Ebene. Dieses Ernstnehmen und die daraus folgende Stärkung des Selbstbewusstseins potentieller Opfer kann allerdings empirisch nur schlecht gemessen werden. Studien hierzu sind mir nicht bekannt.

**In Ihrer gerade als Buch erschienenen Doktorarbeit beschäftigen sie sich unter anderem mit der Qualität von Hassverbrechen im Vergleich zu Nicht-Hassverbrechen. Zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen?**

Hassverbrechen sind gewaltsamer und brutaler als andere vergleichbare Verbrechen. Sie beinhalten Opfer erniedrigende Beschimpfungen, Beleidigungen und Be-



drohungen, die Opfer werden häufiger wahllos, zufällig und ohne Täter-Opferbezug ausgewählt. Die Opfer von Hassverbrechen leiden stärker an den Folgen der Taten – und die Verbrechen verbreiten darüber hinaus Angst und Schrecken in der gesamten sozialen Gruppe des Opfers.

**Wie könnte man die deutsche Gesellschaft für diese Schrecken sensibilisieren?**

Die Erfahrungen aus den USA zeigen: Insbesondere die intensive und kontinuierliche Arbeit der Bürgerrechtsgruppen führt zu einer steigenden gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema. Ein Geheimrezept gibt es hierfür aber nicht.

**Herr Coester, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.**



**HOMOPHOBE HASSGEWALT  
– KEIN DUNKLE-SEITENSTRASSEN-PHÄNOMEN**

Die Mehrheit der schwulenfeindlichen Taten, die MANEO berichtet werden, ereignen sich in aller Öffentlichkeit: in öffentlichen Verkehrsmitteln, auf offener Straße. Im Sommer 2008 sorgten mehrere schwere Übergriffe auf schwule Männer für Schlagzeilen: In Friedrichshain erlitt im Juli ein **41-jähriger Familienvater**, der für schwul gehalten und deshalb krankenhauserreif geschlagen worden war, einen Kieferbruch; der heterosexuelle Mann leidet seither an den Folgen des Übergriffs. Einen Monat später wurden in einem Friedrichshainer Hausflur **zwei Homosexuelle mit Flaschen attackiert und schwulenfeindlich beschimpft**. Im Tiergarten waren im August **mehrere schwule Männer überfallen** worden. Dabei wurde ein **48-jähriger halbtot geschlagen**, lag mehrere Wochen im Koma und befindet sich seither in stationärer Behandlung. Aufgrund seiner schweren Verletzungen wird er voraussichtlich auch in der nächsten Zeit auf Pflege angewiesen sein. Im Oktober wurde ein **33-jähriger in der U-Bahn Opfer eines schweren schwulenfeindlichen Übergriffs**. Zwei junge Männer mit Migrationshintergrund attackierten ihn aufgrund seiner Homosexualität, schlugen und traten in aller Öffentlichkeit auf ihn ein. Der 33-Jährige, dem Zeugen sofort zu Hilfe eilten, erlitt einen doppelten Kieferbruch und konnte erst nach fünf Tagen aus der stationären Behandlung im Krankenhaus entlassen werden. Wenige Tage später wurde ein **lesbisches Paar in Hellersdorf geschlagen, getreten und mit Farbe besprüht**; der Staatsschutz übernahm die Ermittlungen, da die Polizei homophobe Hassgewalt als Tatmotiv vermutete. (red)

**RECHTSEXTREMISMUS, FREMDENFEINDLICHKEIT UND  
ANTISEMITISMUS AM STÄRKSTEN WAHRGENOMMEN**

Zahlenmäßig treten in der statistisch erfassten Hasskriminalität in Deutschland die auch in der Öffentlichkeit am stärksten beachteten rechtsradikalen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Straftaten hervor. So werden derzeit etwa 700 rechtsextremistische vorurteilsbedingte Gewaltdelikte pro Jahr in Deutschland bekannt. Hinzu kommt ein Vielfaches an vorurteilsbedingten Delikten im Vorfeld der Gewalt wie Volksverhetzung, Verbreitung von Propagandamitteln und Schändung von Friedhöfen. Bei den Tätern fällt auf, dass ihre Vorurteile zum großen Teil nicht im engen Sinn politisch reflektiert und motiviert und schon gar nicht organisiert sind. Es handelt sich fast ausschließlich um männliche Täter und überwiegend um Jugendliche und Heranwachsende, die ihre allgemeine Gewaltbereitschaft mit einer rechtsradikalen Ideologie der Gewalt verbinden (Quelle: Coester/Gossner, Marburg 2002). (reich)



**Rechtsextremismus – Herausforderung für das neue Millennium. Wirklichkeiten eines Jugendphänomens.**  
von Marc Coester und Uwe Gossner  
Tectum 2002  
307 Seiten, 25,90 Euro



Nach den wiederholten schweren homophoben Übergriffen initiierte MANEO Anfang November eine Mahnwache am U-Bahnhof Hallesches Tor in Berlin-Kreuzberg. Über 500 Demonstranten, darunter zahlreiche Jugendliche, folgten dem Aufruf, den unter anderem das bekannte Onlineportal Gayromeo spontan unterstützte.

**DER FALL MATTHEW SHEPARD**

Matthew Shepard (1976–1998) war ein Student der University of Wyoming, der im Oktober 1998 in Laramie, Wyoming, **Opfer eines homophoben Überfalles** wurde. Eine knappe Woche später **verstarb er an den ihm zugefügten Verletzungen**. Der 21-jährige Matt Shepard lernte am 6. Oktober in einer Bar auf dem College-Campus Aaron James McKinney, 22, und Russel Arthur Henderson, 21, kennen. Gemäß McKinney bat Shepard sie, ihn mit ihrem Auto heimzubringen. In der Folge wurde Shepard ausgeraubt, etwa 18mal mit einer 357-Magnum-Pistole geschlagen – vornehmlich auf den Kopf –, mit seinen Schnürsenkeln in einer einsamen ländlichen Gegend an einen Zaun gefesselt und seinem Schicksal überlassen. Das Blut in Shepards Gesicht wurde teilweise von Tränen weggespült, was darauf hindeutet, dass er nach der Tat zwischenzeitlich bei Bewusstsein gewesen sein muss. Der Fall erregte großes, auch internationales Aufsehen wie kein anderer Fall von Hassgewalt gegen Homosexuelle zuvor. Im Gerichtsverfahren wurden Indizien zutage gefördert, wonach die Täter ihr Opfer wegen seiner Homosexualität ausgesucht hatten, was sowohl Kundgebungen von homosexuellen Bürgerrechtsbewegungen als auch Gegenkundgebungen von homophoben Gruppen auslöst. Die Täter wurden zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt. Der Fall war Anlass für Film-, Theater- und Musikprojekte; 2002 produzierte der US-amerikanische Pay-TV-Sender HBO den auf dem gleichnamigen Theaterstück basierenden Fernsehfilm „The Laramie Project“. (reich)



**The Laramie Project**  
von Moises Kaufman  
HBO 2002  
DVD, engl. OF, 96 Minuten  
ca. 14,95 Euro



**schwanen apotheke**  
apotheker volkhard rödel



**gesundheit!**

hans-otto-str. 42 | arnswalder platz | prenzlauer berg | tel. 0800-421 3773 | schwanen-apotheke-berlin.de



# Danksagung

MANEO bedankt sich bei seinen Sponsoren, Spendern und Partnern für die Unterstützung in 2008.



SOS Homophobie, Paris  
www.sos-homophobie.org



Fundación Triángulo, Madrid  
www.trinagulo.org



COGAM, Madrid  
www.cogam.org



Lambda Warszawa, Warschau  
www.lambdawarszawa.org



Fundacja Równosci, Warschau  
www.padarownosci.pl



Anne-Frank-Zentrum, Berlin  
www.annefrank.de



Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V., Berlin, www.gesichtzeigen.de



Initiative Schutz vor Kriminalität e.V., Berlin, www.isvk.de



Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Berlin, www.schule-ohne-rassismus.org



Kampania Przeciw Homofobii, Warschau  
www.kph.org.pl



Kegel-Media, Berlin  
www.kegel-media.de



Enjoy Bed & Breakfast, Berlin  
www.ebab.de



Bangaluu, Berlin  
www.bangaluu.com



Hannchen-Mehrzweck-Stiftung, Berlin  
www.hms-stiftung.de

**Thomas Hermanns**

Thomas Hermanns & Wolfgang Macht, Berlin



Timm TV, Berlin  
www.timm.de



Siegessäule, Berlin  
www.siegessaule.de



blu, Berlin  
www.blu.fm



MÄNNER, Berlin  
www.m-maenner.de

**Bruno's**

Bruno's Shop, Berlin  
www.brunos.de



Koninkrijk der Nederlanden

Königlich Niederländische Botschaft, Berlin  
www.dutchembassy.de



shape FM, Berlin  
www.shapefm.de



Gayromeo, Amsterdam  
www.gayromeo.com



Orden der Schwestern der Perpetuellen Indulgenz e.V., Berlin, www.indulgenz.de



Die freien Schwestern der Perpetuellen Indulgenz e.V., Berlin, www.dieschwestern.de



## Wieso, weshalb, warum – wer nicht fragt ...

Von Dr. Peter Rehberg

Im Rahmen einer bundesweiten Neuordnung des polizeilichen Meldedienstes 2001/2002 wurde der für die Belange des Staatsschutzes relevante Begriff der „politisch motivierten Gewalt“ mit einem neuen Definitionssystem versehen, das der Motivation der Täter größere Beachtung schenkt (impuls Nr.1/2008; siehe auch Beitrag ab Seite 22). Demnach liegt eine politisch motivierte Gewalthandlung unter anderem auch dann vor, wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer sexuellen Orientierung richtet. Ein Kriterienkatalog, anhand dessen derlei standardisiert erfasst werden könnte, existiert bislang aber nicht – was die Gefahr birgt, dass das Erkennen einer solchen Tat der individuellen Sensibilität des jeweiligen Beamten vor Ort überlassen und homophobe Hassgewalt nicht registriert wird.

„Bist du schwul?“ Der 33-jährige Mann, der im Oktober 2008 in der Berliner U-Bahn saß und keinen Grund sah, den selbstverständlichen Umgang mit der eigenen Sexualität zu leugnen, wurde von den beiden jungen Männern, die die Frage stellten, angegriffen und ist mit mehreren Kieferbrüchen im Krankenhaus gelandet. Damit hat in Berlin zum wiederholten Mal innerhalb weniger Monate ein extrem brutales Gewaltverbrechen gegen Schwule Schlagzeilen gemacht (siehe Seite 28). Im Juli wurde im Volkspark Friedrichshain, einem Cruising Gebiet für Schwule, ein 41-jähriger Mann vom Rad gerissen und zusammengeschlagen. Er trug ebenfalls einen Kieferbruch und schwere Prellungen davon. Das Opfer war übrigens heterosexuell.

Handelte es sich bei dem Überfall im Friedrichshain trotzdem um ein homophobes Hassverbrechen? Im ersten Fall scheint die Sache klar: Schon durch ihre aufdringliche Fragerei outeten sich die U-Bahn-Täter als homophob; als der Schwule sich als ein solcher zu erkennen gab, schlugen sie zu. Die Schläge treffen nicht nur den einzelnen, der sie erleiden und mit gesundheitlichen Folgen rechnen muss, sondern immer auch die ganze Gruppe. So funktioniert Gewalt gegen Minderheiten.

In dem Friedrichshainer Fall verkompliziert die Heterosexualität des Opfers die Sachlage: Kann man ausgehend von dem Schauplatz, einem bekannten Cruisinggebiet, und dem Zeitpunkt – nachts um 03:30 Uhr – zu dem Schluss kommen, dass es sich um ein homophobes Hassverbrechen handelte, auch wenn ein Heterosexueller Opfer der Gewalttatsache wurde? Hat es einfach „den Falschen“ erwischt, der zur falschen Zeit am falschen Ort war? Zeugenaussagen bestätigten später, dass die Angreifer-Gruppe mehrfach „Schwule Säue“ gegröhlt hatte.

### Definition homophober Hassgewalt

Mit diesen beiden Vorfällen aus der jüngsten Vergangenheit geht es um die Frage, wie ein schwulenfeindliches Verbrechen definiert werden sollte. Steht die sexuelle Orientierung der Opfer – oder aber das Motiv der Täter im Mittelpunkt? Diese Frage ergibt sich nicht zuletzt, weil nicht immer beides zusammentrifft, wie der Fall aus dem Volkspark Friedrichshain zeigt. Demnach hieße das, auch homophob motivierte Hassgewalt kann nicht nur Lesben und Schwule treffen, sondern auch jene, die sich vielleicht „am falschen“ Ort aufhielten (oder „falsch“

angezogen wären oder aufträten). Was umgekehrt auch bedeutete: Wenn Schwule angegriffen werden, handelte es sich nicht unbedingt immer um einen homophobe Akt.

Das größte Problem ist aber immer noch, dass homophobe Hassgewalt oft überhaupt nicht als solche erkannt und damit auch nicht registriert wird. Wenn wir uns entscheiden, von einer homophoben Tat in dem Fall zu sprechen, wenn die Absichten der Täter homophob waren, stellt sich grundsätzlich die Frage, wie wir von dieser Motivation wissen können. Wenn eine homophob motivierte Tat, die ihr Opfer verfehlt oder verwechselt auch eine homophobe Tat ist, müssen, um diese überhaupt als eine solche zu erkennen, Kriterien entwickelt werden, nach denen beurteilt werden kann, wen die Gewalt treffen sollte. Das ist nicht immer sofort ersichtlich. Also nur wenn entscheidende Informationen über die Motivation der Täter vorliegen, können eine schwulenfeindliche Handlung identifiziert und sinnvolle Strategien zur Bekämpfung entwickelt werden. Schwule Initiativen wie MANEO fordern deswegen bereits seit 1992, dass man zur effektiven Verbrechensbekämpfung einen Kriterienkatalog braucht, der homophobe Hassgewalt erfassen kann.

### Wo bleibt der Kriterienkatalog?

Obwohl im Rahmen einer bundesweiten Neuordnung des polizeilichen Meldedienstes 2001/2002 im Zusammenhang mit dem Begriff der „politisch motivierten Gewalt“ der Tätermotivation mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden soll, existiert ein solcher Kriterienkatalog bisher nicht (siehe Interview mit der Berliner Polizei, Seite 37), was die Gefahr birgt, dass das Erkennen einer

solchen Tat der individuellen Sensibilität des jeweiligen Beamten vor Ort überlassen wird, und homophobe Hassgewalt nicht registriert wird.

Es gibt in Deutschland eine Tradition unter politisch motivierter Gewalt in erster Linie rechtsradikale Gewalt zu verstehen, und darüber hinaus keine Differenzierung für Gewalttaten gegenüber sexuellen, ethnischen oder religiösen Minderheiten mehr zu betreiben (Vgl. hierzu Marc Coester: „Das Konzept der *hate crimes* aus den USA unter besonderer Berücksichtigung des Rechtsextremismus in Deutschland“; Interview auf Seite 26.). Ein umfassenderes Konzept von Hassgewalt, das diese Fragen integriert, hätte den Vorteil, Verbrechen, die mit dem Schlagwort „rechte Gewalt“ noch gar nicht in den Blick gekommen sind, zu erfassen, und die Straftaten, die bisher als „rechte Gewalt“ verzeichnet worden sind, weiter auszudifferenzieren.

Was an der Neuregelung von 2001/2002, die bisher wenig Wirkung zeigte, darüber hinaus einen neuen Handlungsspielraum eröffnet: Insofern Hassgewalt als „politisch motiviert“ verstanden wird, fällt sie nicht nur in den Aufgabenbereich der Polizei, sondern des Staatsschutzes. Das hat auch der Berliner Innensenator Dr. Erhart Körting (SPD) bestätigt. Demnach wäre es Aufgabe des BKA, die von den Ländern erfassten Informationen zu homophober Hassgewalt auszuwerten, um daraus auf nationaler Ebene Strategien der Verbrechensbekämpfung entwickeln zu können.

Seit 2001 werden Informationen über politisch motivierte Gewalt von den Länderpolizeien auch tatsächlich an das BKA weitergegeben. Allerdings ist die Frage, was denn da weitergegeben wird, wenn ein Katalog zur Erfassung homophober Gewalt noch gar nicht existiert. MANEO lägen Informationen vor, berichtet Projektleiter Bastian Finke, wonach das BKA auch „Gewalt gegen Pädophile“ pauschal der Kategorie „Gewalt gegen die sexuelle Orientierung“ zuordnen würden – sachlich unhaltbar, gilt doch Pädophilie nicht als sexuelle Orientierung, sondern als psychische Störung beziehungsweise Devianz. Das Fehlen einheitlicher Kriterien für die Bewertung homophober Gewalt führt dazu, dass die durch das BKA vorgenommene Addition der von den Landeskriminalämtern gemeldeten Fallzahlen keinerlei statistische Aussagekraft besitzt. Laut Auskunft der Pressestelle des BKA findet eine gesonderte Erfassung homophober Hassgewalt auf

Bundesebene bisher sowieso nicht statt, sondern ist der Hasskriminalität insgesamt untergeordnet. Mit der Konsequenz, dass das Ausmaß der Hassgewalt speziell gegen Schwule in Deutschland nicht bekannt ist.

Allein in Berlin gab es 2006 27 Straftaten, wie nach einer Kleinen Anfrage der Linken im Abgeordnetenhaus Anfang 2008 bekannt wurde, wobei die Dunkelziffer laut MANEO bei 90 Prozent liegt. Solche Detailfragen scheinen das BKA bisher nicht besonders zu interessieren.

Trotz der Gesetzesänderung von 2001/2002 liegt auf Bundesebene also bisher keine statistische Erfassung der Gewalttaten vor, womit auch eine weitergehende inhaltliche Auseinandersetzung mit homophober Hassgewalt auf nationaler Ebene, wie es in anderen Ländern geschieht, nicht stattfinden kann. Man muss sich auf Umfragen schwuler Initiativen, wie der von MANEO stützen, obwohl es in den Aufgabenbereich des Staatsschutzes gehört, diese Informationen zu liefern.

#### Beispiel USA

In dieser Haltung der Behörden ist nicht nur ein verwaltungstechnisches Versäumnis zu sehen, sondern auch ein Mangel an politischer Kultur. In der US-amerikanischen Gesellschaft, die sich traditionell als Einwanderungskultur versteht, ist zum Beispiel ein ganz anderes Minderheitenbewusstsein verankert, das nicht nur für die Belange ethnischer Gruppen, sondern auch auf für die sexueller Minderheiten geschärft ist. Seit dem „Hate Crime Statistics Act“ von 1991 ist es in den USA Pflicht, Informationen über die Motivation der Gewalt gegen Minderheiten zu sammeln. Zum Teil der Polizisten-Ausbildung gehört es dort, ein Instrumentarium in den Händen zu haben, damit die Beamten vor Ort in der Lage sind, homophobe Hassgewalt auch als solche richtig einzuschätzen.

Dabei geht es zum Beispiel darum, folgende Fragen zu stellen: Ist die Motivation des Angreifers bekannt? Glaubt das Opfer, die Tätermotivation erkannt zu haben? Gab es verletzende Symbole, Wörter oder Handlungen, die die Gruppe der Aggressoren vertreten? Ist die Tat an einem Tag geschehen, der entweder für die Gruppe der Angreifer oder der Opfer von Bedeutung ist? In welchem Milieu hat sich der Vorfall ereignet, welche Bevölkerungsstruktur gibt es hier? Diese Fragen zielen darauf ab, einen Kontext, für die Tat zu schaffen. Nach

der Beantwortung wird dann in einem zweiten Schritt von einem anderen Mitarbeiter entschieden, ob es sich bei dem Vorfall zum Beispiel um homophobe Hassgewalt gehandelt hat.

Auf der Grundlage dieses FBI-Katalogs hat MANEO, das schwule Überfalltelefon in Berlin, schon Anfang der 1990er einen solchen Katalog für Deutschland entworfen und beständig weiter entwickelt, (siehe Seite 36), der im Prinzip einer Übertragung der amerikanischen Fragen ins Deutsche entspricht. Auf der dritten MANEO-Werkstatt im Mai 2008 ist dieser Katalog auch mit Vertretern der Polizei zur Diskussion gestellt worden.

#### Hass spricht

Wie sehr die amerikanische Gesellschaft im Unterschied zur deutschen für das Phänomen Hassgewalt sensibilisiert ist, zeigt sich nicht nur in der Praxis der Verbrechensforschung und -bekämpfung, sondern auch an der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Thema. Die in Berkeley unterrichtende Philosophin Judith Butler hat sich nach der Performativität von Geschlecht („Das Unbehagen der Geschlechter“, Frankfurt Suhrkamp 1990) auch mit der Performativität von Gewalt beschäftigt („Hass spricht. Zur Politik des Performativen“, Frankfurt 2006, Suhrkamp).

Mit Hilfe der linguistischen Sprechakttheorie argumentiert sie, dass nicht nur körperliche Akte, sondern auch sprachliche Handlungen als Gewalt verstanden werden müssen, dass Worte nicht nur metaphorisch, sondern auf konkrete Weise verwunden können: „Wenn die Sprache den Körper erhalten kann, so kann sie ihn zugleich in seiner Existenz bedrohen“ (Butler 2006, 16) Verletzend wäre demnach nicht erst das

„Schwulenklatzen“ im Park oder in der U-Bahn, sondern schon die Beschimpfung als „schwule Sau“ auf dem Schulhof – die sich auch insofern in einer Kontinuitätsbeziehung zu körperlicher Gewalt befindet, wie sie ein Klima schafft, welches diese vorbereitet.

Auch Butler plädiert auf theoretischer Ebene dafür, für das Verständnis von Hassgewalt den Kontext mit zu untersuchen. „Um die Frage zu entscheiden, was eine Drohung ist oder was ein verwundendes Wort, reicht es nicht, die Wörter einfach zu prüfen. Deshalb scheint eine Untersuchung der institutionellen Bedingungen erforderlich, um zu bestimmen, mit welcher Wahrscheinlichkeit bestimmte Wörter unter bestimmten Umständen verwunden können.“ (Butler 2006, 27) Es geht für Butler also um eine Analyse politischer Macht: An welcher Stelle, wird im gesellschaftlichen Feld eine Handlung legitimiert oder bekämpft?

Im deutschen Kontext wurde die Debatte über den Sprachgebrauch gegenüber Minderheiten allzu leichtfertig als übertrieben politische Korrektheit diskreditiert, der es angeblich um nichts anderes ginge als moralisch motivierte Zensur – eine scheinheilige Sprachpolitik, die nichts am Wesen der Dinge ändern könne und naiv als „Freiheitsbeschränkung“ verstanden wurde. Eine solche Einschätzung hat allerdings die Idee des Performativen gründlich missverstanden, wonach Realitäten durch Sprachpraxen erst produziert werden. Wenn Hassgewalt auf sprachlicher Ebene stärker sanktioniert werden würde, gäbe es auch weniger physische schwulenfeindliche Gewalt.

Im fehlenden Verständnis für das Funktionieren von sprachlicher Hassgewalt (laut MANEO-Studie 2006/2007 gehen 75,7 Prozent der genannten Vorfälle von Ge-

walt gegen Schwule auf Beleidigungen oder Bedrohungen zurück) in der deutschen Gesellschaft spiegelt sich insofern die mangelnde Dringlichkeit wider, mit der deutsche Behörden das Projekt der Umsetzung eines Kriterienkatalog zur Erfassung homophober Hassgewalt vorantreiben. ■

#### Über den Autor:

Dr. Peter Rehberg ist Chefredakteur des schwulen Monatsmagazins MÄNNER. Er hat einen Erzählband und einen Roman („Fag Love“) veröffentlicht und Literatur und Queer Studies in den USA und Deutschland unterrichtet.



# FREIHEIT

lässt keinen Platz für Homophobie!



www.schwusos-berlin.de

Anzeige



# MANEO-Kriterien zur Identifizierung homophober Gewalttaten

Vor dem Hintergrund, ob es sich bei einer Gewalttat um eine vorurteilsmotivierte, gegen Schwule gerichtete Gewalttat handelt, wird die Gewalttat von MANEO nach verschiedenen Kriterien untersucht. Danach handelt es sich um einen Straftatbestand gegen eine Person oder Sache, die von einer Person beziehungsweise von Personen ausgeübt wird, welche von Vorurteilen bezüglich eines bestimmten Merkmals des Opfers geleitet ist. Im Vordergrund steht das Motiv des/der Täter/s.

Um eine bessere Einschätzung vornehmen zu können, arbeitet MANEO mit einem Punktesystem. Drei Punkte bedeuten einen sehr deutlichen Hinweis auf eine vorurteilsmotivierte schwulfeindliche Gewalttat. Mit der Formulierung „Hinweis“ betont MANEO, dass entsprechend bewertete Taten anschließend genauer auf die tatsächliche Motivation des/der Täter/s überprüft werden müssen.

Ziel einer solchen Bewertung ist in erster Linie, angemessene Maßnahmen gegenüber Tätern zu prüfen, die mit Aufklärung und nachhaltiger Prävention einhergehen müssen. Dass entsprechende Maßnahmen eingeleitet wurden, muss als Signal in die Gesellschaft und gegenüber der Opfergruppe deutlich gemacht werden. Für die Gesellschaft und die demokratische Ordnung stellen vorurteilsmotivierte Verbrechen eine Gefahr dar, weil die Gewalttaten dazu führen können, die Lebensqualität einer ganzen Gruppe einzuschränken, beziehungsweise ein Gefühl von Bedrohtheit aufzubauen beziehungsweise zu verstärken.

Ausgehend von einer Gewaltstraftat, die stattgefunden hat, wird die Gewalttat von MANEO nach sechs Merkmal-Gruppen untersucht. Diese orientieren sich an der Zeugenschaft, dem Täter(-verhalten), der Tatbegehung, dem Tatort, dem Opfer(-verhalten) und dem (Tat-)Zeitpunkt (siehe Kasten). (red)

## 1. Zeugen-Merkmal

Unmittelbar durch die Gewalttat betroffene Menschen sehen in der Gewalttat eine vorurteilsmotivierte, gegen Schwule gerichtete Gewalttat.

## 2. Täter-Merkmal A

Vor, während oder nach der Tat äußert sich der/die Täter in einer Sprache oder in Schrift oder trägt beziehungsweise zeigt Symbole, die gegen Homosexuelle gerichtete Vorurteile anzeigen.

## 3. Täter-Merkmal B

Um die bekannt gewordene Gewalttat sammeln sich Hinweise darauf, dass die Gewalttat von Tätern begangen wurde, die sich bereits zuvor an Diskriminierungen und Gewalttaten gegen ethnische, religiöse oder sexuelle Minderheiten beteiligt haben.

## 4. Tatbegehungs-Merkmal

Es gibt Hinweise darauf, dass die Gewalttat mit einer ungewöhnlichen Brutalität seitens des/der Täter/s begangen wurde.

## 5. Tatort-Merkmal A

Die Gewalttat findet an Orten statt, an denen sich in der Vergangenheit wiederholt Gewalttaten zum Nachteil homosexueller Männer ereignet haben.

## 6. Tatort-Merkmal B

Die Gewalttat findet unmittelbar in einer Gegend statt, in der sich schwule Lokalitäten, Veranstaltungsorte, Treffpunkte befinden oder in der der männlichen Prostitution nachgegangen wird.

## 7. Opfer-Merkmal A

Die Gewalttat richtet sich gegen Männer, die sich als homosexuelle Männer zu erkennen geben oder die sich durch Kleidung und Verhalten sichtbar gemacht haben beziehungsweise erkennbar sind, oder die von den Tätern für schwul beziehungsweise homosexuell gehalten werden.

## 8. Opfer-Merkmal B

Die Gewalttat richtet sich gegen Personen, die sich öffentlich für Belange von Homosexuellen, Bisexuellen, Transgender oder Menschen mit HIV und Aids engagieren oder eintreten. Hierzu zählen auch prominente schwule Personen.

## 9. Zeit-Merkmal

Die Gewalttat findet zu einer Zeit statt, an dem ein homosexuelles Fest stattfindet.



© Polizei Berlin

Interview: Dr. Peter Rehberg

**Die Berliner Polizei lässt sich nicht gern in die Karten schauen: Der Bitte um ein persönliches Gespräch erteilte die Behörde eine Absage; nur schriftlich wollte man dazu Stellung nehmen, wie es seitens der Polizei um die Erfassung homophober Hassgewalt bestellt ist. Die von der Leiterin der Pressestelle der Berliner Polizei und stellvertretenden Pressesprecherin, Polizeirätin Heike Nagora, übermittelten Antworten lassen Fragen offen – und zeigen: Die Mühlen der Behörden mahlen offenbar langsamer als es die Lage erfordern würde.**

**Im Rahmen einer bundesweiten Neuordnung des polizeilichen Meldedienstes wurde 2001/2002 der Begriff der „politisch motivierten Gewalt“ neu definiert. Inwiefern geht es dabei auch um homophobe Hassgewalt?**

Die bundeseinheitliche Definition der politisch motivierten Kriminalität deckt auch das Themenfeld der sogenannten Hasskriminalität ab. Darunter werden politisch motivierte Straftaten verstanden, wenn nach Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person wegen ihrer sexuellen Orientierung gerichtet sind und die Tat damit im Kausalzusammenhang steht.

**Auf welche Weise plant die Polizei homophobe Hassgewalt auch konkret zu erfassen, also die Neuregelung von 2002 in die Tat umzusetzen?**

In Berlin erfasst der Polizeiliche Staatsschutz seit 2001 alle Straftaten, bei denen die sexuelle Orientierung des Geschädigten tausalösend war.

**Um Hassgewalt zu verstehen, ist die Motivation der Täter entscheidend. Welche Strategien gibt es, um diese in den Blick zu bekommen?**

Neben der Befragung oder Vernehmung von Opfern und Zeugen ist die Feststellung der Tätermotivation Gegenstand jedes Ermittlungsverfahrens, nicht nur in Fällen der Hasskriminalität.

**Existiert schon ein Fragenkatalog, wie in den USA üblich, um homophobe Hassgewalt als eine solche zu erkennen?**

Die Berliner Polizei prüft derzeit, ob ein entsprechender Fragenkatalog im Hinblick auf

homosexuellenfeindliche Straftaten zweckdienlich sein könnte.

**Was sind die Hürden eines solchen Projektes?** Die im Föderalismus erforderlichen Abstimmungs- und Zielfindungsprozesse des Bundes und der Länder brauchen ihre Zeit

**Wie sieht die Perspektive dieses Projektes zurzeit aus?**

Das Projekt befindet sich in der Bearbeitung. Wann ein Ergebnis vorliegt, ist noch nicht absehbar.

**Sollte eine solche Erfassung über einen spezifischen Kriterienkatalog umgesetzt werden – welches Gremium wertet die Erfassung aus?**

Dies ist Gegenstand der derzeitigen Überlegungen.

**Wie sieht an dieser Stelle die Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt (BKA), das bundesweit für die Erfassung zuständig ist, aus?**

Das Bundeskriminalamt wird in die Prüfungen einbezogen.

**Gibt es bereits spezielle Schulungen für Beamte, um homophobe Hassgewalt zu verstehen?**

Straftaten gegen Lesben und Schwule sind Gegenstand der Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, die durch die Ansprechpartnerin und den Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen durchgeführt werden. Dabei wird auch Hassgewalt aus lesben- oder schwulfeindlichen Motiven behandelt.

**Wie schätzen Sie die gegenwärtige Situation ein? Werden die Delikte erkannt und verstanden? Auf welcher Ebene gibt es Handlungsbedarf?**

Vorurteilkriminalität gegen Lesben und Schwule wird von der Berliner Polizei sehr ernst genommen. Neben den Ansprechpartnern für gleichgeschlechtliche Lebensweisen sind Ermittlungsdienststellen, Präventions- und Opferschutzbeauftragte sowie der polizeiliche Staatsschutz mit der Thematik befasst. Dabei sind wir, wie auch in anderen Kriminalitätsfeldern, auf allen Ebenen stets auf der Suche nach Weiterentwicklungsmöglichkeiten. ■

Quelle: Finke, Bastian (2002): SÜB-Bericht 2001. Schwules Überfalltelefon Berlin (SÜB) – 216 33 36 – Hilfe für schwule Opfer und Zeugen von Gewalt und Diskriminierung. Dokumentation antischwuler Gewalt, Berlin. [<http://www.maneo.de/pdf/Maneo-Report2001.pdf>; Zugriff am 01.12.2008] Die aktualisierte Fassung der „MANEO-Kriterien“ steht auf der Startseite von [www.maneo-fallmeldungen.de](http://www.maneo-fallmeldungen.de).





## Endstation Hass

Von Sirko Salka

**Wer als Kind autoritär mit Strenge und Schlägen erzogen wird, läuft Gefahr, dass er Konflikte eines Tages auch mit der Faust löst statt mit dem Hirn. Wann und wie muss die Gesellschaft einschreiten, um Karrieren künftiger Intensivtäter frühzeitig zu verhindern? Und welchen Zusammenhang gibt es zwischen häuslicher und homofeindlicher Gewalt?**

Mehrere schwere Übergriffe auf Homosexuelle in Berlin sorgten jüngst für Schlagzeilen und verdeutlichten einmal mehr: Homophobe Hassgewalt ist beileibe kein Dunkle-Seitenstraßen-Phänomen, ereigneten sich doch die Taten mehrheitlich in aller Öffentlichkeit (siehe Seite 28). Von einer Eindämmung der Gewalt ist nichts zu spüren, im Gegenteil: Homophobe Hassgewalt bewegt sich auf konstant hohem Niveau. Allein im letzten Jahr hat MANEO 300 neue Fälle, davon rund 10 Prozent Körperverletzungen, registriert, wobei die Dunkelziffer wahrscheinlich deutlich höher liegt (siehe Ergebnisse der MANEO-Studie 2007/2008, Seite 15).

Nicht nur die Zahl der Überfälle ist alarmierend, auch die übertriebene Härte und Reizbarkeit der zumeist jugendlichen Täter. Bereits ein falsches Wort, eine Geste wie ein zärtlicher Männerkuss, vielleicht auch nur der Arm auf der Schulter des Freundes, können ausreichen – und die kleinkriminellen Kiezgangster explodieren. Sie sind tickende Zeitbomben in den Straßen von Berlin. Die Journalistin Güner Yasemin Balci schreibt in ihrem Buch „Arabboy“ (siehe Seite 45): „Es gehörte nicht viel dazu, einen der Jungen schnell aus der Fassung zu bringen und ihn zum Täter werden zu lassen. So kannten sie es von ihren Vätern und Brüdern und so lebten sie es auf der Straße.“ Gelernte Ge-

walt produziert Gegengewalt: Sind die Wurzeln von homofeindlichem Hass demnach in den Elternhäusern zu suchen?

### Strukturelle Hürden und patriarchale Dominanz

In Deutschland wächst jeder dritte Jugendliche mit Migrationshintergrund und fast jeder fünfte deutsche Jugendliche mit innerfamiliärer Gewalt auf, wie aus einer Veröffentlichung der Landeskommission Berlin gegen Gewalt (2007) hervorgeht. „Häusliche Gewalt wird begünstigt, wenn soziale Unterstützung fehlt – und auch soziale Kontrolle“, erklärt Haci-Halil Uslucan, Psychologe an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Insofern kann die soziale Isolation vieler Berliner Migrantenfamilien, das Leben in der Parallelgesellschaft, einen nachteiligen Einfluss auf die Entwicklung ihrer Kinder haben. Ebenfalls ungünstig wirken sich Faktoren wie Armut, Arbeitslosigkeit und geringe Bildung aus. Hinzu kommt, dass „in vielen türkischen und arabischen Familien nach wie vor das patriarchale Erziehungsmodell dominiert“, sagt Bali Saygili, Projektleiter von Miles (Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule). Als Junge werde man vom Vater zum Mann erzogen – notfalls auch mit Prügel. „Urmännliche“ Werte wie Stärke, Macht und Ehrgefühl werden so vermittelt und idealisiert. Dabei steckt die tradierte Männlichkeit in dieser Gesellschaft längst kräftig in der Krise, und niemand deckt das gnadenloser auf als der emanzipierte schwule Mann. Queere Männlichkeit konterkariert und belegt, wie fragil das Konstrukt des Machomannes eigentlich ist. Und genau das macht Homosexuelle auch so angreifbar. „Wenn Jugendliche Schwule verprügeln“, erklärt



Gürkan Buyurucu von Glad e.V. (Gays und Lesben aus der Türkei), „dann beweisen sie sich dadurch dreierlei: Ich habe Macht, ich bin stark, ich bin ein Mann.“ Bali Saygılı formuliert es etwas drastischer: „Lesben und Schwule werden zu Opfern von Hassgewalt, weil sie nach wie vor von Teilen der Gesellschaft abgelehnt werden und eine Minderheit darstellen. Wenn man so will: Sie sind eine leichte Beute.“

#### Sozialkompetenz: mangelhaft

Heranwachsenden Jugendlichen beschert eine autoritäre Erziehung mit Gewalt gleich mehrere Nachteile: Zum einen werden die kognitiven Leistungen beeinträchtigt. „Wer permanent unter Angst steht, lernt schlechter“, sagt Haci Halil Uslucan. Auf der emotionalen Ebene sinkt der Selbstwert: „Kinder erleben sich als nicht genug liebenswürdig, warum sonst würden Eltern sie schlagen?“. Und vor allem hat sie eine negative Auswirkung auf die soziale Entwicklung, Gewalt wird nicht nur als legitimes Mittel zur Konfliktlösung verinnerlicht, sondern oftmals als einziges. „Wer Gewalt erfährt, nimmt andere Menschen leichter als feindselig wahr – auch in neutralen Situationen“, so Uslucan. Die Vorstellung von zwischenmenschlichen Interaktionen ist per se mit Gewalt verbunden. „Wenn du nie gelernt hast, jemanden mit Argumenten verbal zu schlagen, dann nimmst du eben die Fäuste“, sagt Bali Saygılı.

Diese Beobachtung teilt auch Fadi Saad, der in seinem Buch „Der große Bruder von Neukölln“ (siehe Seite 45), den eigenen Lebenswandel vom gewalttätigen „Mega-Checker“ zum erfolgreichen Streetworker erzählt. „Ich hatte viele Hürden zu überwinden“, schreibt er, „vor allem musste ich lernen, Konflikte anders als gewohnt zu lösen. Bisher hatte ich sie immer mit Gewalt gelöst oder ich gab Anderen die Schuld“. Diese Unfähigkeit zu vernünftigen Auseinandersetzungen ist Bali Saygılı von Miles schon bei etlichen Jugendlichen aufgefallen. „Die sind überhaupt nicht in der Lage zu diskutieren“, sagt er. Bei den sogenannten Frühstartern – das sind Gewalttäter, die schon im Vor- bzw. Grundschulalter verhaltensauffällig werden und oftmals

selbst häusliche Gewalt erfahren haben –, sind „entscheidende soziale Komponenten verkümmert“, erklärt Uslucan. „In ihnen sind Aushandlungsprozesse weit weniger entwickelt: Wie schließe ich Freundschaften, wie kann ich jemandem einen Gefallen tun? Die Perspektivenübernahme ist deutlich schwächer ausgeprägt, das Sich-in-den-Anderen-Hineindenken.“ Das erklärt auch die Skrupellosigkeit, mit der einige dieser Intensivtäter auf ihre Opfer losgehen. Brutalität verleiht ihnen „vielleicht ein momentanes Gefühl von Stärke, Macht, der eigenen Körperlichkeit, d.h. einem rauschhaften Erleben des Körpers“, erklärt Haci Halil Uslucan. „Möglicherweise versuchen sie über Gewalt eine Form von Dominanz aufzubauen, auch um eigene Schwächen zu kompensieren. Wenn eigene frühe Gewalterfahrungen vorliegen, kann dieses Trauma dabei in einer aktiven Rolle verarbeitet werden.“

#### Intervention im Interesse des Kindeswohls

Umso wichtiger ist es, frühzeitig zu intervenieren, schon bei ersten Verhaltensauffälligkeiten. So kann eine frühe Verhaltenstherapie die Karriere eines künftigen Intensivtäters im Keim ersticken, sie erfordert aber das Mitwirken des Heranwachsenden und die Zustimmung der Eltern. Neben therapeutischen Aspekten geht es vor allem um die Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz und um Aufklärung über die langfristigen Folgen von häuslicher Gewalt. „Wenn Sie diese Eltern fragen: ‚Was wünschen Sie sich für ihr Kind?‘, dann kommen Antworten wie ‚guter Schulabschluss‘ oder akademische Berufe wie Arzt und Anwalt. Aber wenn Kinder mit Gewalt und Ängsten aufwachsen, bleiben sie hinter ihren intellektuellen Möglichkeiten zurück! Das kann kein guter Vater wollen.“ Wichtig sei es, alternative Formen der Erziehung aufzuzeigen. Die Freiwilligkeit gilt aber als große Unbekannte. Erziehung ist Privatsache. Staatliche Behörden wie Gesundheitsamt, Schule, Jugendamt können Hilfe lediglich anbieten, gegebenenfalls notwendige Sanktionen aber ohne richterlichen Beschluss nicht verhängen (siehe Interview mit der Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig, Seite 42).

Die Schwierigkeit besteht vor allem darin, den Kreislauf der Isolation zu durchbrechen. Nur wenige Fälle dringen nach außen vor, werden überhaupt bekannt, findet doch häusliche Gewalt im Kontext der Abschottung und Glorifizierung der Familie gegenüber der „schlechten“ Umwelt statt: Unter dem Deckmantel der – kulturellen – Überlegenheit, der Unantastbarkeit der Familie, werden Züchtigung und Gewalt als legitime Mittel auch in der Wahrnehmung der Betroffenen, der Kinder, zementiert. Die „Familienehre“ ist somit keine Folklore, sondern ein internalisiertes systemisches Konstrukt zur Sicherung des eigenen Machtanspruchs. Für staatliche Institutionen in jeder Hinsicht eine Herausforderung.

In Berlin mangelt es jedoch nicht nur an qualifiziertem, das heißt auch mehrsprachigem Personal. Schnelle Hilfspakete oder Sanktionen scheitern oft an der eher zähen Zusammenarbeit der Behörden. Die ehemalige Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, Dr. Elisabeth Ziemer (Bündnis 90/Die Grünen), fordert bei verhaltensauffälligen Kindern regelmäßige Gesprächsrunden mit Vertretern der Schule, des Gesundheits- oder Jugendamts, mit Kinderärzten, Sozialarbeitern und den Eltern (siehe Interview, Seite 41). In Fällen von häuslicher Gewalt müsse sich die ganze Familie ihrem Verhalten stellen. „Da braucht man eine Atmosphäre, die der Familie signalisiert: Wir wollen euch nicht schikanieren, sondern mit euch zusammen Wege aus problematischen Situationen finden.“

#### Über den Autor:

*Sirko Salka, geboren 1976 in Dresden, schreibt seit zwölf Jahren für Tageszeitungen und Magazine. Zuletzt war er Redakteur des schwulen Monatsmagazins MÄNNER, seit Sommer 2008 leitet er die Redaktion der Siegesssäule, Berlins queerem Stadtmagazin.*

# „Eine Bilderbuchspirale“

Interview: Sirko Salka

**Dr. Elisabeth Ziemer, ehemalige Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Schöneberg und seit 2002 Stadträtin für Gesundheit, Stadtentwicklung und Quartiersmanagement, berief vor einigen Jahren eine Arbeitsgruppe ein, die exemplarisch den Lebensgang eines 15-jährigen Intensivtäters analysierte.**

#### impuls: Frau Dr. Ziemer, zu welchem Ergebnis kam ihre Arbeitsgruppe?

**Dr. Ziemer:** Die Arbeitsgruppe war aus Leuten zusammengesetzt, die sich lange kennen und einig in dem Bemühen waren, einmal prinzipiell einen solchen Fall zu klären. Wir wollten wissen: Warum werden Jugendliche zu Intensivtätern? Läuft da etwas schief in der Zusammenarbeit von Gesundheits- und Jugendamt, Schule und Familie? Können wir etwas besser machen? Also haben wir den Lebensgang eines damals 15-jährigen exemplarisch aufgerollt, jeder Teilnehmer steuerte seine Kenntnisse bei. Dabei sind wir tatsächlich auf ein paar Fehler im System gestoßen.

#### Welche denn?

Es gab zunächst Umstände, die es erschwerten, der Familie Hilfe anzubieten. Umzüge in andere Bezirke haben z.B. dazu beigetragen, dass Erfahrungen mit der Familie – über die Aktennotizen hinaus – nicht weitergegeben wurden. Aber es gab auch immer wieder wechselnde Bearbeiter oder Ämter, die nichts voneinander wussten. Insofern braucht es Jemand – und zwar aus einer Institution – der oder die sich federführend um die Organisation der Hilfe für das Kind und die Familie kümmert. Wenn die Familie umzieht oder dieser Verantwortliche für den Prozess wechselt, muss es eine verbindliche Übergabe an den nächsten Verantwortlichen geben.

#### Wann war der Junge das erste Mal auffällig geworden?

Einer Vorschulzieherin war das Verhalten des Kindes aufgefallen, einerseits verschüchtert, andererseits aggressiv, oft desorientiert. Sie war die erste, die neben einer möglichen Entwicklungsstörung auf häusliche Gewalt tippte. Daraufhin organisierte sie die erste gemeinsame Gesprächsrunde mit Vertretern des Gesundheits- und des



Jugendamtes, Sozialarbeitern und der Familie, die ganz konkrete Ergebnisse hatte: Man wollte das Kind untersuchen lassen und dann zusammen über eine geeignete Schule entscheiden. Der Vater wehrte dies aber ab.

#### Wie schwierig ist es, die Eltern mit ins Boot zu holen?

Wir haben gesehen, dass das Misstrauen oder vielleicht auch der Wunsch, zu vertuschen, sehr groß ist, und – das ist eine zweite Folgerung aus unserer Beobachtung – man braucht daher unbedingt eine Person des Vertrauens, die Zugang zu der Familie hat. In Fällen von häuslicher Gewalt muss sich ja die ganze Familie ihrem Verhalten stellen und sich verändern. Da braucht man eine Atmosphäre, die der Familie signalisiert: Wir wollen euch nicht schikanieren, sondern mit euch zusammen Wege aus problematischen Situationen finden.

#### Wie entwickelte sich der Fall weiter?

Nach dieser ersten fruchtbaren Fallrunde, die dem Kind zumindest schulisch erst einmal weiterhalf, gab es keine weiteren mehr. Die Eltern blockierten eine medizinische oder therapeutische Hilfe. Diese erste Schule war schnell mit wachsender Aggressivität überfordert, das Kind musste sie verlassen.

Die nächste und die dritte Schule ebenfalls. Das Kind wurde immer nur abgeschoben, muss sich überflüssig, minderwertig gefühlt haben. Oft tauchte es in der Schule mit blauen Flecken, Verletzungen auf, verletzte sich auch selbst. Der Junge wurde Opfer von Gewalt von Jugendlichen, dann selbst immer rabiaterer Täter. Eine Bilderbuchspirale.

#### Ein effektives Zusammenwirken von Behörden scheitert auch am Datenschutz. Wäre der Datenaustausch in solchen Fällen nicht sinnvoll?

Das braucht man gar nicht unbedingt. Was man braucht sind Personen, aufmerksame, verantwortungsvolle und fachkundige Leute, die sagen, hier stimmt etwas im Entwicklungsprozess nicht, jetzt holen wir alle zusammen, die mit dem Kind in dieser Entwicklungsphase zu tun haben. Und dann kann der Kinderarzt z.B. eine Untersuchung anbieten, wenn die Erzieherin eine entsprechende Alltagsbeobachtung erläutert hat. Alle verabreden ein gemeinsames Vorgehen, bestimmen Jemanden, der den Prozess verantwortlich organisiert und suchen einen Anderen, der das Vertrauen der Familie hat oder gewinnt. Das kann auch jemand von außen sein. Insofern geht es gerade nicht um anonymen Datenaustausch, sondern um persönliche Verantwortung. Was nützt das Wissen, wenn es in den Aktenordnern versackt? Vielleicht hat sogar umgekehrt die ganze Datensammelei dazu geführt, dass sich die Beteiligten nicht mehr persönlich miteinander unterhalten. Man kann dann auch viel besser seine partielle Zuständigkeit pflegen. Das geht aber nicht mehr, wenn man einen gemeinsamen Prozess verabredet und begleitet.

#### Frau Dr. Ziemer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

# „Autorität ins Spiel bringen“

Interview: Bastian Finke, Jens Brodzinski

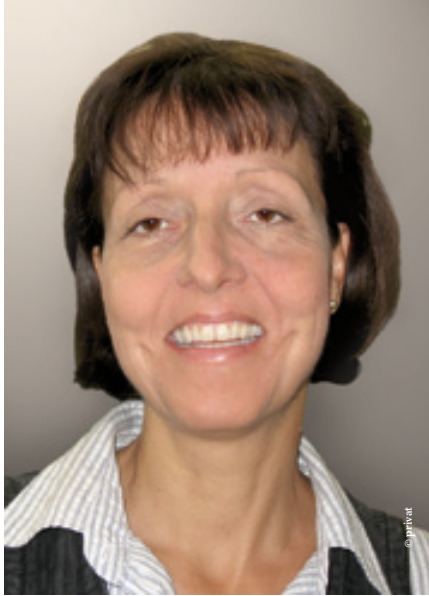
**Kirsten Heisig, Jugendrichterin am Amtsgericht Berlin und zuständig für den Bezirk Neukölln, beschreitet neue Wege im Kampf gegen die grassierende Jugendkriminalität in den Problemkiezen – und schreckt auch vor unbequemen Wahrheiten nicht zurück.**

**impuls: Frau Heisig, woran erkennen Sie, dass häusliche Gewalt und Homophobie in Ihrem Bezirk ein Problem darstellen?**

**Heisig:** Mir sagte mal der Vorsitzende des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg e.V. (TBB) anlässlich einer Diskussionsveranstaltung: „Sagen Sie nie zu einem türkischen Vater, er solle sein Kind erziehen – weil er es dann verhaut.“ Prügeln ist, zumindest in den konservativen Familien, gewissermaßen die Erziehungsmethode erster Wahl – während aufgeklärte Familien sich im Zweifel durchaus bei Beratungsstellen Hilfe holen. Jedoch in punkto Homophobie habe ich den Eindruck, dass Homosexualität, die ja als „Sünde“ gilt, auf ganz breiter Basis schlicht negiert wird. Wir können also über innerfamiliäre homophobe Gewalt nur mutmaßen, wobei die Informationen, die uns aus den Communities zugetragen werden, eine deutliche Sprache sprechen: Dass Homosexualität, ja bereits der Verdacht, versucht wird zu unterdrücken, rauszuprügeln. Die familiären Strukturen begünstigen dabei die „interne Regelung“ – mit der Folge, dass wir kaum konkrete Fälle mit einer Anklage zu Gesicht bekommen. Zwangsverheiratung ist nicht allein Problem der Frauen, sondern auch der Männer! Und nicht nur, wenn diese homosexuell sind und in Ehen getrieben werden. Gewalt jeglicher Form gilt hier als probates Mittel der Erziehung im Sinne der Werte- und Glaubensvorstellung.

**Mit dieser Prägung bewegen sich die Jugendlichen dann in der Gesellschaft. In einem Zeitungsartikel sagten Sie, Gewalt dieser Jugendlichen wäre häufig mit Hassparolen wie „Scheißdeutscher“ oder „deutsche Hure“ verbunden. Das klingt nach vorurteilsmotivierter Gewalt ...**

Gebräuchliche Klassiker sind „Du Opfer!“, „Du Schwuchtel!“ oder „Schwule Sau!“ – wobei dies gleichsam für deutsche Jugendliche gilt. In religiösen Kreisen gründen die Ressentiments jedoch auf den Dogmen und haben damit eine andere Qualität: Die irri-



ge Annahme, das es keine schwulen Muslime gäbe, weil kein Schweinefleisch gegessen wird, existiert! Alles, was nicht Koran-konform ist, gilt in diesem Kulturkreis als unrein, als minderwertig. Ich bin oft bei Migrantenverbänden, in Moscheen, und es wird dort behauptet, jenes Weltbild vom „besseren Moslem“ würde dort nicht vermittelt. Aber irgendwo muss es herkommen! Vor zehn Jahren jedenfalls stand das noch nicht in meinen Akten: „Scheiß Christ“, „Schweinefleischfresser“, „schwule Sau“, „schwule Deutsche“.

**Haben Sie einen Verdacht?**

Die Kids hängen draußen auf der Straße oder daheim vor der Glotze oder dem PC rum: Der Status Quo der Angebote für Jugendliche ist unterirdisch. In die Lücke, die wir mit der Schließung zahlreicher Freizeiteinrichtungen hinterlassen haben, stoßen nun beispielsweise Koranschulen vor. Ich bezweifle jedoch, dass dort, wie auch über die arabischen TV-Sender, unsere Werte vermittelt werden: Wenn ich, um mich zu informieren, eine Moschee besuche und ein 10-jähriger Junge, der gerade aus dem Koranunterricht kommt, zu mir sagt: „Was machst du hier; als Christin hast du hier nichts zu suchen!“, dann gibt mir das zu denken.

**Worauf muss also die Anstrengung zielen?**

Darauf, eine Achse mit den Gemäßigten zu

bilden! Die Machos mögen in der Minderheit sein; durch ihre lautstarke Präsenz dominieren sie aber die öffentliche Wahrnehmung. Die mitteleuropäische Werteordnung muss endlich der Gradmesser werden, zumal ja viele integrierte Muslime gar kein Interesse daran haben, dass sich extremistische Tendenzen durchsetzen. Der etablierte und integrierte türkische Mittelstand zum Beispiel entfernt sich zunehmend aus den Problemkiezen.

**Was sind die Konsequenzen solcher Segregationsprozesse?**

Ghettoisierung! Da bleibt dann der konservativ-religiöse „Bodensatz“ zurück – und die Spirale dreht sich weiter. Wenn dann ein Homosexueller mit seinem Freund Arm in Arm durch „deren“ Kiez geht, wird er, wie einem meiner Kollegen geschehen, zusammengeschlagen, zusammengetreten, dann heißt es: „Ihr schwulen Schweine habt in unserem Viertel nichts zu suchen!“ Die Jungs sehen es als ihr Hoheitsgebiet an und verlangen von denen, die dort in der Minderheit sind – ob Homosexuelle, Frauen oder Nicht-Migranten –, dass diese die Augen niederschlagen, die Straßenseite wechseln – weil sie Araber sind und über ihnen stehen. Derlei lese ich durchaus in den Akten! Ich weiß aus Schulen, dass die Muslime eigene Toiletten bekommen, weil sie die vorhandenen nicht mit den „Unreinen“ gemeinsam benutzen wollen, dass sie einen separaten Eingang benutzen ...

**Wer verlangt das?!**

Sie selber! Die kleinen, arabischstämmigen Machos. Sie verlangen das, weil sie aufwachsen in dem Verständnis: Sie sind Jungs, sie sind Moslems, sie sind besser. Und dann kommen wir, die deutsche Mehrheitsgesellschaft, mit unseren Werten wie Gleichberechtigung und Toleranz – reichlich spät, wenn man bedenkt, dass sich die Ressentiments längst etabliert haben. Wir müssten daher wesentlich früher, nicht erst in der Schule, sondern bereits im Kindergarten, ansetzen. Eine Kitapflicht würde helfen, neben der notwendigen Sprachkompetenz vor allem unser Werteverständnis zu vermitteln. Religionsfreiheit ist kein Grundrecht deluxe und Toleranz kein One-Way-Ticket. Richtschnur ist das Grundgesetz, und zwar ohne Ausnahme.

**Wie könnte interveniert werden, um auch kurzfristig Effekte zu erzielen?**

Ich glaube, ketzerisch ausgedrückt, dass wir in der jetzigen Generation viele verloren haben. Wenn ich an meine Intensivtäter denke, die die Jugendstrafanstalt zu 80 Prozent bevölkern – da ist im Kopf nichts mehr umzudrehen. Für die werden wir, quasi als letztes Glied in der Kette, ohnehin erst zuständig, wenn sie 14 Jahre und älter sind. Wie gesagt: Eine verbindliche Kitapflicht wäre ein Schritt in die richtige Richtung – aber es muss eben auch gewährleistet sein, dass im Falle einer Verweigerung der Eltern Sanktionen folgen können! Sozialromantiker bekommen in diesem Punkt für gewöhnlich die Krise. Nur, der Sinn ist doch zur Kenntnis zu nehmen, dass es sich um eine Pflicht handelt und nicht nach Gusto zu entscheiden ist.

**Die Stadt Rotterdam droht beratungsresistenten Familien mit Umsiedlung.**

Interessant ist hierbei der Multiplikationseffekt, wie ich ihn auch bei Schulschwänzern erlebe: „Ey, ich muss in die Schule, sonst komm' ich in' Knast.“ Allein die Androhung einer Sanktion hat eine immense Signalwirkung auf das gesamte Umfeld. Beim Stichwort „Umsiedlung“ jedoch schrillen hierzulande sämtliche Alarmglocken, das geht mir nicht anders. In Rotterdam ist man da etwas rustikaler.

**Wie viel staatliche Autorität ist vonnöten, um nicht als zahloser Tiger wahrgenommen zu werden?**

Diverse türkische und arabische Migrantenvereine, bei deren Veranstaltungen ich mitgewirkt habe, sagen: Es ist genau der richtige Ansatz zu sanktionieren und Autorität ins Spiel zu bringen! Wenn der Staat nicht autoritär auftritt, wird er nicht ernst genommen, zumal nicht von diesem Kulturkreis. Als ich mich im Dezember mit arabischen Eltern im Rathaus Neukölln zusammensetzte, war mein Ansatz zu verdeutlichen: Eure Jungs machen uns hier riesige Probleme, mit unseren Mitteln ist das nicht zu schaffen, wir müssen uns irgendwie zusammenschmeißen. Sanktionen sind nur ein Mittel, den Lernprozess zu unterstreichen, denn natürlich steht das Sozialarbeiterische, die Hilfe, im Vordergrund. Dafür

brauchen wir die Eltern. Die Eltern sind in der Pflicht! Und man rennt bei denen auch offene Türen ein. Unterm Strich wollen sie schließlich ebenso wenig, dass ihre Kinder im Gefängnis landen. Den Brückenschlag bekommen wir allerdings nur hin, wenn wir uns auf die faktische Ebene begeben.

**Mit Ihrem Versuch der Verfahrensbeschleunigung in Neukölln haben Sie sich ebenfalls nicht lange auf der theoretischen Ebene aufgehalten ...**

... sondern bin einfach zum zuständigen Polizeiabschnitt gegangen und habe gesagt: Wir haben diese und jene Möglichkeit bei Gericht, lasst uns zusammenarbeiten und schauen, wie das funktioniert.

**Mit welchem Resultat?**

Im Regelfall vergeht von der Tat über die Hauptverhandlung bis zur Vollstreckung schnell ein Jahr – im Leben eines Jugendlichen eine Ewigkeit; der fragt dann: „Worum ging's noch mal?“ Verkürzt man die Zeitspanne auf nur drei Wochen, ist der Bezug zur Tat ein völlig anderer und somit der Lerneffekt größer: Auf Delikt folgt Sanktion.

**Eine Methode, die im Kampf gegen Jugendkriminalität Schule machen könnte?**

Der Versuch hat gezeigt, dass mit einfachen Mitteln im Rahmen des Handlungsspielraumes durchaus einiges bewirkt werden kann. Das Intensivtäterproblem werden wir indes so nicht lösen können – so wie wir überhaupt das Problem Jugendkriminalität nicht mit der Strafjustiz lösen werden können. Wir stehen am Ende der Kette. Natürlich bräuchten wir mehr Haftplätze, mehr Angebote für Inhaftierte, mehr Personal – vor allem aber eine insgesamt bessere Kommunikation: Es kann nicht sein, dass ich nicht per Mausclick feststellen kann, wo einer zur Schule geht! Oder ob die Familie dem Jugendamt bekannt ist, ob bereits eine Familienhilfe installiert ist. Warum soll ich das hier nicht wissen?

**Aus Datenschutzgründen?**

Nein, ich bekomme das schon raus. Aber es ist umständlich, weil ich auf verschiedenen Ebenen agieren muss – Familiengericht, Jugendamt, Schule. In Neukölln arbeiten wir bereits in einer Steuerungsgruppe daran,

wie wir die Arbeitsabläufe effizienter organisieren und bessere Verknüpfungen herstellen können.

**Bei den beschleunigten Verfahren scheint die Verknüpfung zu funktionieren.**

Sie stecken aber noch in den Kinderschuhen. Während andernorts „kurze Wege“ derlei Zusammenarbeit – ein Polizeiabschnitt, ein Staatsanwalt, ein Richter, ein Jugendamtsmitarbeiter, gemeinsam an einem Tisch – begünstigen, arbeiten wir hier in Berlin zentriert: Alle Strafsachen werden am Amtsgericht Tiergarten verhandelt. Ein Köpenicker Polizeibeamter müsste also erst quer durch die Stadt. Meines Erachtens sind die Beamten vor Ort aber ein entscheidendes Glied in der Kette; sie kennen „ihre Jungs“. Mein Ansatz war ja, gezielt Fälle herauszugreifen und zu beschleunigen, bei denen die jugendlichen Täter möglicherweise auf eine Intensivtäterkarriere zusteuern – um diese im Keim zu ersticken. Und wer, wenn nicht der zuständige Sachbearbeiter auf dem Polizeiabschnitt, kann so etwas frühzeitig erkennen? Aber da hauen mir die Anwälte gern die Füße weg: Das könne man doch nicht der Polizei überlassen! Dabei gibt es oftmals die Möglichkeit, statt Freiheitsstrafen zum Beispiel eine Betreuung oder Anti-Gewalt-Trainings anzuordnen. Prinzipiell wünschenswert sind schnelle Verfahren, kombiniert mit sinnvollen Maßnahmen.

**Wie praktikabel sind institutionsübergreifende Einzelfallbesprechungen generell?**

Wir machen viele Fallkonferenzen in Neukölln, greifen einzelne Fälle heraus, und dann sitzen alle Beteiligten an einem Tisch, und man kommt im Einzelfall auch zu wirklich guten Ergebnissen. Nur: Inzwischen haben wir so viele Fälle, dass wir das umfassend gar nicht mehr leisten könnten; dazu fehlen die Mittel. Das Problem ist also nur in den Griff zu bekommen, wenn sich in den Köpfen etwas ändert. Dies ist umso wichtiger, als dass wir die Jugendlichen in der nächsten Generation dringend brauchen: als Sozialarbeit, als Erzieher, als Lehrer – als positive Identifikationsfiguren. Sie aufzugeben können wir uns nicht leisten.

**Frau Heisig, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.**



# „Augen offen halten“

Interview: Sirko Salka

**Detlef Mücke, Guido Mayos und Ulf Höpfner von der AG Schwule Lehrer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Berlin (GEW) über die alltäglichen Herausforderungen an deutschen Schulen.**

**impuls: Woran merkt ihr, ob ein Kind Probleme zu Hause hat?**

**Guido:** Schwierig, als Fachlehrer habe ich 300 Schülerinnen und Schüler in der Woche im Unterricht, da lernt man sie kaum noch kennen. Ich behaupte, dass man Probleme nur dann bemerkt, wenn es sich in den Leistungen oder in auffälligem Verhalten niederschlägt.

**Ulf:** Wenn mir eine 15-Jährige sagt, dass sie in zwei Jahren heiraten wird, habe ich gar nicht die Zeit, darüber eine halbe Stunde nachzudenken. Dennoch muss man seine Augen offen halten.

**Detlef:** Wir Pädagogen entwickeln ein sensibles Gespür dafür. Natürlich kann ich einem Schüler, der seine Hausaufgaben nicht gemacht hat, eine Sechse geben. Ich kann ihn aber auch beiseite nehmen und fragen, was los ist. Hierbei spielt die Vertrauenswürdigkeit als Lehrer eine Rolle.

**Wenn ihr so etwas mitbekommt, schaltet ihr dann die Eltern ein?**

**Detlef:** Das kann sehr problematisch werden: Ich hatte mal den Vater eines auffälligen Schülers angerufen, woraufhin der Sohn am Abend grün und blau geschlagen

wurde. Das tat mir wahnsinnig leid.

**Guido:** Zu den Eltern gehen ist also nicht immer der richtige Weg. Allenfalls bei oberflächlichen Problemen kann ein kleiner Warnschuss hilfreich sein. Bei häuslicher Gewalt sind die Eltern für uns die falschen Ansprechpartner.

**Detlef:** In dem Fall sprechen wir von struktureller Gewalt, der das Kind ausgesetzt ist.

**Ulf:** Der formale Weg führt über die Schulleitung. Die schaltet das Jugendamt ein. **Guido:** Darum geht es: Wir Lehrer können nicht intervenieren, aber mit den zuständigen Stellen zusammenarbeiten. Und wir können in den Schulen über Tabuthemen informieren, Vertreter von Frauenhäusern in die Schulen holen, Aufklärungsprojekte einladen und mit den Schülerinnen und Schülern Anlaufstellen aufsuchen, um bei ihnen die Schwellenangst im Bedarfsfall herabzusetzen.

**Sind Gewaltfälle auch in Lehrerkonferenzen insofern Thema, als dass mögliche Hintergründe und Lösungswege diskutiert werden?**

**Detlef:** Es kommt immer auf den Einzelfall an, ob und wie unter pädagogischen oder sogar ordnungs- beziehungsweise strafrechtlichen Gesichtspunkten zu reagieren ist. Je nach Schwere des Einzelfalls entscheidet die Klassen- beziehungsweise Gesamtkonferenz. Hier gilt im Regelfall der Verwaltungsweg. Insbesondere in

akuten Fällen – zum Beispiel bei Verdacht auf häusliche Gewalt – kann aber der kurze Draht zur Familienfürsorge genutzt werden. **Guido:** Es ist davon auszugehen, dass bei Gewaltvorfällen, die von SchülerInnen ausgehen und die in Konferenzen besprochen werden, immer auch die Hintergründe und mögliche Lösungswege, zum Beispiel in Form von pädagogischen Maßnahmen, beraten werden. Alles andere macht ja wenig Sinn. Wie sinnvoll die Maßnahmen hinsichtlich der Lösung des Problems sind, ist eine andere Frage und kann nur im Einzelfall untersucht werden.

**Wie schreitet ihr ein, wenn Schüler gewalttätig werden?**

**Detlef:** Wenn ich sehe, dass jemand Gewalt gegen einen Schüler ausübt, gehe ich dazwischen und schütze das Opfer. Es gibt Schulen, die Sozialarbeiter beziehungsweise Streetworker haben, die bei Streitereien schlichten. Weiterhin gibt es an vielen Schulen auch Streitschlichter, das sind Schüler oder Schülerinnen, die einen Konflikt regeln.

**Guido:** Und wir haben den schulpsychologischen Dienst. Allerdings betreut ein Psychologe im Schnitt, glaube ich, 30 Schulen, auf jeden Fall mehrere Tausend Schülerinnen und Schüler und mehrere Hundert Lehrerinnen und Lehrer.

**Detlef:** Da kann man fast nicht präventiv arbeiten. Umso offener muss man als Lehrer sein. „Wenn es Probleme gibt, sagt es mir“ –

solche Signale müssen wir aussenden.

**Guido:** Wird ein Schüler extrem auffällig, gibt es Gespräche mit der Klassenleitung, dem Schulleiter, den Eltern. Der Schüler kann sogar für eine gewisse Zeit der Schule verwiesen werden.

**Ist das eine Strafe, wenn man schwänzen darf?**

**Detlef:** Wir haben die Erfahrung gemacht, dass viele Schüler nach den Ferien pünktlich vor der Tür stehen – nicht, weil sie den Unterricht so mögen, sondern wegen ihrer Freunde, die sie dann wieder sehen. Insofern hat der Verweis eine Wirkung. Für die Schule ist es wichtig, dieses Signal auszusenden, wenn ein Schüler gewalttätig ist.

**Warum lösen einige Schüler Konflikte mit Gewalt?**

**Detlef:** Ich schildere den Worst Case: Eine Familie mit Migrationshintergrund, in der die Kinder weder die Muttersprache noch richtig Deutsch beherrschen. Wenn ein Kind nie gelernt hat, Konflikte verbal zu lösen, bleibt ihm offenbar nichts anderes übrig, als selbst Gewalt anzuwenden. Bei ihm zu Hause werden Konflikte wahrscheinlich auch nicht verbal geklärt, sondern mit Prügel. Insofern ist der Täter auf dem Schulhof oft auch ein Opfer seiner Erziehung. Lehrer können da wenig weiterhelfen, nur eine Verhaltenstherapie.

**Aber ihr könnt Werte vermitteln!**

**Ulf:** Leider hat man als Lehrer dafür zu wenig Zeit, da die meiste Zeit auf den Unterricht geht.

**Detlef:** Wenn ich überlege, was ich für Neuköllner Herzchen im Unterricht hatte! Am liebsten hätte ich sie mal in den Arm genommen und gesagt: „Du hast auch positive Gefühle“, oder: „Wenn du lächelst, siehst du viel schöner aus!“ Solche kleinen Sachen kennen viele von zu Hause vermutlich nicht. Noch dazu in der Pubertät, wo sie sich selbst oft im Wege stehen. Deshalb sollten wir Lehrer auch Menschlichkeit und Herzlichkeit ausstrahlen. Diese Kinder brauchen Hilfe. Lehrer, die ihnen zuhören. Wir sind manchmal die einzigen, die sich Zeit für sie nehmen.

**Wir danken Euch für dieses Gespräch.** ■

## Arabboy

von Güner Yasemin Balci  
S. Fischer 2008  
288 Seiten, 14,90 Euro



Er war „King of Neukölln“, berühmtes Cliques-Alphatier im Kiez, ein Mega-Checker: Am Araberjungen Rashid lässt sich die „Bilderbuchkarriere“ eines in Deutschland geborenen Jugendlichen mit Migrationshintergrunds vom Opfer häuslicher Gewalt zum skrupellosen Intensivtäter nachvollziehen. Faktoren wie geringe Bildung, soziale Isolation und ein kaum ausgeprägter Integrationswille seiner Familie begünstigten die kriminelle Entwicklung. In Rashids Umfeld war „alles Deutsche verachtenswert“, schreibt die Journalistin Güner Yasemin Balci, die im Roman „Arabboy“ auch ihre eigene Jugend schildert.

Jungs wie Rashid wurden autoritär mit Prügel erzogen und mussten mit ansehen, wie ihre Geschwister und Mütter von den Vätern mit Schlägen geächtigt wurden. Außerdem wurden sie Zeugen des Scheiterns von Sozialarbeitern, Lehrern, Polizisten – der ganzen behördlichen Palette. Anerkennung und Respekt holten sie sich auf den Straßen Neuköllns, wo das Faustrecht regierte. „Wer sich nicht durchsetzt, hat es nicht verdient zu leben, so lautete die schlichte Philosophie“. Rashids kriminelle Karriere endet nach einem Knastaufenthalt mit der Abschiebung in die Türkei. Güner Yasemin Balci hat Probleme der Parallelgesellschaft punktgenau analysiert, von der Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky sagt, dass sich bis heute an den Zuständen nichts geändert habe. Im Gegenteil: „Es ist sogar schlimmer geworden“, so Buschkowsky (Quelle: Siegesssäule). (sisa)

## Der große Bruder von Neukölln

von Fadi Saad  
Herder 2008  
178 Seiten, 12,95 Euro



„Deurbisch“, nennt Fadi Saad die zwei Kulturen, mit denen er in Berlin groß geworden ist, von denen er aber keine so richtig kennenlernen und sich aneignen konnte. In seinem Kiez lebten Deutsche ohne Migrationshintergrund, die genauso schlecht deutsch sprachen wie er. „Wenn wir von Integration sprechen“, so Saad, „meinen wir dann auch diese Jugendliche?“ Fadi Saad ist einer, der trotz seiner Zeit in einer der gefährlichsten Gangs Berlins – nicht zuletzt aufgrund seiner Bildung und des modernen Elternhauses – noch rechtzeitig den Absprung geschafft hat. Die Wende in seinem Leben als Schläger, Abzocker, Kiezterrorist war ein Aufenthalt im Knast, der sich über ihm wie ein reinigendes Gewitter entlud. Heute arbeitet er als Streetworker in Neukölln und vermittelt zwischen den auffälligen Jugendlichen und Lehrern, Sozialarbeitern, Polizisten. Außer ihren gewalttätigen Aktionen hätten viele Jugendliche nichts, was sie vorzeigen könnten, schreibt Saad. Was ihnen fehle, seien echte Vorbilder und eine sinnvolle Unterstützung von den Behörden. So fordert Fadi Saad unter anderem mehrsprachige Lehrer beziehungsweise Sozialarbeiter an den Schulen. In „Der große Bruder von Neukölln“ schildert er aus der Froschperspektive sowohl hausgemachte Probleme innerhalb der Migranten-Community als auch vermeintliche Schwachstellen im gesellschaftlichen System. Kluge Argumente für eine nachhaltigere Integrationsarbeit. (sisa)

## Jugendkulturen zwischen Islamismus und Islam

Schule ohne Rassismus (Hrsg.), Themenheft 2008



Im Zuge einer Re-Islamisierung suchen immer mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund Hilfe und Halt im Islam. Deshalb widmet sich „Schule ohne Rassismus“ in einem aktuellen Themenheft Jugendkulturen wie den Pop-Muslimen oder tief verschleierten Salafis, die sich auf den Islam beziehen. Neben Beiträgen über subkulturelle Trends in Mode, Lifestyle und Musik klärt die Broschüre auch über solche islamischen Organisationen auf, die Gewalt als legitimes Mittel der Durchsetzung ihrer politischen Interessen betrachten und demokratische Grundrechte eher ablehnen. So soll die Publikation laut Sanem Kleff, Projektleiterin von Schule ohne Rassismus, vor allem die Arbeit all jener unterstützen, „die nicht tatenlos zusehen wollen, wenn Prediger des Hasses wichtige Freiheitsrechte infrage stellen.“ (sisa)



Guido Mayos, Detlef Mücke, und Ulf Höpfner (v.l.n.r.).

# Sternstunden 2008

Aktionen rund um den Internationalen Tag gegen Homophobie 17. Mai



Seit dem Start seiner Toleranzkampagne vor nunmehr über zweieinhalb Jahren konnte MANEO seine gewaltpräventive Öffentlichkeitsarbeit beständig ausbauen und nachhaltige Erfolge erzielen. Neben der Fortführung mittlerweile etablierter Kampagnenbausteinen, konnten in 2008 auch neue Aktionen und Events initiiert werden – nicht zuletzt Dank der tatkräftigen Unterstützung zahlreicher ehrenamtlicher Helfer, Unterstützer und Sponsoren.

Erklärtes Ziel der Kampagne war und ist es, das Problem der anhaltenden Diskriminierung, Intoleranz und vorurteilsmotivierten Gewalt gegen Schwule stärker in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung zu rücken und die konstruktive Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren zu befördern, um gewaltpräventive Strategien zu implementieren. Darüber hinaus trug die Kampagne dazu bei, die Bekanntheit der verschiedenen Angebote des Projekts MANEO innerhalb der schwulen Szenen zu steigern, um möglichst viele Betroffene zur Inanspruchnahme der Beratungs- und Unterstützungsangebote zu ermutigen.

Den wohl öffentlichkeitswirksamsten Schwerpunkt der MANEO-Toleranzkampagne bildeten jeweils die MANEO-Aktionstage rund um den Internationalen Tag gegen Homophobie, 17. Mai, der, wie bereits in den Jahren zuvor, auch 2008 unter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, stand. Unter dem Motto „protect every kiss“ konnte MANEO, neben dem unter anderem über die MANEO-Werkstatt (siehe Seite 8) angesprochenen Fachpublikum, mit Aktionen wie dem Kuss-Marathon (Seite 54), dem Jugendkreativwettbewerb „Hands of Courage“ (Sei-

te 50) oder der Wanderausstellung „Zeugnisse schwulenfeindlicher Gewalt“ (Seite 56) auch die breite Öffentlichkeit erreichen und für das Thema sensibilisieren. Mit dem Tolerantia-Preises (Seite 52) wurden Personen für ihr herausragendes Engagement im Kampf gegen Homophobie und Hassgewalt ausgezeichnet; bei einem exklusiven Charity-Dinner (Seite 48), das den Abschluss der MANEO-Spendenwoche bildete, konnte MANEO namhafte Prominenz aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Community für seine Belange begeistern und künftige Unterstützer gewinnen.

Auf Unterstützung wird MANEO noch mehr als bisher angewiesen sein, wenn im Frühjahr 2009 die Toleranzkampagne ausläuft – und damit auch die Sonderfinanzierung durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin, die die MANEO-Toleranzkampagne ermöglichte, wegfällt. Jetzt gelte es, so MANEO-Projektleiter Bastian Finke, alles daran zu setzen, „damit die erzielten Erfolge nicht verpuffen. Es wäre absurd, wenn wir auf den geschaffenen und als tragfähig bewährten Fundamenten nicht weiter aufbauen würden!“ Die derzeitige Finanzierung des Projektes durch die Berliner Senatsverwaltung lässt dafür jedoch kaum Spielraum. MANEO bemüht sich daher weiterhin um eine Aufstockung der Zuwendungen, ob schon in der Vergangenheit derlei Ersuchen wiederholt abschlägig beschieden wurden. (red) ■

## STIMMEN ZUR MANEO-TOLERANZKAMPAGNE

**Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin:** „Seit vielen Jahren verfolge ich mit Respekt und Sympathie den professionellen Einsatz von MANEO zugunsten von Opfern von Gewalt sowie die gezielte Aufklärungsarbeit im Rahmen des Projekts. Auch wenn Berlin zu Recht in dem Ruf steht, eine tolerante Stadt zu sein, bleibt noch viel zu tun, damit Schwule und Lesben wirklich frei von Diskriminierung leben können. (...) Ich begrüße vor diesem Hintergrund die aktuellen Bemühungen von MANEO, seine gewaltpräventive Öffentlichkeitsarbeit auszubauen.“

**Dr. Lale Akgün, MdB, Islambeauftragte der SPD Bundestagsfraktion, Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Stellvertretende europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion:** „Schwulenfeindliche Gewalt im öffentlichen Raum, wie sie die Toleranzkampagne von MANEO bekämpft, halte ich dabei für die gravierendste und zugleich verabscheuungswürdigste Form von Diskriminierung aufgrund von sexueller Identität, mit der wir es heute zu tun haben. Gerne unterstütze ich Sie auch in Zukunft wo es mir möglich ist. Sie werden in mir immer eine Mitstreiterin gegen Gewalt und Diskriminierung finden.“

**Dagmar Ziegler, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg:** „Homophobie ist eine besonders hässliche Form vorurteilsmotivierter Gewalt an homosexuellen Menschen. Ich sehe mit Respekt, wie das MANEO-Anti-Gewalt-Projekt seit Jahren mit großer Professionalität, engagiert und offensiv für die Opfer solcher Gewalt eintritt und mit seiner Toleranzkampagne auch ins Land Brandenburg hineinwirkt.“

**Dr. Klaus Lederer, MdB, Landesvorsitzender des Landesverbandes Berlin der Linkspartei:** „Berlin ist eine weltoffene und tolerante Stadt, doch auch hier, in der Metropole, sind Vortuteile, Aggressionen und Gewalt spürbar. Schwule Männer sind auch in unserer Stadt damit konfrontiert. Das Coming-out gegenüber der Familie und den Freunden hat schwule Männer, trotz aller Offenheit, auch Ablehnung und Ausgrenzung spüren lassen. Wenn sie dann auch noch Aggressionen, ja, Übergriffen ausgesetzt sind, ist es an der Zeit den gesellschaftlichen Prozess der Achtung und Toleranz stärker zu fördern. Mit der MANEO-Toleranzkampagne wird ein weiterer Schritt zu einer Gesellschaft beschritten, die die sexuelle Identität achtet und Aggression und Gewalt gegen gleichgeschlechtliche Lebensweisen ächtet. Dies tut Not.“

**Peter Plate, Rosenstolz:** „Die Menschen sollten Toleranz leben. Wir werden von zu viel Gewalt beherrscht – gegen Kinder, Frauen, Andersdenkende, aber auch gegen Schwule und Lesben. Etwas dagegen zu tun und darauf hinzuweisen, ist ein wichtiges Thema. Es ist gut, dass MANEO unermüdlich darauf aufmerksam macht und somit Zeichen setzt. Eine wichtige Arbeit, die unterstützt werden muss.“

Weitere Statements unter [www.maneo-toleranzkampagne.de](http://www.maneo-toleranzkampagne.de).



# Engagiert

Prominente beehren Charity-Dinner zugunsten von MANEO

## STIMMEN ZUM CHARITY-DINNER

**Kristin Meyer, GZSZ-Hauptdarstellerin:** „Ich unterstütze MANEO, weil diese Organisation u.a. für Respekt im Miteinander wirbt. Ein ganz wichtiger Leitsatz ist dabei schon lange mein Lebensbegleiter: ‚Ohne Ehrfurcht vor dem Leben hat die Menschheit keine Chance!‘ Mit diesem universalen Motto trifft Albert Schweitzer ein von mir tiefempfundenes Grundbedürfnis im Kern. MANEO kämpft genau dafür. Schon alleine deswegen lohnt es sich, diese Organisation zu unterstützen.“

**Pierre Sanoussi-Bliss, Schauspieler („Der Alte“) und Buchautor („Der Nix“):** „Wir diskutieren über Gewalt in der Familie, Gewalt gegen Frauen, Gewalt gegen Kinder, Gewalt von Völkern untereinander, Staatsgewalt usw. Das bringt Schlagzeilen in der Presse. Gewalt gegen Schwule und Lesben dagegen wird in den Medien kaum zur Kenntnis genommen – und wenn, dann nur auf reißerische Weise. Die Opfer bleiben meist allein mit ihrer Angst, wenn sie sich überhaupt trauen, Anzeige zu erstatten. Dass sich das ändert, dafür unterstütze ich MANEO.“

**Harald Pignatelli, Moderator beim RBB:** „Wir sind noch weit von einer vorurteilsfreien Welt entfernt. Die viel zitierte ‚Akzeptanz‘ von Minderheiten in unserer Wohlstandsgesellschaft bekommt immer häufiger Brüche. Ausgrenzung und brutale Gewalt. MANEO ist eine äußerst professionell geführte Organisation, die dumpfem Hass ‚Starkes‘ entgegengesetzt. Darum unterstütze ich das bewundernswerte Team.“

**Gabi Decker, Kabarettistin:** „Ich finde es einfach zum Kotzen, wenn schwule Männer überfallen oder auf der Straße als ‚schwule Sau‘ beschimpft werden. Das ist einfach abartig.“

**Alfred Biolek:** „Ich finde das sehr wichtig, dass es das Projekt MANEO gibt, das Opfer von Homophobie unterstützt und ihnen hilft. Ich unterstütze diese Arbeit gerne.“

**Peter Kurth, Vorstand der ALBA AG:** „MANEO macht eine ausgezeichnete Arbeit.“

**Robert Stadlober, Schauspieler („Sommersturm“, „Sonnenallee“):** „Ich habe auch selbst bereits die Erfahrung mit Intoleranz gegenüber Homosexuellen gemacht, weil ich im Film ‚Sommersturm‘ einen jungen Schwulen gespielt habe und deshalb auf der Straße von Jugendlichen angemacht wurde mit ‚Ey, du Schwuchtel, ey du Homo, ich hau dir aufs Maul‘. Ich unterstütze MANEO, weil diese Arbeit für mich Sinn macht.“

Auf dem MANEO-Charity-Dinner 2008 warb Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit, unter dessen Schirmherrschaft die diesjährigen MANEO-Aktionstage anlässlich des Internationalen Tages gegen Homophobie 17. Mai standen, um Unterstützung für MANEO. Vor den 80 geladenen Gästen aus Wirtschaft, Kultur, Sport und Politik, denen im Dinnerclub der Berliner In-Location Bagaluu ein exklusives 6-Gänge-Menü mit Musik und Show geboten wurde, betonte Wowereit: „Ich wünsche MANEO große Unterstützung, viele ehrenamtliche Helfer, aber auch den institutionellen Rahmen, der diese Unterstützung möglich macht.“

Zu den Gästen zählten u.a. **Klaus Wowereit**, **Alfred Biolek**, **Robert Stadlober** („Sommersturm“), **David Winter** (Schauspieler), **Gabi Decker** (Kabarettistin), **Pierre Sanoussi-Bliss** („Der Alte“), **Kristin Meyer** („GZSZ“), **Patrick Winczewski** („Der Landarzt“), **Sabina Kaack** („Die Drombuschs“), **Axel Herzig** (Schauspieler), **Peter Kurth** (Vorstand der ALBA AG) und **Dr. Bernd Schmidt** (Intendant Friedrichstadtpalast).

Mit seinem Charity-Dinner, das den Abschluss der Spendenwoche im Rahmen der MANEO-Aktionstage bildet, wirbt MANEO künftig einmal jährlich im großen Stil um Spenden. Da die Finanzierung des Projekts durch die Berliner Senatsverwaltung nur unzureichend ist, muss MANEO jedes Jahr einen fünfstelligen Betrag an Spendengeldern einwerben. MANEO-Projektleiter Bastian Finke freute sich über den großen Zuspruch beim ersten Charity-Dinner und bedankte sich im Namen von MANEO bei allen Unterstützern, „die uns mit helfender und gebender Hand zur Seite stehen. Ohne diese tatkräftige Unterstützung wäre es uns schlicht unmöglich, unsere Kernbereiche wie Opferhilfe- und Präventionsarbeit überhaupt aufrechterhalten zu können.“ (red) ■



Charity-Dinner 2008 im Bagaluu Dinnerclub (M.); Bild oben: Gast Pierre Sanoussi-Bliss und Sängerin Elanny.



Gäste David Winter und Robert Stadlober



Gäste Klaus Wowereit und Alfred Biolek



# Mitgemacht

Jugendliche setzen sich beim Kreativwettbewerb „Hands of Courage“ mit Homophobie auseinander



Preisträger 2008:  
**Christoph Köhler** (2.v.l.), **Nico Hartung** (3.v.l.), **Mehmet Mehmeti** (4.v.l.), **Mahmoud Mohammed** (4.v.r.).

Im Rahmen der diesjährigen MANEO-Aktionstage verlieh MANEO erstmalig seinen Jugendkreativpreis „Hands of Courage“. Jugendliche im Alter von etwa 14 bis 25 Jahren waren aufgefordert, sich wahlweise in einer von vier Kategorien kreativ mit dem Thema „Homophobie, Männlichkeit und Gewalt“ auseinanderzusetzen und hierzu eigene Beiträge zu entwickeln. Der Wettbewerb verstand sich als Berlin open, so dass auch Beiträge aus ganz Deutschland beziehungsweise Europa berücksichtigt werden konnten.

Rund 70 Jugendliche nahmen an der Preisverleihung im Haus der Jugend in Berlin-Charlottenburg teil. Musikalisch begleitet wurde die Party, die unter der Schirmherrschaft des Jugendstadtrates von Charlottenburg-Wilmersdorf, Reinhard Naumann, stand, von den Bands „ME Mixed Emotions“ und „Tuned – Jugendprojekt“. Der Wettbewerb war mit insgesamt 2.000 Euro gespendetem Preisgeld dotiert.

Alle eingereichten Beiträge waren zuvor von der unabhängigen Jury begutachtet worden, der unter anderem **Rainer Behrend**, (Intendant Vagantenbühne), **Pieke Biermann** (Journalistin, Buchautorin), **Ross Antony Catterall** (Sänger), **Sanem Kleff** (Schule ohne Rassismus / Schule mit Courage), **Michael Kloss** (Hannchen-Mehrzweck-Stiftung), **Mario Koss** (Chance Unit e.V.), **Martin Reichert** (Journalist), **Rebecca Weiss** (Aktion Gesicht Zeigen), **Georg Uecker** (Schauspieler) und **Bastian Finke** (MANEO) angehörten.

Als Preisträger 2008 waren benannt worden:

**Kategorie Kurzgeschichten:** **Christian Deker** mit seiner Kurzgeschichte „Hinter mir im 33er, in meinem Block“. Der 25-Jährige schildert in seiner Kurzgeschichte, wie er während eines Fußballspiels seinem eigenen Fanblock, trotz aller Angst, couragiert entgegentritt, als der den gegnerischen Torwart Michael Rensing mit dem Gesang „Michael Rensing ist homosexuell ...“ demütigen will.

**Kategorie Fotos & Bilder:** **Christoph Köhler** mit seiner Fotoserie „Du kannst alles sein“. Der Potsdamer Grafikdesign-Student portraitiert Menschen in Alltagssituationen und fordert den Betrachter heraus, inwieweit sich dessen Blick auf die dargestellten Personen durch das Attribut „schwul“ oder „lesbisch“ verändert.

**Kategorie Film & Theater:** **Manfred Daniel Rad**, **Andreas Lundell** und **Frank Straubel** (Lehrer) mit ihrem Film „Das Interview“. Die beiden 14- und 15-jährigen Schüler der schwedischen Satellit-Schule in Malmö produzieren unter Anleitung ihres Lehrers regelmäßig Beiträge für das Regionalprogramm TV-Malmö-Öppnakanalen. Ihr Film zeigt das Interview eines 15-Jährigen, der sich als homosexuell geoutet hat und nun emotional über Demütigungen, Beleidigungen und Angriffe berichtet.

**Kategorie Musik & Tanz:** **Mahmoud Mohammed**, **Mehmet Mehmeti** und **Nico Hartung** mit ihrem Rap-Song „Mach die Augen auf“. Unter der Leitung von Nico Hartung, der als Diakon und Rapper im Berliner Kinder- und Jugendhaus Immenweg das Jugendprojekt „Tuned“ betreut, werden in einem aus Eigenmitteln finanzierten semiprofessionellen Studio mit Jugendlichen Songs produziert. In ihrem Song „Mach die Augen auf“, der von Mahmoud Mohammed und Mehmet Mehmeti selbst geschrieben und gesungen wurde, reflektieren die beiden 15-Jährigen die Situation von Jugendlichen, die mangels Unterstützung in Konfliktsituationen geraten sind. (red)



Beste Freunde?  
 Punks?  
 Verliebt?

»Du kannst alles sein«



Fotoserie „Du kannst alles sein“ (Auszüge) von Christoph Köhler.

## WETTBEWERB 2009

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Homophobie 2009 hat MANEO seinen Jugendkreativpreis ein zweites Mal ausgelobt, diesmal mit dem Thema „Homophobie – Familie – Liebe und Gewalt“. Beiträge können, wie bereits im Vorjahr, wahlweise als Einzel- oder Gruppenarbeit eingereicht werden; Einsendeschluss ist der 9. April 2009. Interessierte können die Teilnahmeunterlagen online unter [www.tag-gegen-homophobie.de](http://www.tag-gegen-homophobie.de) downloaden sowie telefonisch oder per E-Mail bei MANEO anfordern: 030 / 216 33 36, [maneo@maneo.de](mailto:maneo@maneo.de).





# Ausgezeichnet

Engagierte Fußballgrößen mit dem Tolerantia-Preis geehrt

Noch im März 2008 erklärte der Sportpsychologe Dr. Martin Schweer gegenüber **impuls**, er habe in den Jahren seiner Beratungstätigkeit die Zuversicht „nach und nach zurückgefahren“, dass der Fußball sich von seinem „homophoben Grundklima“ befreien könne (**impuls** Nr.1/2008). Seit einigen Jahren jedoch verstärken verschiedene Initiativen und Projekte wie MANEO, unterstützt durch die schwulesbischen Fanclubs, ihre Bemühungen um mehr Toleranz im Fußballsport – mit Erfolg: Erste namhafte Protagonisten solidarisieren sich öffentlich.

So wurden, neben der EGLSF-Repräsentantin **Tanja Walther**, die Ende 2007 mit einem ersten Aktionsabend zahlreiche Organisationen und Vereine zur Unterzeichnung einer gemeinsamen wegweisenden „Erklärung gegen Homophobie im Fußballsport“ zusammenbrachte, DFB-Präsident **Dr. Theo Zwanziger** und DFB-Nationalspieler **Philipp Lahm** für ihr beispielhaftes Engagement gegen Homophobie im Fußballsport mit dem Tolerantia-Preis 2008 ausgezeichnet. Zwanziger bezeichnete es als Aufgabe des DFB, „auf breiter Basis Rahmenbedingungen zu schaffen, damit homosexuellen Menschen der Zugang zum und die Bewegung im Sport ohne das Gefühl der Diskriminierung möglich ist“. Diskriminierendes Verhalten müsse geahndet und gegebenenfalls auch sanktioniert werden. Lahm verwies auf das Grundgesetz, wo schließlich „die Rechte des Menschen und seine Würde an erster Stelle“ stünden; „dies ist für mich eine Selbstverständlichkeit, denn Würde ist unabhängig von Rasse, Religion, Geschlecht oder auch sexueller Orientierung.“

Da die deutschen Preisträger nicht an der offiziellen Gala in Warschau teilnehmen konnten, wurde ihnen der Preis am 7. Oktober im Rahmen des DFB-Fanfestes in der Düsseldorfer LTU-Arena, vor über 20.000 Zuschauern, von MANEO übergeben.

Der deutsch-französisch-polnische Preis wird seit 2006 von der „Initiativgruppe Schwules Weimarer Dreieck“ jährlich an herausragende Persönlichkeiten und Projekte aus Deutschland, Frankreich und Polen vergeben, die sich um Toleranz verdient gemacht haben. Neben MANEO (Deutschland) zeichnen die Anti-Gewalt-Projekte SOS-Homophobie (Frankreich) sowie Lambda und KPH (Polen) verantwortlich. (red) ■



Übergabe des Tolerantia-Preises 2008 am 7. Oktober beim DFB-Fanfest in der Düsseldorfer LTU-Arena vor über 20.000 Zuschauern; (v.l.n.r.): DFB-Präsident **Dr. Theo Zwanziger**, EGLSF-Repräsentantin **Tanja Walther** und DFB-Nationalspieler **Philipp Lahm**, mit MANEO-Projektleiter **Bastian Finke**.

Dank an Markus Gilliar, GES Sportfoto, für die Zurverfügungstellung des Fotos.



## Wachgeküsst

Berlin küsst für mehr Toleranz  
beim Kuss-Marathon



Küsse vor dem Rathaus Neukölln 2008.



Unter dem Motto *protect every kiss* hatte MANEO für den Nachmittag des 17. Mai im Rahmen seiner Aktionstage anlässlich des Internationalen Tages gegen Homophobie 2008 zum 2. MANEO-Kuss-Marathon aufgerufen. Wie auch schon im Vorjahr setzten homo- und heterosexuelle Paare an Orten, die als „kein leichtes Pflaster“ für offen Homosexuelle bekannt sind, mit einem demonstrativen Kuss gemeinsam ein Zeichen, um auf die anhaltende Diskriminierung und vorurteilsmotivierte Hassgewalt aufmerksam zu machen. Unterstützt wurde die Kuss-Aktion unter anderem von der Schwesternschaft der Perpetuellen Indulgenz e.V., dem LSVD Berlin-Brandenburg, der Gruppe SchwuSos – Lesben und Schwule in der SPD, der Gruppe Queer Grün und den Lesben und Schwulen in der Union (LSU).

Rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer versammelten sich unter großem Medieninteresse um 15 Uhr am belebten S- und U-Bahnhof Frankfurter Allee in Berlin-Lichtenberg vor einem Einkaufszentrum. Die Kuss-Aktion stieß auf unterschiedlichste Reaktionen seitens der Passanten – neben zustimmenden und die Aktion begrüßenden Stimmen waren auch ablehnende, nicht zuletzt unverhohlene homophobe zu vernehmen. Dies jedoch bestärkte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nur in ihrem Anliegen. „Wir akzeptieren keine No-Show-Areas. Jeder Kuss zählt, jeder Kuss ist schützenswert“, erklärte MANEO-Projekt-leiter Bastian Finke.

An der zweiten Station um 17 Uhr vor dem Rathaus Neukölln traf die Aktion erneut auf regen Zuspruch; rund 80 Küssende versammelten sich auf dem Rathausvorplatz an der Hauptgeschäftsstraße jenes Bezirks, der in der Vergangenheit wiederholt mit sogenannten „Problemkiezen“ Schlagzeilen machte. Auch hier sorgte der Kussmarathon bei den Passanten für einige Irritation. Finke: „Wir wollen, dass es als Selbstverständlichkeit angesehen wird – und zwar überall –, wenn schwule oder lesbische Paare auf offener Straße Hand in Hand gehen oder sich einen Kuss geben. Es gilt, vorurteilsmotivierter Gewalt das Wasser abzugraben.“ (red)



2. MANEO-Kuss-Marathon „protect every kiss“ am U-Bahnhof Frankfurter Allee, Berlin-Lichtenberg.



# Nachgedacht

Wanderausstellung „Zeugnisse schwulenfeindlicher Gewalt“ sorgt für Diskussionen



Die MANEO-Wanderausstellung vor dem Rathaus Reinickendorf.

„Hassgewalt ist eine Form von Gewalt, die nicht nur das einzelne Individuum, sondern diesen Menschen stellvertretend für eine ganze Gruppe treffen soll“, erklärte Bastian Finke bei der Eröffnung der MANEO-Wanderausstellung im Foyer des Berliner Polizeipräsidiams Anfang Oktober dieses Jahres. Stellvertretend stünden daher auch die gezeigten Motive für die zahllosen Schicksale derer, die Opfer von homophober Hassgewalt geworden sind: „Im Laufe der letzten Jahre haben uns immer wieder Betroffene darin bestärkt, über ihre Schicksale zu berichten – nicht sensationsheischend und reißerisch, sondern vor dem Hintergrund, dass eben diese verwerfliche Gewalt sichtbar gemacht wird und dadurch weitere Betroffene den Mut finden, über ihr Erlebtes zu sprechen.“

MANEO zeigt mit der bundesweit einzigartigen Ausstellung eine nüchterne Dokumentation realer Auswirkungen schwulenfeindlicher Gewalt, ohne dabei die geschädigten Personen vorzuführen. Die Ausstellung, die aktuell zwölf Motive umfasst und mit Begleittexten den jeweiligen Hintergrund schildert, wird kontinuierlich ergänzt. Eine identische ständige Ausstellung ist parallel zur Wanderausstellung an wechselnden Orten in Berlin zu sehen. Seit 2007 stellt MANEO seine Wanderausstellung Projekten und Einrichtungen zur Verfügung, um Diskussionen über Homophobie und Hassgewalt anzuregen.

Im Anschluss an das Gastspiel im Polizeipräsidium war die Ausstellung bis Anfang November im Rathaus Lichtenberg zu sehen. Seit Anfang Dezember wird sie im Rathaus Friedrichshain-Kreuzberg gezeigt; weitere Stationen für 2009 sind derzeit in Vorbereitung.

Die Gelegenheit, mit der Präsentation der Ausstellung zum Nachdenken über die Ursachen und Folgen von vorurteilsmotivierter Hassgewalt anzuregen und ein Zeichen für Toleranz zu setzen, wurde zuvor bereits von mehreren Berliner Bezirken wahrgenommen; so würdigte Reinhard Naumann, Bezirksstadtrat für Jugend, Familie, Schule und Sport des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf, die Ausstellung als „einzigartige Dokumentation“, als diese im Mai 2008 im Rathaus Wilmersdorf gastierte.

Vor diesem Hintergrund erschien die Argumentation des Bezirks Reinickendorf umso befremdlicher, als im September dort der Ausstellung ein öffentliches Forum mit der Begründung verweigert wurde, die gezeigten Motive seien unter Jugendschutzgesichtspunkten nicht zu vertreten. Da die Motive jedoch in den erkennbaren Kontext einer Ausstellung eingebunden, betitelt und beschriftet sind, wertete MANEO die Begründung des Kulturausschusses als vorgeschoben und zeigte die Ausstellung daraufhin im Rahmen einer Vor-Ort-Aktion auf den Rathausvorplatz. Der interessierten Reinickendorfer Öffentlichkeit wurde so die Möglichkeit geboten, sich selbst ein Bild zu machen.

„Homophobie und Hassgewalt dürfen nicht als Verschlussache behandelt werden“, erklärte Bastian Finke. Dialogbereitschaft aller Verantwortungsträger sei eine Voraussetzung dafür, um der anhaltenden Intoleranz und Gewalt gegenüber Homosexuellen wirksam begegnen zu können. (red)



Dr. Franz Schulz (o.), Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg: „Klare Zeichen setzen.“ Reinhard Naumann (u.), Bezirksstadtrat in Charlottenburg-Wilmersdorf: „Einzigartige Dokumentation.“



Der **Polizeipräsident von Berlin, Dieter Glietsch**, auf der Vernissage im Foyer seines Amtssitzes; Auszug aus seiner Rede: „(...) Die Gefährlichkeit der Vorurteilsriminalität liegt nicht nur in der schlimmen und oft mit traumatischen Folgen verbundenen Erfahrung der Opfer, sondern in der Einschüchterung und Verunsicherung einer ganzen Bevölkerungsgruppe. (...) Wir haben die MANEO-Wanderausstellung in das Polizeipräsidium eingeladen, um gemeinsam mit MANEO die Gesellschaft für das Thema Gewalt gegen Lesben und Schwule zu sensibilisieren. Und wenn ich Gesellschaft sage, dann meine ich Gesellschaft innerhalb und außerhalb der Polizei. Auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möchte ich das Thema Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung mit dieser Ausstellung als Denkanstoß näher bringen. Sie wissen, dass ich in den vergangenen Monaten zahlreiche Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen geführt habe, die sich zur Regenbogenfahne vor unserem Dienstgebäude [anlässlich des Berliner CSD im Sommer 2008; Anm. d. Red.] geäußert haben. Einige dieser Gespräche haben bestätigt, was mich nicht überrascht hat, dass die Polizei auch auf dem Gebiet der Vorurteile ein Spiegelbild unserer Gesellschaft ist. Für mich besteht aber kein Zweifel daran, dass Homophobie in der Polizei noch weniger akzeptabel ist als in anderen Bereichen der Gesellschaft. (...)“





impuls Ausgabe 01/April 2008

**Die MANEO-Fachzeitschrift zu Homophobie und Hate-Crime**

Unter anderem mit folgenden Themen:

**Homophobie & Männlichkeit**  
Wann ist ein Mann ein Mann? Wie gesellschaftliche Dimensionen die Stigmatisierung von Homosexuellen begünstigen.

**Homophobie & Popkultur**  
Alles nur Attitüde? Wie Hate-Music und Homo-Bashing als salonfähige Jugendkultur verharmlost werden.

**Homophobie & Fußball**  
Homophobie: Rote Karte! Wie das homophobe Grundklima im Fußballsport mit Signalwirkung zu bekämpfen ist.

**Homophobie & Migration**  
Mythos „Multikulti“ – Wie Parallelgesellschaften den sozialen Frieden bedrohen.

**Homophobie & Religion**  
Keine zwei Meinungen – Wie die evangelische Kirche Toleranz nicht nur predigt, sondern auch umsetzt.

**Homophobie & Polizei**  
Der Draht in die Behörden – Wie Kommunikationsstörungen zwischen Polizei und Projekten die Opferhilfe erschweren.

**Verpasst? Jetzt nachbestellen!**  
E-Mail: [maneo@maneo.de](mailto:maneo@maneo.de)

**IMPRESSUM**

**Herausgeber**  
MANEO  
Das schwule Anti-Gewalt-Projekt Berlin  
Ein Projekt von Mann-O-Meter e.V.  
Bülowstraße 106 – 10783 Berlin

Telefon: 030-216 333 6  
Telefax: 030-236 381 42  
E-Mail: [redaktion@maneo.de](mailto:redaktion@maneo.de)  
Internet: [www.maneo.de](http://www.maneo.de)

**Projektleitung und V.i.S.d.P.**  
Bastian Finke

**Redaktion und Koordination**  
Jens Brodzinski (red)

**Mitarbeiter dieser Ausgabe**  
Johannes Arens (aren), Dr. Bodo Lippl,  
Dr. Peter Rehberg, Martin Reichert (reich),  
Sirko Salka (sis), Frank Störbrauck (stör)

**Art Direction, Grafik, Layout**  
freikind Kommunikationsdesign  
Marlene Bruns, Michael Pfötsch  
[www.freikind.com](http://www.freikind.com)

**Fotos und Illustrationen**  
(soweit nicht anders angegeben): freikind

**Anzeigenleitung**  
Bastian Finke

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.3.2008.  
Impuls erscheint, vorbehaltlich Sondernummern, einmal jährlich im Eigenvertrieb.  
Erscheinen dieser Ausgabe: Dezember 2008.

**Druck**  
diedruckerei.de

*Ermöglicht durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin.*





Dres. med.

Heiko Jessen · Arne B. Jessen · Luca Stein

**365**

Tage im Jahr geöffnet  
Sonnabend / Sonntag  
Feiertags 11-14 Uhr



HIV-Schnelltest (30 EUR inklusive Beratung) · Feigwarzenbehandlung

Allgemeinmedizin · Sportmedizin · Infektiologie/HIV · Proktologie  
Motzstraße 19 · 10777 Berlin · Fon 235 10 70 · [www.praxis-jessen.de](http://www.praxis-jessen.de)

[apoviktoria@t-online.de](mailto:apoviktoria@t-online.de)



**ÖFFNUNGSZEITEN:**

Montag bis Freitag  
8.30–20.00 Uhr

Sonnabend  
8.30–16.00 Uhr

**Tesfay Andemeskel**  
APOTHEKER



**LIEFERSERVICE**

Viktoria-Luise-Platz 9, 10777 Berlin, Telefon 030-21 96 72 26, Fax 030-21 96 72 27